

Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und
des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz O.S.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Dyrtosch, Gleiwitz
Anzeigen-Aufnahme und -Verwaltung: Verlagsanstalt Kirisch & Müller, G. m. b. H., Beuthen O.S., Industriest. * Telefon Sammel-Nr. 2851
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“ Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

10. Jahrgang

Februar 1935

Heft 2

Inhaltsverzeichnis:

1. Dr. B. Damm: Die chemische Veredelung der Steinkohlen (Fortsetzung) 62
2. Wirtschaftsberichte: 68
Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien um die Jahreswende 1934/35. — Der westoberschlesische Steinkohlenbergbau im Januar 1935. — Die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie im Januar 1935. — Vom Zinkblechmarkt im Januar 1935. — Die obererschlesische Zementindustrie im Januar 1935. — Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat Dezember 1934. — Der Wasserumschlag in den obererschlesischen Oberhäfen im Monat Dezember 1934. — Bergbau und Eisenindustrie im organisatorischen Aufbau der deutschen Wirtschaft. — Die Wirtschaftslage Polens im Jahre 1934. Von Dr. Meister. — Der polnische Steinkohlenbergbau im Jahre 1934. — Die polnische Eisenindustrie im Jahre 1934. — Die Bielitzer Textilindustrie im Dezember 1934. — Die Wirtschaftslage im Ostrau-Karwiner Revier im Dezember 1934.
3. Mitteilungen: 78
Danktelegramm der Handelskammer Saarbrücken. — Vereidigung von Sachverständigen. — Prüfungstermine der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien im Frühjahr 1935. — Die Einstellung von Lehrlingen in obererschlesischen kaufmännischen Unternehmungen zu Ostern 1935. — Leitung der Pflichtorganisation und der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel vereinigt.
4. Steuerwesen: 80
Die handelsrechtlichen und steuerlichen Vorschriften über die Inventur. Von Dr. Brönnert, Berlin. — Zurückziehung von Einkommensteuermarken. — Kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. — Steuerfahndungsgebot vom 24. 12. 1934. — Erbschaftsteuer: Bewertung von Grundbesitz in der Zeit bis zur Feststellung der Einheitswerte 1935. — Verordnung über die Bewertung bebauter Grundstücke. — Bewertung der Sachbezüge für die Lohnsteuer. — Einheitsbewertung des Grundvermögens.
5. Verkehrswesen: 88
Eisenbahn: Mitgliederwechsel im Verwaltungsrat der Reichsbahn Ende 1934. — Tarifangelegenheiten. — Tarifierung von Kaltasphalt und Kalkteer, beides zum Straßenbau. — Berichtigung. — Post: Neue Bestimmungen über Geschäftspapiere. — Postgutverkehr. — R.-Gespräche. — Schifffahrt: Bekanntmachung für die Oberschifffahrt. — Oberschifffahrt im Monat Dezember 1934 und der Stand der Oberbauten.
6. Devisenbewirtschaftung und Außenhandel: 90
Unstimmigkeiten in der polnischen Außenhandelsstatistik (Schluß). — I. Devisenvorschriften: Reiseabkommen. — Bestimmungen über private Verrechnungsgeschäfte und Gegenseitigkeitsgeschäfte im Warenverkehr. — Neufassung der Devisenordnung. — Zahlungsabkommen. — II. Außenhandel: Warenabkommen. — Zolländerungen. — Messen.
7. Gesetzgebung und Verwaltung: 93
Anordnung 22 vom 17. Dezember 1934 betr. Verwendung von Kupfer und dessen Legierungen. — Wirtschaftsprüfergebührenordnung für Pflichtprüfungen. — Richtlinien für die Gebührenberechnung in Beitreibungssachen.
8. Rechtsprechung: 95
Arbeitsrechtliche Entscheidungen.
9. Soziales: 96
Die Reichstnappschaff im Jahre 1933.
10. Messen und Ausstellungen: 97
Fahrpreismäßigungen für inländische Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse 1935 von Orten, die 150 Kilometer und mehr von Leipzig entfernt liegen. — Die Normung auf der Leipziger Messe.
11. Firmeneintragen: 98
12. Bücher und Zeitschriften: 98
13. Statistisches: 100

Die chemische Veredelung der Steinkohle.

(Mit besonderer Berücksichtigung der oberchlesischen Kohle)

Von Dr. P. D a m m.

II.

Die Nebenerzeugnisse bei der Wärmezersehung der Steinkohlen.

Faßt man die Ausbeuten bei den drei geschilderten Verfahren zur Wärmezersehung von Steinkohlen zusammen, so ergibt sich für oberchlesische Kohlen folgendes Bild:

Art der Verkokung	Tief- temperatur	Mittel- temperatur	Hoch- temperatur
Koks	80,0 %	75,0 %	72,0 %
Teer	9–10 %	7 %	4 %
Leichte Treibstoffe . . .	1 %	1 %	1,3 %
Ammoniak	Espuren	Espuren	0,3 %
Gas	120 m ³	200 m ³	330 m ³
Verbrennungswärme kcal	7 400	6 000	5 200
Gaswertzahl kcal	888 000	1 200 000	1 716 000

Daß sich bei steigenden Temperaturen sinkende Koks-
ausbeuten und steigende Gasmenen und Gaswert-
zahlen ergeben, ist ohne weiteres einleuchtend. Auf-
fallend ist dagegen zunächst das starke Abfallen der Teer-
ausbeuten zur Hochtemperaturverkokung hin. Das hat
folgende Bewandtnis: Führt man die Wärmezersehung
der Steinkohlen in kleinen Mengen im Laboratorium
aus, so ist es ohne Schwierigkeiten möglich, die gesamte
Kohle gleichmäßig auf Temperatur zu bringen und die
Zersehungsgase im wesentlichen bei den Temperaturen
aus den Erhitzungsräumen abzuführen, bei welchen sie
entstehen. Das ist im Großbetriebe bei allen Verfahren,
die mit ruhender Kohle arbeiten, nicht möglich. Diese
Verfahren sind aber die verbreitetsten und aussichts-
reichsten, weil vorläufig nur sie die Gewähr bieten, daß
ein für Handelszwecke genügend fester Koks erzeugt wird.
Von einigen Verfahren, die in der Bewegung arbeiten
und einen anderen Verlauf des Verkokungsvorganges
zeigen, sei hier abgesehen. Bei allen Verfahren, die in
der Ruhe arbeiten, erfolgt die Erwärmung durch Heiz-
wände, zwischen denen die Kohle liegt und von denen
aus die Wärme allmählich in die zu zersetzende Kohle
strömt. Zunächst werden also jene Anteile der Kohle er-
hitzt, die unmittelbar an den Heizflächen liegen. Von
dort aus dringt die Wärme langsam in das Innere vor.
Es ergibt sich dabei zwangsläufig der Zustand, daß in
der Mitte der Kammern noch völlig unveränderte Kohle
vorhanden ist, während an den Heizwänden schon fertig
gebildeter Koks vorliegt. Zwischen beiden, also zwischen
unveränderter Kohle und fertig gebildetem Koks, be-
findet sich eine Temperaturzone, in der sich die Kohle ge-
rade im Erweichungszustande befindet und in der sich
die Umwandlung des Kohlengefüges in das Koksgefüge
vollzieht. Diese Zone, die als Erweichungszone, plastische
Zone oder aus früheren falschen Vorstellungen heraus

auch als Teernacht bezeichnet wird, verläuft parallel zu
den Heizwänden durch die ganze Kammer hindurch. Da
jede Kammer zwei Heizwände besitzt, sind stets zwei Er-
weichungszonen vorhanden. In einem Koksöfen sind
zeitweilig alle Umwandlungsstufen der Steinkohle gleich-
zeitig vorhanden. In der Mitte der Kammern befindet
sich unveränderte Kohle, die langsam auf die Temperatur
ihres Erweichungsbeginnes erhitzt wird, dann folgen auf
beiden Seiten der Kohle, parallel zu den Heizwänden, die
Erweichungszonen, und zwischen diesen und den Heizwän-
den selbst folgt wiederum auf beiden Seiten Schmelkoks,
Mittelkoks und Hochtemperaturkoks. Unmittelbar nach
dem Besetzen eines Ofens erweichen zunächst die un-
mittelbar an den Heizwänden liegenden Teilschen. Mit
zunehmender Temperatur verfestigen sie sich wieder, und
es erweichen diesen benachbarte andere Teilschen. Dieser
Vorgang setzt sich fort, d. h. die Erweichungszonen wan-
dern von den Heizwänden her in das Innere des Be-
satzes. Dort stoßen sie schließlich in der Mitte zusammen.
Erst dann ist alle Kohle in Koks umgewandelt. Die Er-
hitzung muß allerdings noch weiter getrieben werden,
damit der in der Ofenmitte noch vorhandene Schmel-
k, bzw. Mitteltemperaturkoks in Hochtemperaturkoks um-
gewandelt wird. Diese Erweichungszonen sind nun nicht
nur für die Koksbildung von Bedeutung, sondern sie
haben auch einen entscheidenden Einfluß auf den Weg
der Gase aus den Zersehungsräumen. Wären die plasti-
schen Zonen nicht vorhanden, so könnten die Zersehungsg-
ase durch das kühle Innere der Kohlenfüllung unver-
ändert oder nur wenig verändert abgeführt werden.
Durch die Erweichungszonen ist der Hauptmenge der
Zersehungsgase der Weg in das Innere jedoch versperrt.
Die Gase müssen deshalb ihren Weg von den plastischen
Zonen oder ihren sonstigen Entstehungsstätten durch den
bereits fertig gebildeten heißen Koks zu den glühenden
Heizwänden hin nehmen. Sie streichen an diesen ent-
lang, gelangen in den Gasammelraum und von dort
durch Steigrohre in die für eine oder mehrere Ofen-
gruppen gemeinsame Vorlage. Auf diesem Wege werden
die Gase naturgemäß überhitzt und dabei stark zersetzt.
Aus den ursprünglichen, primären Zersehungserzeug-
nissen werden solche sekundärer Art. Auf diese Weise
entstehen vor allem die aromatischen Kohlenwasserstoffe
wie Benzol, Naphthalin, Anthracen, die dem Stein-
kohlenhochtemperaturteer sein Gepräge geben. Die
Stärke dieser sekundären Zersehung ist zur Hauptsache
abhängig von der Ueberhitzungstemperatur, daneben
aber auch von der Verweilzeit der Gase in heißen Ofen-
zonen. Das ist der eine Gasstrom. Ein anderer, der aus
Zersehungsgasen besteht, die bis zur beginnenden Er-
weichung aus der Kohle abgespalten werden, geht in das
kühle Innere des Besatzes und gelangt von dort unzer-
setzt in den Gasammelraum. Hier vereinigen sich beide
Gasströme. Der aus dem Innern aufsteigende Teil wird
durch Mischung mit den heißen Außengasen überhitzt
und dabei nun ebenfalls mehr oder minder stark zersetzt.

Die Erweichungszonen bilden also Wegscheiden für die Zersetzungsgase. Menge und Beschaffenheit der ausgebrachten Nebenerzeugnisse hängen im wesentlichen davon ab, wie sich die Zersetzungsgase auf die beiden Gasströme verteilen und wie stark sich die sekundäre Zersetzung auswirken kann. Das ist bei den einzelnen Kohlen und Ofensystemen ganz verschieden, und es ist unmöglich, auf diesem Gebiete allgemein gültige Gesetze aufzustellen. Die Zerteilung des Gasstromes ist dagegen stets vorhanden, einerlei, ob es sich um Tief-, Mittel- oder Hochtemperaturverkokung handelt. Die höchsten Wandtemperaturen werden bei der Hochtemperaturverkokung erreicht, bei dieser ist deshalb die sekundäre Zersetzung der Spaltgase am stärksten. Darauf allein ist das starke Abfallen der Teerausbeuten zur Hochtemperaturverkokung hin zurückzuführen. Bei der Zersetzung des Urteeres entstehen Benzolkohlenwasserstoffe, Gas, Wasser und Kohlenstoff, der sich auf dem Koks in Form feiner Graphithäute oder eigenartiger, fann- und strahlenförmiger Gebilde abscheidet.

Die Zersetzungsgase verlassen die Kammern bei der Hochtemperaturverkokung mit Temperaturen von 700 bis 750°. In der Vorlage werden sie durch Verrieselung mit Wasser auf etwa 100° heruntergekühlt. Dabei scheidet sich bereits die Hauptmenge des Teeres ab. Dann gelangen die Gase in Röhrenkühler, welche die Temperatur bis auf etwa 25° herabsetzen. Hier wird die Restmenge des noch im Gase enthaltenen Teeres gewonnen. Der Teer wird in Gruben oder Behältern gesammelt und bei Temperaturen um 80° der Ruhe überlassen, damit sich Teer und Wasser scheiden. Versandfertig besitzt der Rohnteer einen Wassergehalt von etwa 3 %. Seine Verarbeitung erfolgt nicht auf der Kokerei selbst, sondern in Teerdestillationen, die den Teer einer größeren Zahl von Kokereien aufnehmen. Das teerfreie Gas gelangt nunmehr zu Gebläsen, die das Gas mit schwachem Unterdruck aus den Kammern saugen und durch den weiteren Teil der Nebengewinnungsanlagen drücken. Es folgt zunächst die Ammoniakfabrik. Drei verschiedene Verarbeitungsverfahren gibt es:

1. das direkte Verfahren, bei dem die Temperatur des Gases so hoch gehalten wird, daß sich kein Wasser ausscheidet und das gesamte Ammoniak im Gas verbleibt. Dieses Verfahren wird heute nur noch selten angewandt.
2. das halbdirekte Verfahren, bei dem ein Teil des Ammoniaks zusammen mit dem Wasser aus dem Gase ausgeschieden wird, während der andere Teil im Gase verbleibt und mit diesem in die Ammoniakfabrik geht. Das ammoniakhaltige Gaswasser geht über Abtreiber, in denen das Ammoniak mit Dampf, bzw. aus seinen Verbindungen mit Kohlenwasserstoffen, Schwefelwasserstoff und Blausäure unter Zuhilfenahme von Kalk ausgetrieben wird. Das Ammoniak wird vom Abtreiber meist in den Gasstrom zurückgeführt, und
3. das indirekte Verfahren, bei dem das gesamte Ammoniak aus dem Gase mit Wasser ausgewaschen wird. Das Ammoniakwasser wird dann nach 2. in Abtreibern aufgearbeitet.

In Oberschlesien wird hauptsächlich nach dem halbdirekten Verfahren gearbeitet, an der Ruhr vielfach nach dem indirekten.

Beim direkten und halbdirekten Verfahren strömt das gesamte Gas durch Sättiger, die mit Schwefelsäure gefüllt sind. Beim indirekten Verfahren geht das Gas nicht durch die Sättiger, in diese gelangen nur die vom Abtreiber kommenden Ammoniakdämpfe. Das Ammoniak verbindet sich mit der Schwefelsäure zu schwefelsaurem Ammoniak. Die Temperatur im Sättiger wird so eingestellt, daß Wasser verdampft und das Salz ständig ausfällt. Es wird durch Heber vom Boden des Sättigers abgesaugt und in Zentrifugen von der anhaftenden Mutterlauge befreit. Falls es erforderlich ist, wird das Salz leicht getrocknet, um ein Zusammenballen im Lager zu verhindern. Das schwefelsaure Ammoniak besteht aus prismatischen Kristallen von weißer bis schwach gelblich-weißer Farbe, es ist von sehr gleichmäßiger Körnung und ausgezeichnet streufähig.

An die Ammoniakfabrik schließt sich die Benzolgewinnung. Das Benzol ist im Gase dampfförmig enthalten, und zwar rechnet man bei der Verkokung ober-schlesischer Kohlen mit Gehalten von 30–40 g je m³ Gas. Die Auswaschung erfolgt mit Hilfe eines Teeröles, dem sogenannten Benzolwaschöl. Das Gas tritt unten in 20 bis 30 m hohe Waschtürme ein, die mit Holzhorden ausgefüllt sind. Das Waschöl rieselt von oben her über die Holzhorden in feiner Verteilung dem Gase entgegen, dabei wird das Benzol vom Waschöl aufgenommen. Meistens sind mehrere solcher Waschtürme vorhanden, es wird jedoch stets so gearbeitet, daß das benzolärmste Gas mit noch nicht angereichertem, frisch abgetriebenem Waschöl in Berührung kommt. Da das Benzol das wertvollste Nebenerzeugnis ist, wird sorgfältig auf eine weitgehende Auswaschung geachtet. Der Benzolgehalt im Endgas darf in einer gut geleiteten Kokerei nicht mehr als 2 g je m³ betragen. Das mit Benzol angereicherte Waschöl wird Abtreibeapparaten zugeführt, in denen das Benzol mit Dampf abgetrieben wird. Das vom Benzol befreite Waschöl kehrt in den Kreislauf der Benzolgewinnung zurück, während das rohe Benzol auf sogenanntes hochprozentiges Leichtöl mit 95 % Destillat bei 180° umdestilliert wird. Dieses wird in Reinigungsanlagen, die häufig Teerdestillationen angegliedert sind, nach besonderen Reinigungsverfahren auf Motortreibstoff oder Reinerzeugnisse, wie Reinbenzol, Reintoluol und Reinxylol verarbeitet.

Das von Teer, Ammoniak und Benzol befreite Gas wird zu etwa 50 % für die Unterfeuerung der Koksöfen benötigt, der Rest ist für andere Zwecke frei. Wo große Mengen Koksereigas benötigt werden, hat man das zur Unterfeuerung dienende heizkräftige Gas durch Generatorgas ersetzt. Soweit das Gas nicht zur Beheizung der Öfen Verwendung findet, muß es von Naphthalin befreit werden, da dieses dazu neigt, sich bei Abkühlung des Gases in den Rohrleitungen abzuscheiden. Dadurch entstehen unangenehme Verstopfungen im Leitungsnetz, die häufig schwer zu finden und noch schwerer zu beseitigen sind. Die Entfernung des Naphthalins gelingt mit Hilfe eines hochsiedenden naphthalinfreien Teeröles, dabei wird das Gas ebenso wie bei der Benzolgewinnung dem Teeröl in Hordenwaschern im Gegenstrom entgegengeführt. Um Störungen im Leitungsnetz durch Naphthalin zu vermeiden, genügt es im allgemeinen, wenn der Naphthalingehalt auf 5 g je 100 m³ Gas herabgesetzt wird. Findet das Koksereigas als Stadtgas oder für chemische Zwecke Verwendung, so muß auch der Schwefel-

wasserstoff restlos aus dem Gase entfernt werden. Dazu dienen besondere Reinigungsverfahren, die noch an anderer Stelle kurz gestreift werden.

Ueber die Nebenerzeugnisse selbst, ist im einzelnen noch folgendes zu sagen:

Steinkohlenteer.

Die Zusammensetzung der Steinkohlenteere schwankt in weiten Grenzen. Sie ist abhängig:

1. von der Art der verwendeten Kohlen;
2. von der Verkokungstemperatur;
3. von Bauart und Bauzustand der Defen und
4. von der Betriebsweise der Defen.

Die nachstehend angeführten Zahlen sollen lediglich in großen Zügen ein Bild von den Veränderungen geben, die in der Zusammensetzung der Teere bei Wärmezersetzung der gleichen Kohle unter verschiedenen Verkokungstemperaturen eintreten.

Bezeichnung des Teeres Verkokungsendtemperatur	Tief- temperatur 600°	Mittel- temperatur 800°	Hoch- temperatur 950°
Zusammensetzung:			
Leichte Treibstoffe bis 180° %	7,40	7,10	1,60
Kristallkarbolsäure . . . %	—	0,30	0,80
Kresole %	3,80	2,30	1,10
Naphthalin %	—	Spuren	6,50
Paraffin! %	0,80	0,30	—
Dele aller Art %	76,00	60,00	33,00
Pech (Erweichungspunkt 70°) %	12,00	30,00	57,00
	100,00	100,00	100,00

Besonders auffallend ist das starke Ansteigen des Pechgehaltes und gleichzeitig die starke Abnahme des Delgehaltes vom Tieftemperaturteer zum Hochtemperaturteer hin. Das sind ausschließlich Auswirkungen der starken sekundären Zersetzung infolge Ueberhitzung der Zersetzungsgase auf dem Wege von ihrer Entstehungsstätte zum Gasammelraum oder zur Vorlage hin. Die Veränderungen erstrecken sich jedoch nicht nur auf die Menge, sondern auch auf den chemischen Charakter dieser Stoffe. Die Dele des Tieftemperaturteeres sind reich an sogenannten sauren Delen, sie enthalten bis zu 45 % davon, während die Dele des Hochtemperaturteeres nur 6—8 % saure Dele besitzen. Diese sauren Dele werden bei höheren Temperaturen abgebaut, und zwar entstehen aus hochmolekularen sauren Delen durch Abspaltung von Seitenketten niedermolekulare Phenole, durch Abspaltung von Seitenketten und Wasser neutrale Kohlenwasserstoffe. Dieser Abbau hochmolekularer Stoffe zu niedermolekularen äußert sich auch in den Gehalten an Kresolen und Kristallkarbolsäure, die zur Gruppe der sauren Dele gehören. Der Tieftemperaturteer ist reich an Kresolen. Der Grundstoff dieser Reihe, die Karbolsäure, tritt in ihm noch nicht auf. Ueber Mitteltemperatur- zum Hochtemperaturteer hin nimmt der Gehalt an Kresolen ständig ab, während die Menge der in den Teeren enthaltenen Kristallkarbolsäure ansteigt. Bei der sekundären Zersetzung herrscht grundsätzlich das Bestreben vor, aus wasserstoffreichen hydroaromatischen oder aliphatischen Stoffen solche der aromatischen Reihe

zu bilden, und zwar einfache Verbindungen dieser Reihe, die verhältnismäßig wärmebeständig sind. So sehen wir beispielsweise, daß die Paraffine bei zunehmenden Temperaturen verschwinden, während das Naphthalin überhaupt erst bei höheren Temperaturen erscheint. Tief- und Mitteltemperaturteer sind verhältnismäßig reich an leichten Kohlenwasserstoffen, die sich als Motortreibstoffe eignen. Sie bestehen jedoch vorwiegend aus benzinartigen Kohlenwasserstoffen, während das Benzol noch fehlt. Es ist ausschließlich sekundäres Erzeugnis und entsteht erst bei hohen Temperaturen. Dafür verschwinden die benzinartigen Verbindungen fast vollkommen.

Starke Abnahme der Teerausbeute, Absinken des Delgehaltes, Ansteigen des Pechgehaltes und zunehmende Aromatisierung kennzeichnen die Umwandlung der ursprünglich aus der Kohle entstandenen flüssigen Zersetzungserzeugnisse durch sekundäre Zersetzung bei ansteigenden Verkokungsendtemperaturen. Diesen tiefgreifenden Änderungen in der Beschaffenheit der Teere muß selbstverständlich bei ihrer Weiterverarbeitung Rechnung getragen werden. Aromatische Verbindungen, die für unsere chemische Industrie als Rohstoffe eine große Bedeutung haben, lassen sich aus Mittel- und Tieftemperaturteeren nicht gewinnen. Auf der anderen Seite sind Mittel- und Tieftemperaturteere wasserstoffreicher als Hochtemperaturteer, sie liefern infolgedessen Dele, die sich für den Betrieb von Dieselmotoren eignen, was für die Dele des Hochtemperaturteeres nicht ohne weiteres zutrifft. Dieser Wasserstoffreichtum gegenüber den Hochtemperaturteeren ist es auch, der sie der Hydrierung und Spalthydrierung, also der chemischen Veredelung zugänglich macht. Ueber die Wege, die einmal bei der Weiterverarbeitung der Mittel- und Tieftemperaturteere eingeschlagen werden, wenn sie in größeren Mengen zur Verfügung stehen, besteht heute noch keine volle Klarheit. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß geeignete Verfahren ausfindig gemacht und den Erzeugnissen große Verwendungsgebiete erschlossen werden.

Kurz gestreift sei hier noch ein Verfahren der Firma Still in Recklinghausen zur Innenabsaugung der Destillationsgase. Es wurde bereits erwähnt, daß die bei der Erhitzung backender Kohlen entstehenden Erweichungszonen eine Wegscheide für die Zersetzungsgase bilden. Die Spaltstücke, die bis zum Beginn der Erweichung gebildet werden, wandern nach innen und bleiben hier zunächst von einer weiteren Zersetzung verschont, während alles andere den Weg durch den glühenden Koks zu den Heizwänden nimmt, dabei stark überhitzt und zersetzt wird. Beide Gasströme vereinigen sich im Gasammelraum. Dabei werden die Innengase durch die Außengase überhitzt und zersetzen sich nun ebenfalls mehr oder minder stark. Diese sekundäre Zersetzung der Innengase verhindert Still dadurch, daß er sie getrennt aus dem Innern des Befasses absaugt. Die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen sind einfach. Die Absaugung erfolgt getrennt bis zum Gebläse. Hinter dem Gebläse, also nach Kühlung der Gase und Abscheidung des Teeres, vereinigen sich beide Gasströme und gehen gemeinsam durch die weiteren Teile der Nebengewinnungsanlage. Die Mehrausbeute an Teer nach dem Still-Verfahren beträgt 10 %, die an leichten Motortreibstoffen (Benzol-Benzingemisch) gegenüber der gewöhnlichen Hochtemperaturverkokung 30 %. Das Verfahren hat ferner den Vorteil, daß der Verkokungsvorgang um 10 % be-

schleunigt verläuft, so daß praktisch der Ausnutzungswert einer Koferei um den gleichen Betrag steigt. Der Innenteer steht in seinen Eigenschaften dem Mitteltemperaturteer nahe. Das Stillsche Verfahren hat sich im Großbetriebe bewährt und wird zur Zeit auf mehreren Kofereianlagen eingebaut.

Für unsere Volkswirtschaft hat der Hochtemperaturteer eine außerordentlich große Bedeutung erlangt. Unendlich groß ist die Zahl der Erzeugnisse, die aus einzelnen Gliedern des Steinkohlenteers aufgebaut werden. Die Weiterverarbeitung des Teeres wird in einem zweiten Aufsatz besonders behandelt. Dabei wird gleichzeitig ein Ueberblick über die vielseitige Verwendung gegeben, welche Erzeugnisse des Steinkohlenteeres in den verschiedensten Industriezweigen finden, und gezeigt, wie befruchtend die thermische Zersetzung der Steinkohlen auf unsere gesamte chemische Industrie gewirkt hat.

Die deutsche Erzeugung an Kofereiteer betrug im Jahre 1930 1 209 115 t, davon entfielen auf Oberschlesien 62 453 t, also rund 5 %. Die Weiterverarbeitung des Teeres erfolgt für sämtliche Kofereien gemeinsam auf der Teerdestillation Skallen der Chemischen Werke Oberschlesien GmbH., der Verkauf der Erzeugnisse durch die Teerprodukten-Vereinigung des Ostens GmbH., Berlin, die in enger Verbindung mit der Verkaufvereinigung für Teerzeugnisse GmbH. in Essen steht.

Rohbenzol.

Die leichten Kohlenwasserstoffe, die bei der Wärmezersetzung der Steinkohlen entstehen, sind chemisch ganz verschieden zusammengesetzt, je nachdem, ob sie bei niedrigen, mittleren oder hohen Temperaturen entstehen. Bei tiefen Temperaturen sind fast ausschließlich benzinartige Kohlenwasserstoffe vorhanden, die bei steigenden Temperaturen nach und nach verschwinden und aromatischen Kohlenwasserstoffen Platz machen, die durch sekundäre Zersetzung einzelner Verbindungen oder Stoffklassen des Urteeres entstehen. Alle diese leichten, unter 180° siedenden Kohlenwasserstoffe sind Motorentreibstoffe, sie sind jedoch umso hochwertiger, je höher ihr Gehalt an aromatischen Kohlenwasserstoffen ist. Reine aromatische Kohlenwasserstoffe der Benzolreihe werden nur bei der Hochtemperaturverkokung gebildet. Das Rohbenzol enthält jedoch nicht nur Benzol, sondern in wechselnden Mengen auch die höheren Homologen Toluol, Xylol usw., die in ihrer Gesamtheit das Motorenbenzol bilden. Reinerzeugnisse wie Reinbenzol, Reintoluol und Reinxylol, die der chemischen Weiterverarbeitung zugeführt werden, lassen sich nur aus dem Rohbenzol der Hochtemperaturverkokung gewinnen. Begleitkörper der benzin- oder benzolartigen Kohlenwasserstoffe sind stets Verbindungen, die zur Verharzung neigen. Sie müssen entfernt werden, da sie Störungen im Motor hervorrufen können. Aus ihnen werden die hochwertigen Cumaronharze hergestellt, die an Stelle ausländischer Pflanzenharze Verwendung finden.

Das Rohbenzol wurde bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ausschließlich bei der Verarbeitung des Teeres erhalten. Die erzeugten Mengen waren gering. Eine viel ergiebigere Quelle für Benzol als der Teer ist das Gas. Es enthält etwa 20- bis 30mal soviel Benzol wie der aus der gleichen Kohlenmenge gebildete Teer. Nachdem Brund 1890 die Benzolauwaschung aus dem

Gas mit Hilfe des Benzolwaschöles einführte, stieg die deutsche Benzolerzeugung sprunghaft an.

Von 5 000 t im Jahre 1890 stieg sie auf 28 000 t im Jahre 1900, auf 87 000 t im Jahre 1910, auf 181 000 t im Jahre 1920 und auf 291 451 t im Jahre 1930.

Die Höchsterzeugung wurde im Jahre 1928 mit 333 000 t erreicht.

Oberschlesien hatte im Jahre 1930 eine Rohbenzolerzeugung von 21 427 t, also einen Anteil von 7,3 % an der gesamten deutschen Erzeugung.

Auf den Gaswerken hat die Benzolgewinnung bisher nur zögernd Eingang gefunden, weil es jahrelang eine umstrittene Frage war, ob die Gewinnung lohnend sei oder nicht. Diese Frage ist heute eindeutig zugunsten der Benzolgewinnung geklärt. Zur Gewinnung des Benzols stehen den Gaswerken das altbewährte Waschölverfahren und das Aktiv-Kohle-Verfahren zur Verfügung. Welchem Verfahren der Vorzug gebührt, kann nur unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse entschieden werden. Bei allgemeiner Einführung der Benzolgewinnung auf den Gaswerken könnte die deutsche Benzolerzeugung um etwa 25 000 t jährlich gesteigert werden.

Ammoniak.

Das schwefelsaure Ammoniak der Kofereien, das einst eines unserer wichtigsten künstlichen Düngemittel war, hat zur Zeit einen scharfen Kampf im Wettbewerb mit synthetischem Ammoniak und anderen stickstoffhaltigen Düngemitteln zu bestehen. Während es im Jahre 1913 einen alles andere überragenden Anteil an der Menge der insgesamt hergestellten künstlichen Düngemittel hatte, liegen die Verhältnisse heute fast umgekehrt. Die Verschiebung, die im Laufe der letzten 20 Jahre in Deutschland zugunsten der Erzeugung synthetischer Düngemittel eingetreten ist, geht anschaulich aus der nachstehenden Zahlentafel hervor:

	Gesamtstickstoff t	davon entfallen auf		
		Kofereien %	Synthese %	Kalkstickstoff %
1913	119 650	91	1	8
1915	96 980	71	14	15
1920	238 900	31	49	20
1925	511 600	16	71	13
1930	680 000	15	69	16

85 % der Erzeugnis entfallen auf synthetisches Ammoniak und Kalkstickstoff, und nur 15 % werden heute noch von den Kofereien hergestellt. Die Gewinnung des Ammoniaks ist gegenwärtig für die Kofereien kaum noch lohnend, und es ist zu befürchten, daß sie in absehbarer Zeit mit Verlusten verknüpft ist, wenn es nicht gelingt, neue wirtschaftliche Wege zur Bindung des Kofereiammoniaks zu finden.

Es ist kaum als ein Nachteil zu betrachten, daß in den Gasen der Mittel- und Tieftemperaturverkokung wesentlich weniger Ammoniak enthalten ist als in den Gasen der Hochtemperaturverkokung. Das liegt daran, daß die Hauptammoniakbildung bei allen Kohlen bei

Temperaturen über 800° liegt, also Temperaturen, die bei der Tief- und Mitteltemperaturverfokung nicht erreicht werden.

Die Erzeugung der deutschen Kokereien an schwefelsaurem Ammoniak aus der Hochtemperaturverfokung betrug im Jahre 1930 455 501 t, davon stellte Oberschlesien 20 003 t her, also 4,4 %. Der Verkauf des schwefelsauren Ammoniaks, das je nach Körnung und Stickstoffgehalt in drei verschiedenen Sorten hergestellt wird, erfolgt durch das Stickstoffsyndikat in Berlin.

Steinkohlengas.

Menge und Zusammensetzung des ausgebrachten Gases sind abhängig von der Art der verwendeten Kohlen und von den Verfokungstemperaturen. Ganz allgemein läßt sich nur sagen, daß die Menge des ausgebrachten Gases mit ansteigenden Temperaturen ebenfalls ansteigt, die Verbrennungswärme des Gases dagegen abfällt. Die Gaswertzahlen, d. h. das Produkt aus der aus 1 t Steinkohle gebildeten Gasmenge und der Verbrennungswärme des Gases, nehmen mit steigenden Temperaturen in jedem Falle zu, ein Zeichen, daß der Anstieg der Gas Mengen stets beträchtlicher ist als die Abnahme der Verbrennungswärme. Im Steinkohlengas sind enthalten:

als brennbare Anteile: Schwere Kohlenwasserstoffe, Methan, Kohlenoxyd und Wasserstoff,

als nicht brennbare Anteile: Kohlen säure, Sauerstoff und Stickstoff.

Der Sauerstoff und ein Teil des Stickstoffes stammen aus der Luft, die durch Undichtigkeiten in das Leitungssystem, vielleicht auch in die Verfokungskammern eingesaugt wird. Auch ein Teil der Kohlen säure mag durch Verbrennung von Gasbestandteilen mit eingesaugtem Luftsauerstoff entstanden sein. Die Zusammensetzung des Gases für verschiedene Verfokungsendtemperaturen und für ober schlesische Kohlen ist etwa folgende:

Verfokungsart Endtemperatur	Tief- temperatur 600°	Mittel- temperatur 800°	Hoch- temperatur 950°
Schwere Kohlenwasser- stoffe Vol. %	4,0	3,5	3,0
Methan " "	55,0	38,0	25,0
Kohlenoxyd " "	4,0	5,0	8,0
Wasserstoff " "	31,0	45,0	52,0
Kohlensäure " "	3,0	4,0	4,0
Stickstoff " "	2,5	4,0	7,5
Sauerstoff " "	0,5	0,5	0,5
Verbrennungswärme kcal	7 400	6 000	5 200
Gasmenge m ³	120	200	320
Gaswertzahl kcal	900 000	1 200 000	1 716 000

Besonders kennzeichnend ist die Abnahme des Methangehaltes und die Zunahme des Wasserstoffgehaltes.

Ferngas.

Während noch vor einigen Jahren weithin leuchtende Fackeln, durch welche das Kokereigas verbrannt und damit vernichtet wurde, das Wahrzeichen vieler Kokereien waren, ist man heute emsig bemüht, es restlos zu erfassen und nutzbringend zu verwenden. Es wird teils in

Hilfsbetrieben der Kokereien, z. B. zur Dampf- und Stromerzeugung verwendet, teils fremden Verbrauchern zugeführt. Die Gas Mengen, die von neuzeitlichen Kokereibetrieben abgegeben werden können, sind beträchtlich. Bei einem Durchsatz von 1000 t Trockenkohle täglich beträgt die Ueberschußmenge rund 160 000 m³, das entspricht etwa dem Gasbedarf einer Großstadt wie Düsseldorf.

Die Ferngasversorgung wurde in Oberschlesien im Jahre 1927 von den Kokswerken und Chemischen Fabriken in Hindenburg mit dem Ueberschußgas der Kokereien Gleiwitzer Grube und Skalleh aufgenommen. Auf dem Gelände der Kokerei Skalleh in Hindenburg wurde ein wasserloser Gasbehälter, Bauart M. A. N. mit einem Fassungsvermögen von 60 000 m³ errichtet, dem das Gas der Kokerei Gleiwitzer Grube durch eine 10 km lange Gasleitung, das Gas der Kokerei Skalleh unmittelbar zugeführt wird. Im Jahre 1929 schloß sich die Preussische Bergwerks- und Hütten AG. mit ihrer Kokerei Delbrückschächte der Ferngaslieferung an. Die Verbindung zum Gasbehälter ist durch eine 5 km lange Leitung hergestellt.

Die Ferngasabgabe stieg von 23 000 000 m³ im Jahre 1928 auf 58 000 000 m³ im Jahre 1930. Infolge Verschlechterung der Wirtschaftslage sank die Gasabgabe im Jahre 1932 auf 44 000 000 m³, um 1933 mit 51 600 000 m³ wiederum einen leichten Anstieg zu erfahren.

Das Gas dient zur Beheizung von Dampfkesseln, Destillierblasen, Glasöfen und Glühöfen für Schrauben, Muttern und sonstigen Kleinteilen. Seit 1928 ist auch das Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg an die Gasfernversorgung angeschlossen. Der Verbrauch der beiden Städte stieg von 4,7 Millionen m³ im Jahre 1929 auf 6,6 Millionen m³ im Jahre 1933 an, obwohl sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Jahren erheblich verschlechtert haben. Die Steigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im Versorgungsgebiet des Verbandsgaswerkes eine Anzahl von Wohnhäusern, Verwaltungsgebäuden, Schulen, Krankenhäusern und Kirchen wirtschaftlich mit Gas beheizt werden.

Bei weiterer Besserung der Wirtschaftslage ist im ober schlesischen Industriegebiet und darüber hinaus in der Provinz Oberschlesien voraussichtlich eine beträchtliche Erweiterung des Gasverbrauches zu erwarten. Am Veraleich zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet werden die Vorteile, welche die Verwendung von Kokereigas bietet, von der ober schlesischen Industrie noch wenig ausgenutzt. Städten und Gemeinden ist, wie die Entwicklung des Verbandsgaswerkes Beuthen-Hindenburg beweist, durch Verwendung von Ferngas, unter Umständen zur Ergänzung der vorhandenen Energieerzeugung, oder als neue Energiequelle die Möglichkeit geboten, die Gasablieferung von Haushalt und Gewerbe erheblich zu steigern und sich bei mäßigen Einkaufs- und Verkaufspreisen sichere Einnahmen zu beschaffen.

Gasreinigung.

Für die Verwendung als Stadtgas oder für chemische Zwecke muß der im Steinkohlengase enthaltene Schwefelwasserstoff entfernt werden. Am gebräuchlichsten ist die Trockenreinigung. Das Gas wird durch Kästen geleitet, in denen sich auf Horden die Gasreinigungsmasse

— Kalkeneisenerz, Lautmasse usw. — befindet. Beim Durchstreichen dieser Masse wird der Schwefel an Eisen gebunden. Von Zeit zu Zeit muß die Masse durch Ausbreiten an der Luft regeneriert werden. Eisenoxydhydrat bildet sich zurück und Schwefel wird frei. Heute ist es üblich, dem zu reinigenden Gas etwas Luft zuzusetzen, so daß Reinigung des Gases und Regenerierung der Masse in einem Arbeitsgange erfolgen. Sobald die Gasreinigungsmasse bis zu etwa 40 % mit Schwefel angereichert ist, muß sie gegen frische Masse ausgetauscht werden. Die ausgebrauchte Gasreinigungsmasse, die neben Schwefel auch Chlverbindungen enthält, wird auf gelbes Blutlaugensalz verarbeitet.

Die F.G. Farbenindustrie verwendet Aktiv-Kohle zur Entfernung des Schwefelwasserstoffes. Diese Kohle nimmt mehr als 100 % ihres Gewichtes an Schwefel auf. Der Schwefel wird durch Lösungsmittel aus der Kohle entfernt. Es wird ein sehr reiner Schwefel gewonnen, der einen beträchtlichen Teil der Kosten des Verfahrens deckt. Außerhalb der F.G. Farbenindustrie hat dieses Verfahren bislang keine Bedeutung gewonnen.

In den letzten Jahren ist eine Reihe von nassen Gasreinigungsverfahren bekannt geworden. Viele davon sind schnell wieder verschwunden, weil sie nicht hielten, was man sich von ihnen versprach.

Bessere Aussichten hat das Thylor-Verfahren, das sehr einfach und zweifellos eines der wirtschaftlichsten Reinigungsverfahren überhaupt ist. Als Waschlösungsmittel werden komplexe Arsensulfidverbindungen verwendet, welche Schwefelwasserstoff aufnehmen. Durch Einblasen von Luft in die gesättigte Waschlösung wird Schwefel abgeschieden, die Waschlösung selbst regeneriert. Der Schwefelschlamm wird abfiltriert und zu stückigem Schwefel umgeschmolzen.

Näher soll hier auf diese Reinigungsverfahren nicht eingegangen werden, obwohl sie für die Veredelung des Steinkohlengases eine große Bedeutung haben.

Gaszerlegung.

Das bedeutendste Verfahren zur Veredelung des Steinkohlengases ist seine Zerlegung in Einzelbestandteile durch Kühlung und stufenweise Verflüssigung.

Das in Deutschland gebräuchliche Verfahren zur Gaszerlegung von Linde-Concordia beruht darauf, daß sich der Wasserstoff erst bei sehr viel tieferer Temperatur verflüssigt als die übrigen Bestandteile des Steinkohlengases. Das Gas muß selbstverständlich vor der Zerlegung sorgfältig von allen Verunreinigungen wie Staub, Teer, Ammoniak und Schwefelwasserstoff befreit sein. Dann wird die Kohlen säure abgeschieden, die sonst leicht Verstopfungen in der Apparatur hervorrufen kann. Die Hauptmenge der Kohlen säure wird unter Druck mit Wasser ausgewaschen, ein geringer Rest wird durch Natronlauge aufgenommen, die gleichzeitig auch etwa noch vorhandene geringe Reste Schwefelwasserstoff entfernt. Darauf gelangt das Gas in die eigentliche Zerlegungsapparatur, in der es mittels Ammoniakfältemaschinen zunächst auf etwa minus 50° abgekühlt wird. Zur weiteren Kühlung dient flüssiger Stickstoff, der durch Verflüssigung und Rektifikation aus atmosphärischer Luft gewonnen wird. Zunächst verflüssigen sich die schweren Kohlenwasserstoffe des Gases — Aethylen, daneben auch Butan, Propan, Propylen usw. —, bei fort-

schreitender Abkühlung scheidet sich dann das Methan aus, und schließlich bei Temperaturen unter minus 200° das Kohlenoxyd. Es bleibt lediglich noch der Wasserstoff gasförmig, der durch Waschen mit flüssigem Stickstoff von Resten anderer Gasbestandteile befreit und auf 98 bis 99 % angereichert wird.

Insgesamt werden bei der Gaszerlegung 4 Fraktionen gewonnen:

1. Aethylen (schwere Kohlenwasserstoffe);
2. Methan;
3. Kohlenoxyd;
4. Wasserstoff.

Treibgase.

In den zur Zeit laufenden Großanlagen wird fast ausnahmslos nur der Wasserstoff gewonnen, da für die anderen Gasbestandteile bisher noch keine lohnenden und vor allem auch keine genügend großen Verwendungsgebiete gefunden wurden. In den letzten Jahren hat man sich jedoch sehr eingehend mit Versuchen befaßt, das aus dem Kokereigas gewonnene Aethylen und Methan als Treibstoff für Lastkraftwagen und Omnibusse zu verwenden. Für das engere Ruhrgebiet haben diese Versuche bereits größere Bedeutung erlangt.

Die Aethylenfraktion, die auch als Gasol bezeichnet wird, hat eine Verbrennungswärme von etwa 17 500 kcal. 1 m³ dieses Gases vermag rund 2 l Benzin zu ersetzen.

Die Verbrennungswärme des Methans beträgt 9 500 kcal, und 1 m³ Methangas entspricht rund 1 l Benzin.

Die Gase werden in Druckflaschen gefüllt, die in das betreffende Fahrzeug eingebaut werden. Die motorische Verwendung der gasförmigen Treibstoffe bereitet keinerlei Schwierigkeiten. Geringfügige Minderungen sind lediglich zur Herstellung des geeigneten Luft-Gasgemisches erforderlich.

Es hat den Anschein, als ob die Treibgase zukünftig noch eine große Bedeutung erlangen werden.

Ammoniaksynthese.

Der durch Gaszerlegung gewonnene Wasserstoff dient zum weitaus größten Teile zur Bindung des Luftstickstoffes, also zur Ammoniaksynthese. Sie hat an und für sich nichts mit dem Kokereibetriebe zu tun, und eine Verbindung ist nur dadurch entstanden, daß der für diese Synthese erforderliche Wasserstoff im Kokereigas in reichlichen Mengen vorhanden ist. Die Ammoniaksynthese ist unlösbar mit den Namen Haber und Bosch verknüpft. Haber verdanken wir die wissenschaftlichen Grundlagen der Synthese, der F.G. Farbenindustrie unter Leitung von Bosch die großindustrielle Entwicklung dieses Verfahrens.

Der Luftstickstoff wird an Wasserstoff gebunden. Zur Bindung von 1 kg Stickstoff in Form von Ammoniak sind praktisch 2,6 m³ Wasserstoff erforderlich. Auf 160 m³ Wasserstoff, die aus einer Tonne obereschlesischer Kohle durch Verkokung und Gaszerlegung gewonnen werden können, entfallen mithin rund 60 kg Reinstickstoff oder 280 kg schwefelsaures Ammoniak. Die Verreinigung von Stickstoff und Wasserstoff geht nur bei hohen Drücken, hohen Temperaturen und bei Gegenwart von Beschleunigern — Katalysatoren, meist

Metalle oder Metalloxyde — vor sich. Die heute durchgeführten Verfahren der F.G. Farbenindustrie, von Mont Cenis, Casale, Claude und anderen unterscheiden sich hauptsächlich durch Höhe des Druckes und Art des Katalysators.

Die Entwicklung der Ammoniaksynthese machte während des Krieges rasche Fortschritte, der Hauptausbau fand jedoch erst in den Nachkriegsjahren statt. Die Leistungsfähigkeit sämtlicher deutschen Werke zur Erzeugung von stickstoffhaltigen Düngemitteln betrug in 1000 t Reinstickstoff:

	1914	1918	1930
Kalkstickstoffindustrie	10	100	130
Ammoniaksynthese Haber-Bosch	7	200	800
Kokereiammoniak	100	100	100
Synth. Kokereiammoniak a. Gas	—	—	170
Gesamtleistungsfähigkeit	117	400	1 200

An den Syntheseanlagen mit einer Gesamtleistung von 970 000 t Reinstickstoff ist der Bergbau mit 170 000 t, also rund 18 %, beteiligt. Mit der Steigerung der Erzeugung hat der Bedarf der Landwirtschaft nicht Schritt gehalten, wie nachstehende Zahlen zeigen:

Erzeugung in t Reinstickstoff		Verbrauch der Landwirtschaft	
1913	119 650 t	1913/14	210 000 t
1915	96 980 t	1915/16	73 000 t
1920	238 900 t	1920/21	212 000 t
1925	511 600 t	1925/26	325 000 t
1930	680 000 t	1930/31	340 000 t

Der Höchstverbrauch wurde im Düngesjahr 1929/30 mit 415 000 t erreicht. Vom Jahre 1920 an hat die deutsche Erzeugung den innerdeutschen Verbrauch in zunehmendem Maße überschritten, und im Jahre 1930 mußte bereits die Hälfte der Erzeugung bei gedrosselten Betrieben ausgeführt werden. Der Ausfuhr steht jedoch im Wege, daß überall in der Welt Stickstoffanlagen ent-

standen. Im Jahre 1929 betrug die Weltproduktion 2 362 000 t Reinstickstoff, davon wurden 22,4 % durch Abbau natürlicher Salpeterlager, 18,7 % in den Nebengewinnungsanlagen von Kokereien und Gasanstalten und 58,9 % auf synthetischem Wege gewonnen. Die Leistungsmöglichkeit der Welt betrug im Jahre 1930 bereits über 3 000 000 t, während der Verbrauch sich günstigenfalls auf 2 000 000 t stellte. Eine Übereinstimmung zwischen Erzeugung und Absatz muß unbedingt hergestellt werden, wenn die Stickstofflager nicht unbegrenzt ansteigen sollen. Einschränkungen in der Erzeugung sind die unvermeidliche Folge. Die Wirtschaftlichkeit der Synthese wird durch die ungünstigen Absatzverhältnisse natürlich stark beeinträchtigt, und der zum Bau solcher Anlagen erforderliche hohe Geldeinsatz ist für Deutschland und besonders für den Bergbau nicht mehr lohnend.

Rückblick.

Die Veredelung der Steinkohlen durch Wärmezersetzung hat in starkem Maße befruchtend auf unsere gesamte Industrie gewirkt. Mehr als 30 % der geförderten Steinkohlen werden heute der Hochtemperaturverkokung in Kokereien und Gaswerken unterworfen. Andere Verfahren, die zum Teil andere, für unsere Volkswirtschaft wichtige Erzeugnisse liefern, sind noch in der Entwicklung begriffen. Alle diese Verfahren sind jedoch an die Verwendung von Kohlen mit besonderen Eigenschaften gebunden. Sie alle sind nicht unbegrenzt durchführbar, weil als Haupterzeugnis ein zwar veredelter, aber fester Brennstoff anfällt, für den der Markt immer nur in dem Maße aufnahmefähig ist, wie feste Brennstoffe verbraucht werden. Die Herstellung eines neuen Brennstoffes genügt nicht, da der Verbrauch dadurch in keiner Weise gesteigert wird. Besitzt er bessere Eigenschaften als andere Brennstoffe, so wird er diese verdrängen und dafür Absatznot an anderen Stellen schaffen. So ergibt sich die unbequeme Zwangslage, daß sich alle Veredelungsverfahren, die auf einer Zersetzung der Steinkohle durch Wärme beruhen, im Durchsatz den Absatzmöglichkeiten für Koks anpassen müssen, auch dann, wenn für die Nebenerzeugnisse Teer, Benzol und Gas große Nachfrage besteht. Alle Versuche, aus dieser Zwangslage einen Ausweg zu finden, haben bisher bestenfalls zu Teilerfolgen geführt.

Wirtschaftsberichte

Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien um die Jahreswende 1934/35.

Im Dezember 1934 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien ziemlich bedeutend um 12 063 Köpfe, d. i. um 20 %, gegenüber dem Vormonat. Sie war jedoch um 26,2 % niedriger als Ende Dezember 1933. Von den verschiedenen Berufsgruppen hatten die überwiegenden Saisonaußenberufe die stärkste Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Insgesamt nahm in den Saisonaußenberufen die Zahl der Erwerbslosen um 32,7 % zu. Für die Landwirtschaft stellte sich die Zunahme auf 51,1 %. Wie schon im vorigen Bericht bemerkt, war die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesen Gruppen dadurch aufgebläht, daß Wanderarbeiter, die in anderen Teilen Deutschlands tätig waren, im Winter in ihre obererschlesische Heimat zurückkehren und sich dort als arbeitslos melden. Von den übrigen Berufsgruppen war die

Zunahme besonders groß im Spinnstoffgewerbe, wo sie 27,6 % betrug. Dies ist auf die Arbeitszeiteinschränkungen und die Rohstoffschwierigkeiten dieser Industriegruppe zurückzuführen. Auch das Holz- und Schnitzstoffgewerbe verzeichnete eine Zunahme um 16,2 %. Insgesamt war die Arbeitslosigkeit bei der Belegschaft der übrigen Berufsgruppen um 9,7 % höher als im Vormonat. Hingegen ergab sich bei den Angestellten noch eine geringe Entlastung, indem die Arbeitslosigkeit um 0,6 % zurückging. Dies ist auf Neueinstellungen von kaufmännischen und Büroangestellten zurückzuführen, während bei den technischen und sonstigen Angestellten eine geringe Zunahme verzeichnet wurde. Von den verschiedenen geographischen Bezirken hatte das obererschlesische Industriegebiet ein Anwachsen der Erwerbslosenziffer um 7,5 % zu verzeichnen. In den mehr ländlichen Bezirken war die Zunahme in Reike mit 39,2 % und in Neustadt mit 31,1 % am größten. Jedoch war in sämtlichen Bezirken die Arbeitslosigkeit geringer als Ende Dezember des Vorjahres.

Die Zahl der Notstandsarbeiter ging weiter zurück und stellte sich Ende Dezember auf rund 8 000 gegen 8 760 Ende November. Der Rückgang betrug 8,4%.

Arbeitslose Arbeitsuchende in Oberschlesien. Monat Dezember 1934.

Arbeits- amts- bezirk	Stand am		Zu- bzw. Ab- nahme gegen Vormonat + bzw. —		Ende Dezem- ber 1933	Abnahme gegen den gleichen Monat des Vorjahres	
	31. Dez. 1934	30. Nov. 1934	absolut	%		absolut	%
Beuthen .	8 994	8 333	+ 661	7,93	14 839	5 845	39,39
Gleiwitz .	9 011	8 300	+ 711	8,57	12 749	3 738	29,32
Hindenburg.	9 986	9 407	+ 579	6,15	14 031	4 045	28,83
Industrieg.	27 991	26 040	+ 1951	7,49	41 619	13 628	32,74
Kreuzburg	5 418	4 232	+ 1186	28,02	8 482	3 064	36,12
Reiße .	5 146	3 697	+ 1449	39,19	5 556	410	7,38
Neustadt .	9 207	7 022	+ 2185	31,12	9 772	565	5,78
Oppeln .	13 487	10 431	+ 3056	29,30	17 658	4 171	23,62
Ratibor .	11 048	8 812	+ 2236	25,37	14 874	3 826	25,72
Oberschles.	72 297	60 234	+ 12063	20,03	97 961	25 664	26,19

Die Zunahme der Belegschaftsziffer betrug im Dezember gegenüber dem Vormonat im Kohlenbergbau 285, während in den Kokereien und Bricketfabriken die Belegschaft so gut wie unverändert blieb. In der eisenhaltenden Industrie betrug der Zuwachs 41. In den Zink- und Bleierzgruben sowie Zinkwalzwerken verminderte sich die Zahl der Arbeitskräfte um 6. In den Zementfabriken erfolgten 49 Neueinstellungen. Insgesamt beschäftigte also die Großindustrie in Oberschlesien um 369 Kräfte mehr als im Vormonat. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat war Ende November die Belegschaft der Steinfoliengruben um ca. 5%, der Koksanstalten um 18% größer. In den Bricketfabriken war ein Rückgang um 30% zu verzeichnen. Die Eisenhütten beschäftigten um 22,5%, die Zink- und Bleierzgruben um 16%, die Zinkwalzwerke um 20%, die Zementindustrie um 50,7% mehr Kräfte als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die Arbeit an den großen öffentlichen Arbeiten in Oberschlesien (Abolf-Hitler-Kanal, Staubecken Turawa und Gersno) wurde fortgesetzt, da die Witterung im Dezember außerordentlich günstig war. Die Arbeiten für die Erweiterung des Kłodzkanals auf die Breite des Abolf-Hitler-Kanals östlich von Scherwionka sollen im Winter ausgeführt werden, um die Schifffahrt auf dem Kłodzkanal möglichst wenig zu behindern. Zwei Eisenbetonbrücken über den Abolf-Hitler-Kanal konnten gerade vor Eintritt des Frostes fertigbetoniert werden.

Die Entlastung von der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Einstellung von Arbeitskräften, die in der Zeit des Niederganges der deutschen Wirtschaft bis Anfang 1933 brotlos geworden waren, stellte sich für Oberschlesien Ende Dezember 1934 abermals ungünstiger als im Vormonat. Infolge des Anwachsens der Arbeitslosen ging die Entlastung auf 54,9% (64,2% im Vormonat) zurück. Damit steht Oberschlesien sowohl hinter Gesamtdeutschland mit einer Entlastung von 59,7% (69,6%) % wie auch hinter dem Reichsdurchschnitt mit 70,9 (75,9) % zurück. Oberschlesien ist nunmehr hinsichtlich der Entlastung an die letzte Stelle unter sämtlichen Wirtschaftsgebieten des Reiches gerückt. Die Zahl der Arbeitslosen auf das Tausend der Bevölkerung erhöhte sich im Berichtsmontat auf 48,8% gegen 40,6% im Vormonat. Im ganzen Reich entfielen auf das Tausend der Bevölkerung 39,9% (36,1) Arbeitslose.

In der Montanindustrie war die Lage im Januar unverändert. Das Kohlegeschäft war sogar ungünstiger als im Dezember. Infolge der lauen Witterung im Dezember waren die Hausbrandvorräte nur wenig vermindert worden, jedoch auch der im Januar eintretende Frost keine wesentliche Bedarfsvermehrung brachte. Auch die Bezüge der Reichsbahn waren geringer als im Vormonat. Bei den Industrieexporten trat sogar eine wesentliche Verschlechterung der Absatzlage ein. Die Industrieverbraucher hatten sich nämlich auf dem Wege der Oberschifffahrt im Dezember reichlich eingedeckt und stellten zugleich mit der Einstellung der Ober-

schifffahrt ihre Abrufe ein. Außerdem fielen die Bezüge der Zuckerraffinerien und Ziegeleien weg. Infolge dieser rückläufigen Entwicklung des Absatzes war dieser im arbeitstäglichen Durchschnitt um rund 12% niedriger als im Vormonat, jedoch immer noch um 10% höher als im Januar 1934. Die Halbenbestände erfuhren infolge der Verschlechterung der Absatzlage eine Zunahme um etwa 90 000 To. Hierbei handelte es sich in der Hauptsache um kleine Sortimente sowie Staubkohle. Im Januar mußten bei den meisten Gruben wieder einige Feierschichten eingelegt werden, zumal auch die Kohlenausfuhr hinter der des Vormonats zurückblieb. In Koks war die Lage ähnlich wie bei Kohle. Sowohl der Inlandsabsatz wie das Auslandsgeschäft litten unter dem Mangel einer längeren Winterkälte.

In der Eisenindustrie war die Roheisenerzeugung im Dezember 1934 um 56,9% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die Rohstahlgewinnung lag um 64,7%, die Fertig-erzeugung der Walzwerke um 54,8% über der des Dezember 1933. Hingegen blieb die Produktion von Gußwaren 2. Schmelzung hinter der des Vorjahres um 10,1% zurück. Für das ganze Jahr 1934 ergab sich eine um 125,3% größere Roheisengewinnung, eine um 53,1% größere Stahlerzeugung, eine um 46,5% höhere Fertigerzeugung der Walzwerke und eine um 49,8% höhere Gußwarenherstellung als im Jahre 1933. In den Zink- und Bleierzgruben war die Zinkblendeförderung im Dezember um 12,1% niedriger als im gleichen Vorjahresmonat, hingegen die Bleierzgewinnung um 14% höher. An Zinkblech wurde 46,5% mehr erzeugt als im gleichen Vorjahresmonat. Für das ganze Jahr 1934 ergab sich eine um 20% höhere Zinkblendeförderung, eine um 23,7% höhere Bleierzgewinnung und eine um 46,8% größere Herstellung von Zinkblech. Das Inlandsgeschäft in Zinkblech war, der Jahreszeit entsprechend, etwas ruhiger.

Die Bautätigkeit konnte im Dezember infolge der milden Witterung bis zu den Feiertagen ununterbrochen fortgesetzt werden. Im Januar erfolgte dann größtenteils eine Einstellung der Tätigkeit, doch konnten in der zweiten Januarhälfte die Erdarbeiten zumteil wieder in Gang gesetzt werden. Von den Bauarbeiten in Oberschlesien haben den größten Umfang die Siedlungsbauten der Deutschen Arbeitsfront, die, günstige Witterung vorausgesetzt, auch in den Wintermonaten fortgesetzt werden. In der Randfiedlung Gleiwitz-Zernitz sind 150 Stellen, in Gleiwitz-Brzezinka 240 Stellen, in Hindenburg-Neuhof 300 Stellen im Bau. In Beuthen werden 460 Stockwerks-Wohnungen für Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront errichtet. Durch den in der ersten Januarhälfte herrschenden härteren Frost wurde der Absatz der Zementindustrie eingeschränkt. Er lag 31% unter dem Absatz des Januar 1934. Trotzdem wurde die in Aussicht genommene Inangabelegung einer vierten Zementfabrik, des Werkes Frauendorf, durchgeführt. Die Zementpreise des Verkaufshindikats wurden ab 1. Januar erneut gesenkt.

Gut beschäftigt ist die Papierackfabrikation der Matron-Kellstoff- und Papierfabriken A.-G. in Krappitz. Durch die Verknappung an Rutesäcken wächst der Verbrauch von Papierfäcken. Die Sägewerke vermiffen eine zunehmende Zuteilung von Holz durch die staatlichen Forstereien. Infolge dessen ist ein Mangel an schnittfähigem Holz eingetreten.

Die arbeitstägliche Wagengestellung der Reichsbahn in Oberschlesien war im Dezember um 9,86% (im Reich um 2,4%) kleiner als im Vormonat. Jedoch war sie um 13,2% (im Reich um 8,6%) größer als im entsprechenden Vorjahresmonat. Für den Versand von Kohle, Koks und Bricketts wurden rund 5% weniger Wagen gestellt als im Vormonat, aber 6,3% mehr als im Dezember 1933. Die Wagengestellung für Rüben und Rübenschnitzel ging stark zurück. Abgeschwächt war auch die Stellung von Wagen für Baustoffe (Kalk und Zement). Der Wasserumschlag im Talverkehr von Bahn zu Schiff in den Oberhäfen Cosel und Oppeln war im Dezember mit 154 000 To. erheblich niedriger als im Vormonat mit 215 000 To. Die Beförderung von Kohle und Koks, Eisen- Zucker und Papier ging zurück, hingegen stiegen die Getreidetransporte auf 6 330 To. gegen 5 234 To. im November. Im Bergverkehr von Schiff zur Bahn wurde hingegen eine Zunahme der Warenbeförderung verzeichnet. Die Gesamtmenge der Transporte betrug 44 000 To. gegen 31 000 To. im Vormonat. Es erhöhte sich die Beförderung von Eisenerzen, Phosphaten und in der Gruppe „Uebrigere Güter“. Im ganzen Jahre 1934 war der Gesamtumschlag

im Bergverkehr um 39,4%, im Talverkehr um 42,1% höher als im Jahre 1933. Im Talverkehr entfielen 93,9% des Gesamtumschlages auf Kohle und Koks, während im Bergverkehr 30,2% Eisenerze, 21,5% Schwefelkies und Abbrände und 7,7% Alteisern verbucht wurden.

Dr. M.

Der westerschlesische Steinkohlenbergbau im Januar 1935.

Die Steinkohlenförderung betrug im Januar 1935 bei 26 Arbeitstagen nach vorläufigen Angaben 1 673 391 To. oder arbeitstäglich 64 361 To. gegenüber 1 519 311 To. oder 66 057 To. im Dezember 1934 bei 23 Arbeitstagen und 1 629 048 To. oder 67 877 To. im November 1934 bei 24 Arbeitstagen. Im Januar 1934 sind bei 25,2 Arbeitstagen 1 441 789 To. oder im Tagesdurchschnitt 57 214 To. gefördert worden.

Der Gesamtabsatz an Steinkohlen betrug:

	November 1934 t	Dezember 1934 t	Januar 1935 (vorl. Zahlen) t
nach dem Inland	1 583 154	1 377 579	1 369 008
nach dem Ausland	132 163	115 055	95 982
Insgesamt	1 715 317	1 492 634	1 464 990
Arbeitstäglich	71 472	64 897	56 346
Davon:			
mit der Hauptbahn	1 554 925	1 337 132	1 309 102
Wasserumschlag	167 143	113 565	23 795

Der Steinkohlenabsatz ist im Berichtsmont wesentlich schwächer geworden. Im arbeitstäglichen Durchschnitt ergibt sich gegenüber dem Vormonat ein Rückgang von 13,2%, gegenüber Januar 1934 mit 51 769 To. jedoch immerhin noch eine Steigerung von 8,8%. Das Hausbrandgeschäft, das erfahrungsgemäß im Januar etwas zurückgeht, ließ zu wünschen übrig. Die im Herbst angeschafften Vorräte hatten im Dezember wegen des milden Wetters nur eine verhältnismäßig geringe Verminderung erfahren, sodaß eine Neueindeckung in größerem Umfang nicht erforderlich war, zumal auch im Januar strenger Frost nur für kurze Zeit eintrat. Die Auftragsengänge reichten jedoch im allgemeinen aus, die eingeschränkte Förderung an Hausbrandfortimenten unterzubringen, sodaß nur vereinzelt Hausbrandkohlen in den Bestand genommen werden mußten. Die Bezüge der Reichsbahn waren im Januar um etwa 10% geringer als im Vormonat; die Bestellungen für Februar weisen einen weiteren Rückgang um ebenfalls etwa 10% auf. Bei den Industriefortimenten trat eine wesentliche Verschlechterung der Absatzlage ein, die zu einer stärkeren Vermehrung der Halbenbestände führte. Hierbei spielte in erster Linie die Einstellung der Oderschiffahrt eine Rolle, da die Verbraucher, die ihre Brennstoffe auf dem Wasserwege beziehen, sich reichlich eingebedt haben und voraussichtlich bis zur Wiedereröffnung der Schifffahrt auskommen werden. Ferner sind mit der Beendigung der Campagne die Bezüge der Zuckerraffinerien fortgefallen. Auch die Ziegeleien waren nicht mehr am Markt, da sie infolge des Frostes den Betrieb einstellen mußten. Die Abbrufe der Zementfabriken hielten sich etwa auf dem bisherigen Stande. Ebenso blieb der Bedarf der Elektrizitäts- und Gaswerke unverändert.

Die Halbenbestände an Steinkohlen erfuhren infolge der Verschlechterung der Absatzlage eine nicht unerhebliche Zunahme. Insgesamt mußten rund 116 000 To. in den Bestand gestürzt werden. Hierbei handelte es sich in der Hauptsache um die kleinen Sortimente Erbs und Griß sowie um Staubkohle. Am Ende des Berichtsmonts lagen rund 1 359 000 To. auf Halbe gegenüber 1 243 614 To. Ende Dezember und 1 303 082 To. Ende November. Der Gesamt-halbenbestand (Koks und Bricketts in Kohle umgerechnet) stieg im Januar von 1,58 Millionen To. auf 1,68 Millionen To.

Die Oderschiffahrt mußte, wie bereits erwähnt, eingestellt werden. Am 7. Januar wurden die Schleppzugschleusen Ohlau und Oberhof zur Vornahme von Instandsetzungsarbeiten gesperrt. Da gleichzeitig starker Frost eintrat, mußten auch die übrigen Wehre gelegt werden, sodaß ab 9. Januar in der Oderschiffahrt völlige Winterruhe herrschte.

In den ersten Januartagen hatte sich der Wasserstand der Oder noch etwas aufgebessert, sodaß die Tauchtiefe unterhalb Breslau, die ab 24. Dezember 0,98 m betragen hatte, wie folgt festgelegt werden konnte:

ab 2. Januar	1,08 m
" 3. "	1,28 "
" 4. "	1,38 "
" 5. "	1,50 "

Die Steinkohlenausfuhr erreichte ebenfalls nicht die Höhe des Vormonts. Insgesamt wurden verladen:

	Nov. 1934 t	Dezbr. 1934 t	Januar 1935 (vorl. Zahlen) t
nach der Tschechoslowakei . .	64 068	45 885	58 352
" Desterreich	6 830	6 500	3 994
" Ungarn	725	760	375
" dem übrigen Ausland .	60 540	61 910	33 261
Insgesamt	132 163	115 055	95 982

Die Belegschaft der Steinkohlengruben betrug Ende Januar 39 081 Arbeiter gegenüber 39 002 Mann am Ende des Vormonts. Während die Gruben ihre Belegschaft in den Monaten November und Dezember voll beschäftigen konnten, mußten im Januar infolge der Verschlechterung der Absatzlage auf der Mehrzahl der Gruben bereits wieder einige Feierlichkeiten eingelegt werden.

Am Koks markt ist eine nennenswerte Veränderung nicht eingetreten. Erzeugung und Absatz betrugen:

	Nov. 1934 t	Dezbr. 1934 t	Januar 1935 (vorl. Zahlen) t
Erzeugung:			
insgesamt	96 993	96 196	102 964
kalendertäglich	3 233	3 103	3 321
Abatz:			
nach dem Inland	81 908	78 074	90 009
nach dem Ausland . . .	26 465	27 771	20 714
Insgesamt	108 373	105 845	110 723

Der Absatz an Heizkoks hielt sich etwa auf der Höhe des Vormonts, da infolge der verhältnismäßig milden Witterung eine Steigerung des Bedarfs nicht eintrat. Auf den Versand der kleineren Sortimente blieb die Einstellung der Oderschiffahrt nicht ohne Einfluß. Die Halbenbestände, die im Dezember von 275 885 To. auf 262 744 To. zurückgegangen waren, konnten im Berichtsmont noch etwas vermindert werden; Ende Januar lagen rund 250 000 To. auf Halbe.

Am Brickettmarkt herrschte ebenfalls Auftragsmangel, der zu einer Verringerung des Absatzes führte und infolgedessen eine Einschränkung der Erzeugung notwendig machte. Die Bricketterzeugung betrug im November 25 789 To. oder arbeitstäglich 1 075 To., im Dezember 22 557 To. oder 981 To. und im Januar 22 782 To. oder 880 To. Abgesetzt wurden im November 25 841 To., im Dezember 22 134 To. und im Januar 21 822 To. Der Halbenbestand nahm im Berichtsmont von 186 To. auf 559 To. zu.

Die deutsch-erschlesische Eisenindustrie im Januar 1935.

Das Hochofenwerk Julienhütte hat wie im Vormonat mit einem Ofen ohne Störung gearbeitet. Der Roheisenabsatz war der Jahreszeit entsprechend abgeschwächt. Die Stahl- und Walzwerke haben etwa den Stand der vormonatlichen Erzeugung halten können. Der Auftragsingang in Stabeisen hat eine wesentliche Besserung erfahren. Auch das Bandeisengeschäft lag unverändert befriedigend. Die Besserung hat sich auch auf gezogenes Stangenmaterial, Stahl und legierten Konstruktionsstahl erstreckt. Lediglich in kaltgewalztem Material ist ein jahreszeitlich

bedingter Rückgang eingetreten, der aber voraussichtlich in Kürze wieder aufgeholt werden wird. Das Drahtgeschäft hat sich auf dem befriedigenden Stande des Vormonats gehalten. Auch konnten einige Auslandsaufträge hereingenommen werden. In Schmiedeeisernen Röhren hat die Besserung des Geschäftes angehalten; auch konnten einige Aufträge nach dem Ausland (Webersee) verbucht werden. Das Gußrohrgeschäft liegt der Jahreszeit entsprechend still. In den Gießereibetrieben hielt der verstärkte Auftragseingang an. Größere Abschlässe und zahlreiche noch schwebende Geschäfte lassen auf weite Sicht eine gute Beschäftigung erwarten. Bestellungen der Automobilfabriken und des Maschinenbaues gingen laufend ein. Aufträge auf Weichen, Oberbaumaterial und Radreifen wurden von der Reichsbahn in größerem Umfange erteilt. In Schüttelrutschen und Grubenbaumaterial für den Kohlenbergbau konnten ebenfalls wesentliche Aufträge verzeichnet werden. Auch in Stahlflaschen ist der Auftragszugang befriedigend. Der Wagenbau nahm Bestellungen auf Reparaturarbeiten usw. herein. In Königshulder Artikeln für die Landwirtschaft hat das Frühjahrsgeschäft bereits in

befriedigendem Umfange eingesetzt, woran auch das Ausland beteiligt war. In den Abteilungen Eisenbau und Kesselschmiede war der Beschäftigungsstand befriedigend. Lediglich die Maschinenbauanstalt hat weiterhin Arbeitsmangel aufzuweisen. Die Erz- und Schrottversorgung ging ohne Störung vor sich.

Vom Zinkblechmarkt im Januar 1935.

Das Inlandsgeschäft war der Jahreszeit entsprechend etwas ruhiger. Bemerkenswerte Änderungen sind nicht eingetreten. Auch das Auslandsgeschäft war etwas schwächer.

Die oberschlesische Zementindustrie im Januar 1935.

Infolge des scharf einsetzenden Frostes ist der Zementverkauf im Monat Januar gegenüber dem Vormonat stark zurückgegangen. Gegenüber Januar 1934 beträgt der Rückgang ca. 31%. Trotz des Abjagrückganges sind seit Jahresanfang vier Zementfabriken in Betrieb gehalten worden, um die Gefolgschaft nach Möglichkeit in Arbeit zu halten. Die Preise wurden ab 1. Januar 1935 erneut gesenkt.

Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat Dezember 1934.

An Güterwagen wurden gestellt:

Im Dezember 1934 (22 Arbeitstage für Kohle, 23 Arbeitstage für andere Güter)	O-Wagen				G-Wagen		Sonstige Wagen	
	für Kohle, Koks und Briketts	für andere Güter	davon für		insge- samt	davon für Zement	insge- samt	davon für Kalk
	zu je 10 t				wirkliche Wagen			
a) insgesamt:								
angefordert . . .	147 459	19 673	1 078	226	11 870	1 907	6 139	1 072
rechtzeitig gestellt .	147 459	19 673	1 078	226	11 870	1 907	6 139	1 072
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall) .	—	—	—	—	—	—	—	—
v. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
b) arbeitsmäßig:								
angefordert . . .	6 703	855	47	10	516	83	267	47
rechtzeitig gestellt .	6 703	855	47	10	516	83	267	47
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall) .	—	—	—	—	—	—	—	—
v. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—

Der Wasserumschlag in den oberschlesischen Oberhäfen im Monat Dezember 1934.

Von Bahn zu Schiff in Tonnen:

in	insgesamt	davon für							
		Kohle und Koks	Zink	Eisen	Getreide	Zucker	Holz	Papier	übrige Güter
Gosel Hafen:	151 699	139 122,5	—	229,5	6 330,5	4 985	—	22,5	1 009
Dppeln Hafen:	2 780	—	—	434	1 622	—	620	—	104

Von Schiff zur Bahn in Tonnen:

in	insgesamt	davon für						
		Eisen- erze	Schwefel- fließ- Abbrände	Phos- phate	Getreide	Ries	Schwefel- fließ	übrige Güter
Gosel Hafen:	42 042,5	19 145	2 600	2 925	—	2 867	6 025	8 480,5
Dppeln Hafen:	1 834	—	—	—	270	600	—	964

Bergbau und Eisenindustrie im organisatorischen Aufbau der deutschen Wirtschaft.

Durch die erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organisatorischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. November 1934 (Reichsgesetzblatt I, Seite 1194) ist die endgültige Gliederung der deutschen Wirtschaft festgelegt worden. In dem schematischen Schema auf Seite 73 ist dargestellt, wie sich Bergbau und Eisenindustrie in dieser Organisation fachlich einfügen.

Neben der fachlichen Gliederung ist ein bezirklicher Aufbau vorgesehen durch Bildung regionaler Bezirksgruppen der Reichsgruppe Industrie und regionaler Wirtschaftskammern. Ob die dreifache regionale Gliederung (Industrie- und Handelskammern, Bezirksgruppen und Wirtschaftskammern) als endgültig anzusehen ist, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden; sie entspricht jedenfalls der in der obengenannten Verordnung vorgesehenen Gliederung.

Die Wirtschaftslage Polens im Jahre 1934.

Allgemeine Entwicklung. — Gemäßigter Optimismus. — Notlage der Landwirtschaft. — Rohstoff- und Industrie-
produktion.

Von Dr. M. Meißner.

Bei ihrem Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1934 schlagen die polnischen Wirtschaftszeitschriften durchweg einen optimistischen Ton an und stellen die als günstig anzusprechenden Erscheinungen und statistischen Ergebnisse in den Vordergrund. Von dem amtlichen Organ „*Poliska Gospodarcza*“ wurde in der ersten Januarnummer hervorgehoben — auf Grund der Ergebnisse von 10 oder 11 Monaten; wir setzen nach Möglichkeit die Ganzjahresziffern ein, — daß der Index der Industrieerzeugung (1928 = 100) von 60,8 im Dezember 1933 auf 67,1 im November 1934 gestiegen ist. (Im Dezember 1934 ging er dann wieder auf 65 zurück.) Der Ausfuhrüberschuß der Handelsbilanz erhöhte sich von 133 Mill. Zł. im Jahre 1933 auf 177 Mill. Zł. im Jahre 1934. Die Einkünfte an direkten Steuern betrugen von April bis Dezember 1933 395 Mill. Zł., im gleichen Zeitabschnitt 1934 aber 421 Mill. Zł. Die Zahl der Konsumkurse verminderte sich von 286 im Jahre 1933 auf 233 im Jahre 1934, die Summe der Wechselproteste von 407,5 Mill. Zł. auf 280,4 Mill. Zł. Die Spareinlagen bei den Sparkassen aller Art erfuhren eine Zunahme um 162,8 Mill. Zł. Auf dem Gebiete der Preise wurde eine weitere Senkung der Industriepreise sowohl für nicht kartellierte wie für kartellierte Erzeugnisse durchgeführt. Der Index der Industriepreise (1928 = 100) bewegte sich von 60,9 im Dezember 1933 abwärts auf 57,4 im Dezember 1934, der Index der kartellierten Waren desgleichen von 90,8 auf 83,2.

Allerdings wird zugegeben, daß auch unerwünschte Erscheinungen eintreten. Dazu zählte die ungünstige Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Auch in einigen anderen Punkten sieht das endgültige Jahresergebnis nicht ganz so vorteilhaft aus, wie es die „*Poliska Gospodarcza*“ auf Grund unvollständiger Angaben darstellt. So ging der Güterverkehr auf der polnischen Staatsbahn im arbeitstäglichen Durchschnitt, für das ganze Jahr berechnet, von 10 620 Wagen (zu 15 To.) im Jahre 1933 auf 9 641 Wagen im Jahre 1934 zurück. Der Verkehr stand sogar noch hinter dem Jahre 1932 mit 10 465 Wagen zurück. Der Ertrag der indirekten Steuern war im Unterschied von den direkten Steuern ungünstiger als im Vorjahr. Bei der namhaften Erhöhung der Spareinlagen muß berücksichtigt werden, daß das Jahr 1933 infolge der Beteiligung der Sparer an der Nationalanleihe einen starken Rückgang der Spareinlagen gebracht hatte.

Die Zeitschrift des Zentralverbandes der polnischen Industrie „*Przegląd Gospodarczy*“ betont gleichfalls im Leitartikel ihrer Nr. 1 die günstigen Tatbestände in der polnischen Wirtschaftsentwicklung. Außer einer gewissen Belebung in der Produktion und der stark aktiven Handelsbilanz erwähnt der „*Przegląd Gospodarczy*“ auch noch eine merkbare Entspannung auf dem Geldmarkte und die unerwartete Festigkeit der polnischen Währung. Aber auch hier werden Einschränkungen gemacht. Die psychologische Wirkung der günstigen Tatsachen des Wirtschaftslebens auf die

Bevölkerung sei gering, was das Blatt auf eine „seelische Ueberanstrengung durch die langdauernde Krise“ zurückführt. Außerdem sei die wichtige Frage der Rentabilität der Produktion nicht geklärt.

Trotz der verschiedenen Einschränkungen wird man gegen die vorsichtige Formulierung des polnischen Handelsministers in seiner Haushaltsrede nichts einwenden, wenn er sich dahin äußert, daß „eine Reihe wirtschaftlicher Symptome zu einem maßvollen Optimismus berechtigt“. Die günstige Entwicklung des Außenhandels bedeutet sicherlich einen nicht zu unterschätzenden Vorteil für die polnische Volkswirtschaft als Ganzes. Geblieben sind jedoch die strukturellen Schwächen und Schwierigkeiten, namentlich im Abschnitt Landwirtschaft. Die Lage der Landwirtschaft ist und bleibt in Polen außerordentlich gedrückt. Die Entschuldungsmaßnahmen bringen unmittelbaren Vorteil fast nur den Geldinstituten, die als Gläubiger befriedigt werden, während der Landwirt, von allen Geldmitteln entblößt, auf weitere Kredite, abgesehen von staatlichen Hilfsgebern, nicht mehr rechnen kann. So muß in weiten Kreisen der polnischen Landwirtschaft in steigendem Maße geldlos gewirtschaftet werden, weil auch der Verkauf der Erzeugnisse und des Viehs keine nennenswerten Erträge abwirft. Den Vorteil aus dieser Verelendung des polnischen Bauern ziehen spekulative Schichten, die ja in Polen im Handel sehr stark vertreten sind.

Im folgenden soll zunächst die Entwicklung in der polnischen Industrie im Jahre 1934 an der Hand der Indexzahlen und der Statistik dargestellt werden:

Der Gesamtwert der polnischen Industrieerzeugung (1928 = 100) lag im Jahre 1934 in jedem Monat höher als im Durchschnitt der beiden Vorjahre, erreichte jedoch in keinem Monat den Durchschnitt von 1931. Er bewegte sich nach einem Vorjahrsdurchschnitt von 55,4, im Laufe des Jahres 1934 von 58,5 im Januar (46,9 im gleichen Vorjahresmonat) auf 65,0 (60,8) im Dezember. Der Höhepunkt lag im November mit 67,1 (Vorjahr ebenfalls November mit 61,4). Der Index der Produktionsgütererzeugung stieg nach einem Vorjahrsdurchschnitt von 45,9 von 46,2 (37,7) im Januar auf 58,0 (47,9) im Dezember, er war gleichfalls im November mit 59,5 am höchsten (Vorjahr ebenfalls November mit 50,6). Der Index der Verbrauchsgütererzeugung betrug nach einem Vorjahrsdurchschnitt von 61,7 im Januar 66,0 (48,6). Er war von Februar bis Mai wesentlich höher als in den folgenden Monaten von Juni bis Oktober. Im November erreichte er mit 73,8 (Vorjahr desgleichen mit 69,4) seinen Höhepunkt, um im Dezember mit 66,2 (67,6) unter den Stand des entsprechenden Vorjahresmonats zurückzusinken.

Von den polnischen Rohstoffindustrien verzeichnete der Steinkohlenbergbau im Jahre 1934 eine Förderung von 29 233 000 gegen 27 356 000 To. im Vorjahr. Die Zunahme betrug also 6,9%. Der Index der Steinkohlenproduktion stellte sich im Januar 1934 auf 72,1 (Januar 1933: 64,8), im Dezember auf 78,1 (81,9). Der Höhepunkt des Förderungsindex lag im Jahre 1934 im November (im Vorjahre im Dezember). Die Kohzerzeugung erhöhte sich auf 1 333 000 To. gegen 1 171 000 To. im Vorjahr, d. i. um 9,1%. Die Brikettproduktion wurde dagegen etwas eingeschränkt auf 215 000 (222 000) To. An Rohöl förderte die galizische Naphthaindustrie 530 000 To. gegen 551 000 To. im Jahre 1933, blieb also um 3,8% hinter dem Vorjahr zurück. Der Index der Rohölgewinnung betrug im Januar 72,3 (Januar 1933: 78,0), im Dezember 72,1 (71,2). Den Höhepunkt erreichte der Index im September mit 72,7 (Vorjahr im Januar mit 78,0). Die Förderung von Kalisalzen blieb mit 300 000 (299 000) To. fast unverändert. An Stein- und Siedesalz wurden 506 000 (450 000) To. gewonnen. Die Produktion nahm also um 12,4 % zu.

In den polnischen Eisenhütten stieg die Roheisenerzeugung auf 381 000 To. gegen 306 000 To., die Rohstahlerzeugung auf 856 000 To. gegen 833 000 und die Fertigerzeugung der Walzwerke auf 621 000 To. gegen 592 000 im Vorjahr. An gezogenen und geschweißten Röhren wurden 54 000 (46 000) To. hergestellt. Demnach betrug die Zunahme der Produktion bei Roheisen 24,5%, Rohstahl nur 2,8%, Walzwerkserzeugnissen 4,9%, Röhren 17,4%. Von den benötigten Rohstoffen wurden an Eisenerzen im Inlande 247 000 (161 000) To. gefördert, und zwar ausschließlich in

den Woiwodschaften Kielce und Lodz, die Eisenerzgewinnung erhöhte sich also um 53,4%. Aus dem Auslande wurden eingeführt 209 000 (199 000) To. Eisenerze und 38 300 (38 300) To. Manganerze. Ausgeführt wurden 25 500 (13 200) To. Eisenerze. Die Aufbringung von Erzen für die polnische Eisenindustrie (Inlandsförderung + Einfuhr - Ausfuhr) betrug also im Jahre 1934 430 500 To. gegen 346 800 To. im Vorjahr, nahm also um 24,1% zu. Der Index der polnischen Eisenerzförderung (1928 = 100) stellte sich im Januar auf 30,5 (Januar 1933: 17,2), im Dezember auf 43,8 (26,0). Der Höhepunkt lag im Dezember (Vorjahr November mit 29,9).

Die polnischen Zink- und Bleihütten erzeugten im Berichtsjahr 72 000 To. Rohzink und 10 000 To. Rohblei gegen 83 000 To. Rohzink und 12 000 To. Rohblei im Vorjahr. Demnach ging die Rohzinkgewinnung um 13,3%, die Bleigewinnung um 16,7% zurück. Die Rohförderung an Zink- und Bleierzen besifferte sich auf 369 000 To. gegen 351 000 To. im Vorjahr, erhöhte sich also um 5,1%. Daraus wurden an Zinkkonzentraten und Zinkoxyd 187 000 (138 000) To., an Bleikonzentraten 8 400 (8 000) To. gewonnen. Die Einfuhr von rohen Zinkern besifferte sich auf 100 800 (113 000) To., die Einfuhr von Bleierzen auf 600 (3 800) To. Eine nennenswerte Ausfuhr von Zink- und Bleierzen fand nicht statt. Der Index der Zink- und Bleierzförderung betrug im Januar 1934 34,1 (Januar 1933: 28,8), er ging im Dezember auf 26,8 (33,6) zurück. Der Höhepunkt lag im April mit 36,6 (Vorjahr im Dezember).

Der Produktionsindex der Eisenhütten lag im Jahre 1934 in jedem Monat höher als der Jahresindex 1933, der 56,0 betrug. Der Höhepunkt wurde im Mai mit 67,6 erreicht (Höhepunkt des Vorjahres August mit 65,4). Im Dezember wurde ein Index von 65,9 (Dezember 1933: 52,0) verzeichnet. Der Produktionsindex der Zinkhütten lag im Dezember mit 52,2 nicht wesentlich höher als im Jahresdurchschnitt 1933 mit 51,4, aber niedriger als im Dezember 1933 mit 56,4.

Von den verschiedenen Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie Polens kamen dem Stande des guten Konjunkturjahres 1928 im Berichtsjahr am nächsten die Papierindustrie mit einem Dezemberindex von 95,6 gegen 78,8 im Durchschnitt des Vorjahres. Es folgte die Lederindustrie mit 94,2 (77,8), sie erreichte als einziger Gewerbezweig Polens mit einem Index von 100 im November wenigstens vorübergehend den Stand der Hochkonjunktur. Weiter standen günstig da das poligraphische Gewerbe mit einem Dezemberindex von 86,8 (Durchschnitt 1933 = 73,8), die chemische Industrie mit 85,2 (73,2) und die Lebensmittelindustrie mit 71,8 (59,0). Es folgten die Bekleidungsindustrie mit 66,4 (61,1), die aber im November einen Index von 88,4 verzeichnen konnte, die Textilindustrie mit 65,2 (60,0), die Holzindustrie mit 60,2 (51,8), die Metall- und Maschinenindustrie mit 59,1 (45,1), die Industrie der Steine und Erden mit 57,9 (44,6) und als letztes in weitem Abstände das Baugewerbe mit 24,6 (17,3). (Fortsetzung folgt.)

Der polnische Steinkohlenbergbau im Jahre 1934.

Förderung um rund 2 Millionen Tonnen erhöht.

Das Jahr 1933 hatte mit seinem Gesamtergebnis für den Steinkohlenbergbau in Polen mit 26 951 264 To. die niedrigste Förderung seit mehr als einem Jahrzehnt gebracht, doch war es am Ende des Jahres bereits wieder aufwärts gegangen. Im Jahre 1934 hat die Besserung der Lage sich durchgesetzt, sodaß das Gesamtergebnis mit 28 968 291 To. (nach den monatlichen Förderzahlen der Polnischen Kohlenkonvention) um rund 2 Millionen To. oder annähernd 8 Prozent höher gewesen ist als das des Jahres 1933. Es übersteigt auch um rund 600 000 To. die Förderung des Jahres 1932, die 28 385 294 To. betragen hatte. Im Vergleich mit dem Jahre 1933 war jedoch die Entwicklung während des Jahres 1934 eine andere. Die Erhöhung der Förderzahlen gegenüber dem Vorjahre war nämlich in der ersten Jahreshälfte 1934 beträchtlicher, während gegen Ende des Jahres eine Annäherung an die Zahlen des Vorjahres eintrat, die zum Teil so weit ging, daß die Förder- und Abfahzahlen von 1933 nicht mehr wesentlich überschritten, in einzelnen Fällen sogar unterschritten wurden. Diese Entwicklung kommt klar zum Ausdruck in der folgenden Nebeneinanderstellung der Abfahzahlen von 1934 und 1933:

	Inlandsabfah		Ausfuhr	
	1934	1933	1934	1933
Januar	1 380 423	1 255 405	938 846	822 102
Februar	1 219 592	1 108 946	731 519	735 554
März	1 171 563	1 168 877	798 515	683 802
April	1 059 514	964 953	783 086	582 781
Mai	1 041 739	947 145	777 075	615 005
Juni	1 154 982	1 025 939	729 646	684 988
Juli	1 241 005	1 086 398	775 128	833 677
August	1 324 314	1 207 181	891 902	812 730
September	1 395 538	1 375 015	927 325	872 289
Oktober	1 457 598	1 542 555	1 025 945	1 021 742
November	1 625 078	1 598 617	1 036 262	1 055 055
Dezember	1 427 808	1 589 313	990 764	982 697

Der Inlandsabfah betrug 15 499 154 To. gegen 14 870 344 To. im Vorjahre, die Ausfuhr 10 406 013 To. gegen 9 702 422 Tonnen, der Gesamtabfah demnach 25 905 167 To. gegen 24 572 766 To. Die Erhöhung des Abfahs machte demnach nur rund 1,33 Millionen To. aus, oder etwa 5,5 Prozent, war also geringer als die Zunahme der Förderung. Vergleicht man wiederum die auf Inlandsabfah und Ausfuhr entfallenden Teile des Abfahs, so zeigt sich, daß die abfolut und erst recht verhältnismäßig stärkere Zunahme bei der Ausfuhr liegt. Der Inlandsabfah hat sich besonders in den letzten Monaten des Jahres gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nicht gehoben, obwohl ab 1. November sogar eine Ermäßigung der Kohlenpreise und auch der Frachten eingetreten ist. Das mag zum Teil in der milden Witterung der Monate vor Weihnachten gelegen haben. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß der Kohlenmarkt, als Barometer für die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes angenommen, im Jahre 1934 erst eine bescheidene Aufwärtsbewegung zeigt und am Jahreschluß noch keine Anzeichen dafür vorlagen, daß es in der nächsten Zeit fräftiger aufwärts gehen werde. Soweit vorläufige Zahlen über die Verteilung des Abfahs auf die inländischen Abnehmer vorliegen, lassen sie in verschiedenen Industrien wie bei den Kofereien (bei diesen zum Teil durch den größeren Kofbedarf der Hütten veranlaßt), den Zement- und sonstigen Baustoff-Fabriken, der chemischen Industrie, der Zucker- und Papierindustrie eine Zunahme des Bedarfs erkennen. Die Eisen- und Metallhütten haben ihre Bezüge nicht wesentlich erhöht, der Kohlenbedarf der Textilindustrie und verschiedener landwirtschaftlicher Verarbeitungsindustrien hat sogar nachgelassen. Die Eisenbahnen haben etwas mehr Kohlen bezogen als im Vorjahre (was zum Teil auf die Zunahme der Kohlentransporte nach den Seehäfen zurückzuführen ist), bei dem Abfah für Hausbrandzwecke ist keine Erhöhung eingetreten.

In der Ausfuhr ist es der polnischen Kohlenindustrie gelungen, die Verluste des Jahres 1933 auszugleichen und die Gesamtausfuhr des Jahres 1934 sogar etwas über die des Jahres 1932 (10 359 579 To.) zu steigern. In der Richtung der Ausfuhr sind jedoch tief greifende Verschiebungen eingetreten. Die Ausfuhr nach den österreichischen Nachfolgestaaten ist weiter abgebrockelt (von 1,44 auf 1,36 Millionen Tonnen) wegen der geringen Aufnahmefähigkeit Österreichs, das wenig über eine Million To. bezog, während die Bezüge der Tschechoslowakei sich etwas erhöhten. Auf den skandinavischen Märkten einschl. Finnland und Island hatten die polnischen Kohlenexporteure einen Verlust von fast einer Million To. zu verbuchen (3,44 gegen 4,42 Millionen To.), wobei sich diese Einbußen auf Norwegen, Dänemark und Finnland verteilten, während die Bezüge Schwedens mit mehr als 2,2 Millionen To. sich nahezu auf der Höhe des Vorjahres hielten. Die baltischen Randstaaten, die im Jahre 1933 noch über 100 000 To. abgenommen hatten, haben in 1934 ihre Bezüge auf weniger als ein Viertel eingeschränkt. Die Verluste auf den erwähnten Marktgebieten konnten jedoch durch eine Ausbreitung des Abfahs auf den anderen mehr als ausgeglichen werden. Die Ausfuhr nach Westeuropa stiegen von rund 1,8 auf nahezu 2,7 Millionen To. Dabei standen die Bezüge Frankreichs mit nahezu einer Million To.

obenan, obwohl sie sich verhältnismäßig gegen das Vorjahr nicht so sehr erhöht haben. Weit größer war die Zunahme des Absatzes polnischer Kohle in Belgien, Holland und Irland. Das letztgenannte Land allein nahm über 850 000 To. auf gegen rund 480 000 To. im Vorjahre. Unter den südeuropäischen Staaten, deren Gesamtbezüge von rund 1,11 auf 1,87 Millionen To. anstiegen, war der Hauptabnehmer Italien mit fast 1,69 Millionen To. (1,08). Ferner konnte die polnische Kohle ihren Absatz auf den außereuropäischen Märkten, insbesondere in Nordafrika und Südamerika steigern, sodaß insgesamt nach diesen Märkten rund 313 000 To. ausgeführt wurden gegen 170 000 To. im Vorjahre, und der Bunkerkohlenabsatz erhöhte sich von 316 000 To. auf etwa 400 000 To. Von den einzelnen Monaten hatten besonders die Frühjahr- und Sommermonate eine Steigerung der Ausfuhr gebracht, während in den letzten Monaten die Ausfuhrzahlen fast die gleichen gewesen waren wie im Jahre 1933.

Die Kohlenbestände in allen polnischen Kohlenrevieren hatten am Anfang des Jahres 1934 1 636 798 To. betragen. Sie wurden am Jahresende mit 1 658 220 To. angegeben, haben sich also gegenüber dem Stande vor einem Jahre kaum geändert. Am Jahreschluß sind wie früher gewisse Mengen als wertlos abgesetzt worden. Die Bestände der Gruben der Woiwodschaft Schlesien (Ostoberschlesien und Silesia-Grube in Teschen) betrugen am Jahresende 1 136 092 To. (1 127 496). Gefördert wurden in der Woiwodschaft Schlesien insgesamt 21 924 440 To. (19 883 980). Die Belegschaft der Steinkohlengruben hat sich im Endergebnis kaum geändert. Sie betrug am Jahresende rund 76 000 (76 506), davon in Ostoberschlesien rund 49 000 (48 314).

Das Ergebnis des Dezember 1934 war gekennzeichnet durch die geringe Zahl von 21 Arbeitstagen (gegen 25 im Vormonat), die sich aus der Lage der Feiertage ergab. Infolgedessen war die Gesamtförderung des Monats um 11,69 Prozent niedriger, die arbeitstägl. Durchschnittsförderung dagegen um 5,13 Prozent höher als im November. Die Hauptzahlen waren:

	Dezemb. 1934	Novemb. 1934
Gesamt polen	t	t
Gesamtförderung	2 627 634	2 975 259
Arbeitstägl.	125 125	119 010
Eigenverbrauch	251 955	255 628
Inlandsabsatz	1 427 808	1 625 078
Ausfuhr	990 764	1 036 262
Bestände am Monatsende . .	1 658 220	1 781 712

	Dezemb. 1934	Novemb. 1934
Woiwodschaft Schlesien	t	t
Gesamtförderung	1 964 155	2 233 735
Arbeitstägl.	93 331	89 349
Eigenverbrauch	164 604	164 375
Inlandsabsatz	1 014 646	1 139 290
Ausfuhr	846 662	901 059
Bestände am Monatsende . .	1 136 092	1 272 917

Der Absatz ist prozentmäßig im Dezember zum Teil stärker zurückgegangen als die Förderung. Es bezogen: die Industrie 677 782 To. (790 388), Abnahme 14,25 Prozent, die Eisenbahnen 305 605 To. (297 396) Zunahme 2,76 Prozent, sonstige Abnehmer 444 421 To. (537 294) Abnahme 17,29 Prozent. Bei der Ausfuhr war eine Zunahme lediglich nach den westeuropäischen Ländern zu verzeichnen, während die Versendungen nach den übrigen Marktgebieten zurückgingen. Es ergab sich infolgedessen für die Anteile der vier wichtigsten Marktgruppen an der Gesamtausfuhr folgendes Verhältnis: skandinavische Märkte 33,47 Prozent (34,46), westeuropäische Märkte 27,04 Prozent (23,07), südeuropäische Märkte 17,29 Prozent (18,05), Mitteleuropa 12,86 Prozent (13,90). Im einzelnen gingen nach den verschiedenen Län-

dern folgende Mengen (in tausend Tonnen): Österreich 105 (113), Tschechoslowakei 23 (31), Schweden 178 (191), Norwegen 87 (72), Dänemark 56 (57), Island 6 (7), Finnland 6 (30), Estland 1 (1), Frankreich 99 (88), Belgien 51 (27), Holland 3 (8), Irland 96 (105), Schweiz 20 (11), Italien 158 (166), Jugoslawien 8 (4), Griechenland 4 (7), Portugal 2 (0), Alger 4 (22), übriges Afrika 1 (0), Argentinien 9 (1), sonstige Länder 11 (9), Danzig 27 (38), Bunkerkohlen 40 (33). Die Verladungen in Gdingen erhöhten sich im Dezember um 13 000 To. auf 539 000, in Danzig gingen sie um 42 000 To. auf 305 000 To. zurück.

Das neue Jahr hat für den polnischen Steinkohlenbergbau nicht mit besonders günstigen Ausichten begonnen. Die Gruben bereiten sich vielmehr allgemein auf einen starken Rückgang ihres Absatzes vor und haben zu diesem Zweck bei dem Demobilisierungskommissar zum Teil bereits Anträge auf Entlassung oder Beurlaubung einer größeren Zahl von Arbeitern gestellt. Auch sind anscheinend weitere Betriebskonzentrationen sowohl bei ostoberschlesischen Gruben wie im Dombrowaer Revier geplant, wobei die eine oder andere Anlage ganz stillgelegt werden würde. In der polnischen Öffentlichkeit wird die Zahl der zu entlassenden Arbeiter auf schätzungsweise 3000 angegeben. Der erste Anlaß für die Einschränkungsmaßnahmen ist das Herannahen des Frühjahrs und der damit zu erwartende Rückgang des Absatzes für Hausbrandzwecke, wofür ein Ausgleich durch Steigerung des sonstigen Absatzes nach der Entwicklung des letzten Jahres zunächst nicht zu erwarten ist. Außerdem zeigte aber auch die Ausfuhr im Januar bereits einen starken Rückgang. Es wurden nämlich in der ersten Januarhälfte nur rund 350 000 To., 145 000 To. weniger als in der ersten Hälfte des Monats Dezember, ausgeführt, obwohl die Zahl der Arbeitstage um einen höher war (12 gegen 11). Auch dieser Rückgang ist zunächst jahreszeitlich zu erklären, einmal damit, daß die Abnehmerländer ihren Winterbedarf zum größten Teil bereits eingedeckt haben, außerdem als Folge der Vereisung verschiedener nordeuropäischer Häfen. Dagegen kann man wohl noch nicht von einer Wirkung des Kohlenabkommens mit England sprechen, da erst in den letzten Tagen des Januar sich eine Abordnung der polnischen Kohlenindustrie nach England begeben hat, um dort die endgültigen technischen Vereinbarungen über die Durchführung des Kohlenabkommens zu treffen. In weiterer Zukunft wird freilich mit einem gewissen Rückgange des überseeischen Absatzes gerechnet, der nach ganz roher Schätzung rund eine Million To. betragen könnte. Bei allgemein günstiger Entwicklung der Absatzverhältnisse in den in Frage kommenden Ländern dürfte der Rückgang dieses Ausmaß nicht erreichen, andererseits müssen sowohl die polnischen wie die englischen Kohlenexporteure berücksichtigen, daß als Wettbewerber auf den Auslandsmärkten auch noch die deutsche Kohle vorhanden ist, das polnisch-englische Abkommen also den beiden Vertragspartnern noch nicht die Sicherheit für den Absatz ganz bestimmter Mengen bietet. Alle diese Umstände müssen bei der Beurteilung der Zukunftsaussichten der polnischen Kohlenindustrie in Rechnung gestellt werden. Für die sozialen Verhältnisse in Ostoberschlesien und im Dombrowaer Gebiet ist hiernach eine Besserung nicht zu erwarten. R.

Die polnische Eisenindustrie im Jahre 1934.

Produktionssteigerung durch erhöhten Inlandsabsatz. Rückgang der Ausfuhr.

Die Eisenhüttenindustrie in Polen, die im Jahre 1932 den Tiefstand ihrer Erzeugung erreicht hatte, im Jahre 1933 bereits einen wesentlich gebesserten Stand aufwies, hat ihre Aufwärtsbewegung im Jahre 1934 fortgesetzt, allerdings in wesentlich geringerem Ausmaße. Denn die Zunahme der Erzeugung gegen das Vorjahr betrug bei den Hochofenwerken 25 Prozent, bei den Stahlwerken nur 3,35 Prozent, den Walzwerken 6,8 Prozent und den Röhrenwerken 14,2 Prozent. Abgesehen von der Roheisenerzeugung ist auch die Erzeugung des letzten Jahres (1931) vor dem Tiefstand der Erzeugung noch nicht wieder erreicht worden. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Erzeugung in den drei Hauptzweigen der Eisenhüttenindustrie in einem mehrjährigen Zeitraum:

(in Tonnen)

	Roheisen	Rohstahl	Walzwerkserzeugnisse
1913	1 031 123	1 660 522	1 198 524
1929	704 437	1 376 724	962 320
1930	477 948	1 237 497	904 188
1931	347 114	1 036 966	752 519
1932	198 674	550 754	387 353
1933	305 625	817 049	564 341
1934	382 094	844 418	602 711

Die Röhrenerzeugung stellte sich im Jahre 1934 auf 51 584 Tonnen gegen 45 196 To. im Vorjahre. Die Gesamtbelegschaft der Eisenhütten war am Ende des Jahres 1934 mit 31 105 Köpfen um 3 037 höher als am Ende des Jahres 1933 und hat sich gegen den Vormonat November um 226 erhöht. So kommt auch in der Arbeiterzahl die gebesserte Lage der Hüttenindustrie zum Ausdruck. Im einzelnen aber zeigte sich in der Entwicklung der Produktion kein gerader Aufstieg, sondern die Verhältnisse im Laufe des Jahres schwankten. Obwohl das Gesamtergebnis höher war, gab es doch auch Monate, in denen die Erzeugung des Vorjahres nicht erreicht wurde. Zur Kennzeichnung sind im folgenden die Monatszahlen der Rohstahlerzeugung für die Jahre 1934 nebeneinandergestellt, wobei zu bemerken ist, daß zwischen der Gesamtsumme der anders ermittelten Monatszahlen und dem oben angegebenen vorläufigen Jahresergebnis eine kleine Differenz besteht.

Rohstahlerzeugung Polens in To.:

	1934	1933
Januar	66 583	45 465
Februar	56 831	52 173
März	66 932	69 486
April	72 557	66 973
Mai	76 347	79 883
Juni	77 080	75 810
Juli	76 119	73 782
August	77 209	85 760
September	63 053	77 560
Oktober	75 485	72 992
November	72 731	68 556
Dezember	63 539	48 609

Für die Schwankungen der Erzeugung waren einerseits wie stets in der Eisenindustrie jahreszeitliche Einflüsse bestimmend. Daneben spielte aber auch das Verhältnis zwischen Inlandsabfabrik und Ausfuhr eine Rolle. In dieser Hinsicht waren die Verhältnisse in der Eisenindustrie gerade umgekehrt als beim Kohlenbergbau. Die Besserung der Absatzlage der Hüttenindustrie rührt von einer gesteigerten Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes her — was gesünder ist —, während die Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahre sogar eine starke Einbuße erlitten hat. Die Gesamtmenge der durch das polnische Eisenhüttenyndikat den Hütten zugewiesenen Aufträge machte im Jahre 1934 243 149 To. aus, war also um 54 301 To. oder 28,75 Prozent höher als im Vorjahre. Wesentlich ist dabei, daß der Zuwachs fast ausschließlich auf die Aufträge der Privatwirtschaft entfiel, da die Staatsaufträge mit zusammen 68 748 To. nur um 3 380 To. oder 5,17 Prozent höher waren als im Vorjahre. Rund ein Drittel dieser Staatsaufträge ist erst im Dezember 1934 vergeben worden, wird also zum größten Teil erst im neuen Jahre ausgeliefert. Die im April und im August durchgeführten Ermäßigungen der Eisenpreise haben zweifellos zur Belebung des inländischen Eisenmarktes beigetragen.

Wesentlich ungünstiger gestaltete sich im allgemeinen die Ausfuhr der polnischen Eisenhütten. Sie war mit

183 639 To. (Fertigerzeugnisse der Walzwerke) um 40 520 To. niedriger als im Jahre 1933, was einen Rückgang um 18,08 Prozent bedeutet. Erzeugnisse der Weiterverarbeitung wurden ausgeführt 6 391 To., das waren gegen das Vorjahr 3 638 To. oder 132,14 Prozent mehr, Röhren 23 389 To. (Zunahme 851 To. oder 3,78 Prozent). Der Rückgang der Ausfuhr war ausschließlich eine Folge der weit geringeren Lieferungen nach Rußland. Diese hatten im Jahre 1933 eine Gesamtmenge von 193 383 To. Walzwerkserzeugnissen und 2 051 To. Erzeugnisse der Weiterverarbeitung ausgemacht. Im Jahre 1934 dagegen waren es noch nicht 60 000 Tonnen. Die polnischen Eisenhütten haben sich bemüht, durch Gewinnung anderer Absatzgebiete wenigstens einen Teil dieses Verlustes auszugleichen. Der wesentlichste Erfolg war der Abschluß des deutsch-polnischen Eisenabkommens, das im Frühjahr wirksam wurde und es den polnischen Eisenhütten ermöglichte, bis zum Schluß des Jahres rund 20 000 To. nach Deutschland auszuführen, wobei für diese Ausfuhr, deren Verkauf die deutschen Eisenverbände übernahmen, wesentlich günstigere Preise zu erzielen waren als bei den meisten Auslandsgeheimnissen, die nur gegen scharfe internationale Konkurrenz gemacht werden konnten. Zahlenmäßig der bedeutendste ausländische Abnehmer wurde aber im vergangenen Jahre nächst Rußland Brasilien, wohin über 30 000 To., vorwiegend Eisenbahnstienen, (gegen 15 000 To. im Vorjahre) ausgeführt wurden. Es handelte sich dabei zum Teil um Kompensationslieferungen gegen Kaffee. Nach Holland gingen rund 20 000 To. Eisenerzeugnisse aus Polen (11 000), nach China, das im Vorjahre nur geringe Mengen bezogen hatte, etwa 17 000 To., nach Lettland, das ebenfalls neu als Absatzmarkt gewonnen wurde, rund 10 000 To., nach Bulgarien 6 000 To. (1 000), nach der Mandchurei 3 000 To. (—), nach Britisch-Indien ebenfalls annähernd 3 000 To. (—) und nach Jugoslawien rund 3 000 To. (300). Schon die vorstehende Zusammenstellung zeigt, daß die polnische — das ist vorwiegend die ostoberösterreichische Eisenindustrie sich bemüht, in allen Teilen des Erdfreies neue Absatzgebiete zu finden. Ausfuhren kleinerer Mengen gingen noch nach einer großen Zahl anderer Staaten. In der Ausfuhr der Erzeugnisse der Weiterverarbeitung, die sich verhältnismäßig im letzten Jahre beträchtlich gehoben hat, spielen die verzinkten Bleche die Hauptrolle. Sie gingen zu einem erheblichen Teile bis nach China. Da trotz des am Ende des alten Jahres noch abgeschlossenen Russengeschäftes auf rund 20 000 To. an Ausfuhren nach Rußland in ähnlichem Umfange wie in früheren Jahren angesichts der gesteigerten Eigenerzeugung Rußlands nicht mehr zu rechnen ist, werden die Bemühungen der polnischen Eisenhütten um andere Ausfuhrmärkte im neuen Jahre fortgesetzt werden müssen.

Der Dezember brachte, wie am Schluß des Jahres üblich, ein gewisses Absinken der Erzeugung. So betrug die Roheisenerzeugung 29 453 To. (31 417), die Rohstahlerzeugung, wie bereits angegeben, 63 539 To. (72 731), die Fertigerzeugung der Walzwerke 47 315 To. (51 733). Ungewöhnlich hoch waren die Zuweisungen des Eisenyndikats, die insgesamt 35 715 To. ausmachten, also um mehr als 17 000 To. höher waren als im Vormonat. Der Grund hierfür lag aber nur darin, daß am Ende des Jahres die Staatsbahnen noch große Aufträge auf Schienen und Zubehörteile erteilt hatten. Diese stellten den Hauptteil der Staatsaufträge dar, die im Dezember in einer Höhe von insgesamt 28 760 To. gegen 2 935 To. im Vormonat verbucht wurden. Sie entsprachen ungefähr den Aufträgen, die am Anfang des Jahres 1934 vergeben worden waren. Im übrigen zeigte der Inlandsmarkt im Dezember die gewohnte Abchwängung. Die Bestellungen des Großhandels gingen von 9 676 To. im November auf 3 584 To. im Dezember zurück, da der Großhandel selbst an seine Abnehmer nur geringe Umsätze hatte und seine Bestände vor der Jahresinventur nicht vergrößern wollte. Ebenso nahmen die Bestellungen der weiterverarbeitenden Industrie von 5 820 auf 3 220 To. ab. Hierbei handelte es sich besonders um alle mehr oder minder mit dem Baumarkt zusammenhängenden Industrien, für die noch stille Zeit ist und die daher nur geringen Bedarf zeigten. Besonders fielen vollständig die Bestellungen der Blechverzinkereien aus. Ausgeführt wurden im Dezember 16 071 To. Walzwerkserzeugnisse (gegen November 1 629 To. weniger), 1 035 Tonnen Röhren (956 To. weniger) und 1 047 To. Erzeugnisse der Weiterverarbeitung (366 To. mehr).

Die Bielsker Textilindustrie im Dezember 1934.

Die Bielsker Wollindustrie war im November und Dezember 1934 lebhaft beschäftigt. Die Kammgarnspinnereien konnten in zwei Schichten arbeiten. Auch die Streichgarnspinnereien verzeichneten die jahreszeitliche Belebung der Beschäftigung und arbeiteten für den Inlandsmarkt wie auch teilweise für den Export nach Südslawien. Die Tuchfabriken und Wollwarenwebereien hatten einen geringeren Beschäftigungsumfang als im vorigen Jahre, da die Absatzmöglichkeiten eingeschränkt und die Finanzlage der Abnehmer ungünstiger war. Die Fabriken und größeren Webereien des Bielsker Bezirkes verspürten einen starken Wettbewerb der kleinen Wollwebereien bei der Erzeugung von glatten Stoffen. Sie schränkten deshalb die Erzeugung derartiger Gewebe ein und warfen sich mehr auf die Herstellung von modischen Saisonstoffen. Ein Teil der Fabriken war mit der Ausführung öffentlicher Aufträge beschäftigt. Die für den Export arbeitenden Werke waren in den letzten Monaten des Vorjahres besser beschäftigt als im gleichen Zeitabschnitt 1933. Auf dem Bielsker Markte sind erhebliche Vorräte an Stoffen vorhanden. Die Regelung der Verpflichtungen ist vielfach schleppend. Es werden Zahlungsfristen bis zu acht Monaten in Anspruch genommen. Ebenfalls sind die Fälle von Wechselprolongierungen häufig. Die Großhandelsumfänge verminderten sich im Dezember um etwa 30% im Vergleich zum Vormonat. Hingegen war im Einzelhandel das Weihnachtsgeschäft besser als im Jahre 1933.

Die Juteindustrie arbeitete im November und Dezember infolge des stärkeren Auftragseinganges aus dem In- und Auslande im beschleunigten Zeitmaß. Die Erzeugung der Juteindustrie an Jutegarn und Geweben überstieg erheblich den Stand von 1933 und auch von 1932.

Die Textilwarenausfuhr aus dem Biels-Bialaer Revier war im Dezember 1934 aus jahreszeitlichen Gründen geringer als im Vormonat. An Wollgeweben führte Biels im Dezember 3 214 Kilogramm im Werte von 99 441 Zloty aus gegen 3 952 Kilogramm im Wert von 122 475 Zloty im Vormonat. Jedoch war der Wert der Ausfuhr um etwa 27 000 Zloty größer als im Dezember 1933. Hauptabnehmer waren Marokko mit 616 Kilogramm (Wert 18 103 Zloty), Ungarn 517 Kilogramm (16 700 Zloty), Schweiz 453 Kilogramm (16 619 Zloty), Persien 408 Kilogramm (11 090 Zloty), Argentinien 314 Kilogramm (9 527 Zloty), Südslawien 285 Kilogramm (9 386 Zloty), Oesterreich 266 Kilogramm (7 986 Zloty). Geringere Mengen gingen nach Palästina, Syrien, Ägypten, Italien, Lettland und der Tschechoslowakei, außerdem wurden nach Südslawien 274 Kilogramm Wollgarn im Wert von 1 317 Zloty ausgeführt.

An Baumwollgeweben führte das Biels-Bialaer Revier im Dezember 485 Kilogramm im Wert von 9 575 Zl. aus gegen 611 Kilogramm im Wert von 11 604 Zl. im Vormonat. Hauptabnehmer für Baumwollgewebe waren Südslawien, Ungarn und Oesterreich. Außerdem wurden nach Oesterreich 197 Kilogramm Baumwollgarn im Wert von 325 Zl. ausgeführt.

An Wollhüten und wollenen Hutstumpen wurden 798 Kilogramm im Wert von 9 894 Zl. ausgeführt gegen 278 Kilogramm im Wert von 4 577 Zl. im Vormonat. Hauptabnehmer waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 754 Kilogramm (8 553 Zl.), kleinere Mengen gingen nach Holland, Persien und Schweden.

Im ganzen Jahre 1934 gestaltete sich die Textilausfuhr des Biels-Bialaer Reviers erheblich besser als im Jahre 1933. Der Exportwert stieg um mehr als eine halbe Million Zloty. Ausgeführt wurden 44 400 Kilogramm Wollstoffe im Wert von 1 443 000 Zloty gegen 36 577 Kilogramm (947 000 Zloty) im Jahre 1933. Demnach stieg die Ausfuhr von Wollstoffen gegenüber dem Vorjahr mengenmäßig um 18,2 Prozent und wertmäßig um 34,35 Prozent. An Baumwollwäschestoffen wurden 13 725 Kilogramm im Wert von 203 000 Zloty ins Ausland verhandelt. Insgesamt betrug also die Ausfuhr von Textilfertigwaren 58 125 Kilogramm im Wert von 1 646 000 Zloty; im Jahre 1933 hatte der Gesamtexport nur ca. 48 000 Kilogramm im Wert von 1 143 000 Zloty betragen. Hauptabnehmer waren im Jahre 1934: Südslawien, Argentinien, Ungarn, Oesterreich, die Schweiz, Palästina und Persien.

Dr. M.

Die Wirtschaftslage im Ostrau-Karwiner Revier im Dezember 1934.**Jahresstatistik des Kohlenbergbaues für 1934.**

Im Dezember 1934 stieg die Förderung der Steinkohlengruben des Ostrau-Karwiner Reviers um 16 100, d. i. 2,3 Prozent, auf 722 300 To. gegen 706 200 To. im November 1934 und 710 300 To. im Dezember 1933.

Die Kofsgewinnung belief sich im Berichtsmonat einschließlich Eisenwerke Trzyniek und Witkowiz auf 106 700 To. gegen 106 900 To. im November 1934, d. i. ein Rückgang um 200 To. = 0,2 Prozent. Im Dezember 1933 hatte die Kofserzeugung 103 400 To. betragen.

Die Brifettproduktion bezifferte sich im Dezember 1934 auf 43 930 To. gegen 35 240 To. im November 1934 und 29 630 To. im Dezember 1933. Die Gesamtförderung verteilte sich wie folgt auf die einzelnen Unternehmungen:

Kohle	Dez. 1934	Dez. 1933
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft . .	217 400	229 700
Witkowizer Steinkohlengruben . . .	150 800	138 200
Ferdinands-Nordbahn-Gruben . . .	85 800	86 900
Steinkohlengewerkschaft Orlau-Lazb .	98 900	92 100
Larisch Mönich'sche Gruben	87 300	84 400
Johann Wilczek'sche Gruben	38 100	34 100
Ostrau-Karwiner Montangesellschaft .	26 300	25 400
Staatliche Bergwerksdirektion . . .	17 700	19 500
Zusammen	722 300	710 300

Kofz	Dez. 1934	Dez. 1933
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft . .	35 700	28 100
Witkowizer Steinkohlengruben . . .	29 600	32 500
Ferdinands-Nordbahn-Gruben . . .	14 900	14 200
Steinkohlengewerkschaft Orlau-Lazb .	6 500	9 100
Larisch Mönich'sche Gruben	7 900	7 000
Johann Wilczek'sche Gruben	5 300	5 900
Staatliche Bergwerksdirektion . . .	6 800	6 600
Zusammen	106 700	103 400

Brifetts	D. j. 1934	D. j. 1933
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft . .	7 240	5 640
Witkowizer Steinkohlengruben . . .	17 100	11 200
Ferdinands-Nordbahn-Gruben . . .	10 270	7 330
Johann Wilczek'sche Gruben	6 290	5 460
Staatliche Bergwerksdirektion . . .	3 030	—
Zusammen	43 930	29 630

Die Lagerbestände bezifferten sich Ende Dezember 1934 auf 246 339 To. Steinkohle und 287 694 To. Kofz gegen 246 615 To. Steinkohle bzw. 283 019 To. Kofz Ende November 1934.

Der durchschnittliche Arbeiterstand betrug im Berichtsmonat bei den Grubenbetrieben 27 191 (27 199), bei den Kofz- und Brifettanstalten 3 553 (3 553).

Im ganzen Jahre 1934 betrug die Steinkohlenförderung des Ostrau-Karwiner Reviers 7 504 900 To. gegen 7 671 000 To. im Jahre 1933. Der Rückgang betrug 2,2 Prozent.

Die Kofsgewinnung im Jahre 1934 betrug einschließlich der Eisenwerke Trzyniek und Witkowiz 1 291 000 To. gegen 1 215 000 To. im Vorjahre. Hier liegt eine Steigerung um 6,2 Prozent vor.

Die Brifettproduktion bezifferte sich auf 362 890 To. gegen 376 070 To. im Jahre 1933.

Die Lagerbestände an Steinkohle betrugen Ende Dezember 1934 246 939 To. Steinkohle und 287 694 To. Kofz gegen

242 050 To. Steinkohle bzw. 296 840 To. Koks am Jahresende 1933. Demnach ist bei Steinkohle eine geringe Erhöhung der Bestände gegenüber dem Vorjahre, bei Koks hingegen ein Rückgang festzustellen.

Auf die verschiedenen Bergwerksgesellschaften verteilt sich die Jahresproduktion an Kohle, Koks und Bricketts wie folgt:

Gesellschaft	Kohlenförderung t	Erzeugung von Koks t	Bricketts t
Berg und Hüttenwerksgesellschaft	2 319 000	374 000	64 000
Witkowitzer Steinkohlengruben	1 599 800	432 700	130 000
Ferdinands-Nordbahn-Gruben	932 000	181 500	93 800
Steinkohlengewerksch. Orlau-Lagz	899 400	86 200	—
Larisch-Wönnichsche Gruben	883 500	72 600	—
Johann Wilezetsche Gruben	385 300	68 000	64 810
Ostrau-Karwiner Montangesellsch.	271 000	—	10 280
Staatliche Bergwerksdirektion	214 900	76 000	—
Zusammen	7 504 900	1 291 500	362 890

Die entsprechenden Ziffern für das Jahr 1933 sind im Februarheft 1934 unserer Zeitschrift, S. 69, nachzulesen.

Während bisher die tschechoslowakischen Staatsbahnen keine deutsche Steinkohle kauften, ist hierin jetzt eine Änderung eingetreten. Darüber berichtet die tschechoslowakische Presse: „Den Staatsbahnen wurde diesmal von der „Centrolarbon“, Böhmisches Kohlenhandelsgesellschaft in Prag, die der Agrarbank nahesteht, deutsch-oberschlesische Steinkohle angeboten. Wie wir hierzu erfahren, dürften sich die tschechoslowakischen Staatsbahnen diesmal entschließen, 150 000 To. oberchlesische Steinkohle anzukaufen. Bekanntlich importiert die Tschechoslowakei im Kompensationswege laut Übereinkommen deutsche Steinkohle gegen Braunkohle aus dem nordwest-böhmischen Gebiet. Doch machte sich in letzter Zeit eine besondere Absatzstockung für die deutsche Kohle bei uns bemerkbar. Um den Markt für deutsche Steinkohle ein wenig zu erleichtern, schreiten die Staatsbahnen zum Ankauf der erwähnten Mengen, zumal der Preis um 150 Kč. je Waggon billiger erstellt wurde als der Preis der Ostrauer Steinkohle. Bei einem Quantum von 150 000 To. erzielen die Staatsbahnen demnach eine Ersparnis von 2,25 Millionen Kč.“

Die tschechoslowakischen Firmen, die Kohle aus Deutsch-Oberschlesien einführen, verhandeln zur Zeit über die Errichtung eines Einfuhrkartells. Beteiligt sind die Kohlenhandels-AG., die Firmen Paul Königer & Sohn, H. Winter AG., Schramel & Co. und Pettschek in Aussig.

In der nordmährisch-schlesischen Eisenindustrie war der Beschäftigungsgrad im Dezember 1934 infolge der Feiertage und aus jahreszeitlichen Gründen schwächer als im Vormonat. Jedoch hob sich der Bestellungseingang dadurch, daß die tschechoslowakischen Staatsbahnen im Rahmen ihres Investitionsprogramms, das einen Ankauf von Schienen und sonstigem Eisenbahnmateriale in Höhe von 65 Millionen Kč. vorsieht, größere Bestellungen aufgaben. Die Trzyniezer Eisenwerke erhielten demgemäß einen Auftrag auf Lieferung von 1600 Waggons Schienen und sonstigem Eisen-

kleinmaterial. Auch die Witkowitzer Werke werden, ebenso wie die außerhalb des Reviers gelegenen Skoda-Werke, mit größeren Aufträgen bedacht. Dadurch bessern sich die Beschäftigungsverhältnisse im Trzyniezer Eisenwerk. Jedoch ist eine Neueinstellung von Arbeitern nicht zu erwarten, da die Lieferung länger befristet ist. Das Witkowitzer Eisenwerk beabsichtigt, das zur Zeit noch im Bau befindliche elektrische Preßwerk demnächst in Betrieb zu nehmen. Das Preßwerk wird auf das modernste ausgestattet und soll 100 Arbeitern Beschäftigung bieten. Das Ausfuhrgeschäft der Eisenindustrie hielt sich im Dezember etwa auf der Höhe des Vormonats. In den Blechwalzwerken wurde mit eingeschränkter Arbeitszeit und nur auf einem Teil der Blechstreifen gearbeitet. Die Rollenwalzwerke haben noch immer mit starken Unterbrechungen gearbeitet. Der Inlandsabsatz blieb weiter ungünstig. Jedoch konnte sich der Export etwas beleben. Die Gesamtbeschäftigung betrug höchstens 30 Prozent der Kapazität. Mit Interesse sieht man den in der zweiten Februarhälfte zu erwartenden Verhandlungen über die Revision des Internationalen Rollenkartells entgegen, da nach der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland eine Vertragsrevision erfolgen soll. Die Drahtwerke verblieben bei den Einschränkungen durch Wechselurlauben. Ebenso war die Beschäftigung im Brückenbau so schlecht, daß in einem Werk auf den Kopf der Belegschaft nur 10 Schichten im Monat entfielen.

In der weiterverarbeitenden Eisen- und Metallindustrie des nordmährisch-schlesischen Gebietes war die Beschäftigungslage, der Jahreszeit entsprechend, schwach. In den Maschinenfabriken wurde mit vermindertem Arbeiterstand und gekürzter Arbeitszeit, in einzelnen Abteilungen überhaupt nicht gearbeitet. Die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken behielten die bisherigen Einschränkungen bei. Die Waggonfabriken haben einen unzureichenden Auftragsbestand. Ebenso in ihnen, wie im Automobilbau betrug die wöchentliche Arbeitszeit nur 34 Stunden. In den Feilenfabriken kam es zu keiner Besserung des Geschäfts, das weder im Inland noch im Ausland befriedigt. Bei den Emailgeschirrfabriken hielt sich der Inlandsabsatz auf der Vorjahreshöhe. Die Besserung des unbedeutenden Ausfuhrgeschäftes läßt noch immer auf sich warten. Die Armaturenfabriken hatten einen schwachen Bestellungseingang, hauptsächlich wegen des Ruhens der Bautätigkeit. Es fanden Entlassungen und Beurlaubungen statt. Die Erzeugung von Lampen und Beleuchtungskörpern ist gegenüber dem Vormonat wieder gesunken. Teilweise wurden die Betriebe über die Feiertage insgesamt etwa 14 Tage stillgelegt. Die Erzeugung von Grubenlampen blieb bei 3–4 Schichten wöchentlich. Bei der Herstellung von Heizungsanlagen wurde nur 24 Stunden wöchentlich gearbeitet, da sich der Auftragsbestand nicht gebessert hat. Die Draht- und Haufeisenfabriken melden Beurlaubungen und gekürzte Wochenarbeitszeit. Die Zinkwalzwerke arbeiteten mit gekürzter Tagesarbeitszeit. In der Stahlmöbelindustrie wurde mit der Hälfte der Belegschaft, nur 40 Stunden, mit der anderen Hälfte 45 Stunden wöchentlich gearbeitet.

Dr. M.

Mitteilungen

Danktelegramm der Handelskammer Saarbrücken.

Auf das im Januarheft der „Oberschlesischen Wirtschaft“ abgedruckte Telegramm der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien ging von der Handelskammer in Saarbrücken folgendes Danktelegramm ein:

Handelskammer Oppeln.

Der oberchlesischen Wirtschaft für ihre treuen Wünsche zur Abstimmung aufrichtigen Dank und ein herzliches Glück-

auf aus der befreiten Saar mit Siegesheil für Reich und Führer.

Handelskammer Saarbrücken.

Karcher. Lütke.

Bereidigung von Sachverständigen.

In der Vorstandssitzung der Industrie- und Handelskammer am 21. Dezember 1934 ist Herr Fabrikbesitzer Kurt Ueber, Kreuzburg, als Sachverständiger für den Lederhandel für die Provinz Oberschlesien vereidigt worden.

Prüfungstermine der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien im Frühjahr 1935.

Ort	Handlungs- gehilfen- prüfungen	Geschäfts- stenographen- prüfungen	Maschinen- schreiber- prüfungen	Reifeprüfng. an 2-jährig. Handelschul.	Industrie- gehilfen- prüfungen
Beuthen	11. März	11. März	16. März	22. März	
Bobrek-Karst	9. April				
Cosel	1. April				
Falkenberg/ Friedland	10. April				
Gleiwitz	15. März	23. Febr.			
Gr. Strehlig	21. März			27. März	
Grottkau	11. April				
Guttentag	5. März				
Hindenburg	19. März	7. März		18. März	
Katfcher	3. April				
Konstadt	4. März				
Krappitz/ Oberglogau	8. April				
Kreuzburg/ Pitschen	25. Febr.				
Leobschütz	6. März				
Reiße	13. März	10. April		14. März	
Neustadt	12. März			29. März	
Oppeln	20. März	22. Febr.	19. Febr.	26. März	
Ottmachau	14. März				
Patschkau	28. März				
Peiskretscham	4. April				
Ratibor	8. März	3. April			
Rosenberg	5. März				
Siegenhals	2. April				
Sülz	25. März				

*) Die Termine für die kaufm. Eignungsprüfungen, Kaufmanns-
prüfungen, sowie für die Industrie- und Gesellenprüfungen
und die Fachpädagogischen Arbeitsgemeinschaften ober-schlesischer
Diplom-Handelslehrer werden von Fall zu Fall festgesetzt.

Die Einstellung von Lehrlingen in ober-schlesischen kaufmännischen Unternehmungen zu Ostern 1935.

Seit dem 24. November 1924 bestehen bei unserer Kam-
mer neben den Kommissionen für Handlungsgehilfen-
prüfungen besondere Ausschüsse für die Annahme
von Lehrlingen. Diese halten alljährlich an den
ober-schlesischen kaufmännischen Berufs-
schulen sogenannte Eignungsprüfungen ab, die
sich in der Hauptsache auf die Feststellung der Kenntnisse
jedes einzelnen Lehrlings in Rechnen, Deutsch und Geogra-
phie erstrecken; darüber hinaus werden bereits jetzt an meh-
reren Plätzen auch zusätzliche psychologische Eignungsunter-
suchungen vorgenommen, um ein möglichst einwandfreies
Bild von der Gesamtveranlagung des Lehrlings zu erhalten.

In dieser erweiterten Form sollen die Eignungsprüfungen
künftig überall in unserem Bezirk durchgeführt werden. Zu
diesem Zweck sind wir mit den zuständigen Arbeitsämtern
dahin übereingekommen, daß die Berufsschulen wie bisher in
bewährter Weise die Kenntnisprüfungen, die amtlichen Be-
rufsberatungsstellen aber in Ergänzung hierzu die psycho-
logischen Eignungsuntersuchungen durchführen werden. Ge-
rade die gleichzeitige Beteiligung mehrerer Stellen, die sich
unter verschiedenen Gesichtspunkten ihr Urteil bilden, wird
den Wert des Gesamturteils über den zukünftigen Lehrling
erhöhen. Erst wenn beide Stellen gegen die Ergreifung des
kaufmännischen Berufs keine Bedenken erheben, werden die
Jugendlichen den Arbeitgebern, die Lehrlinge suchen, auf
Antrag zugewiesen. Nur so kann erreicht werden, daß in
Zukunft der kaufmännische Nachwuchs allen körperlichen und
geistigen Anforderungen nach Möglichkeit entspricht.

Den Lehrherren wird damit die oft sehr mühsame Arbeit
der Auslese abgenommen, ohne daß sie in der Auswahl ihrer

Lehrlinge beschränkt werden; aus einer größeren Zahl der
durch die Berufsberatungen empfohlenen können sie sich
jeweils den für sie am geeignetsten erscheinenden heraus-
suchen. Wünscht ein Arbeitgeber einen ganz bestimmten
Jugendlichen in seinem Geschäft einzustellen, so weist er
diesen vorerst ebenfalls zwecks Eignungsuntersuchung an den
zuständigen Berufsberater und kann dann seine weitere Ent-
scheidung von dem Gesamtprüfungsergebnis abhängig
machen.

Damit bei der Einstellung von Lehrlingen überall ein-
heitlich in unserem Bezirk verfahren wird, fordern wir alle
selbständigen Kaufleute Oberschlesiens auf:

1. schon jetzt sämtliche zu besetzenden kauf-
männischen Lehrstellen dem zuständigen Ar-
beitsamt, Abteilung Berufsberatung, zu melden, und
2. nur solche Lehrlinge einzustellen, die vorher
durch die Berufsberatung gegangen und
von ihr im Einvernehmen mit der Berufsschule emp-
fohlen worden sind.

Der Vorsitzende der Einzelhandelsvertretung
Der Direktor des sachlichen
Bildungswesens

bei der
Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien
gez. Klose. gez. Rein.

Leitung der Pflichtorganisation und der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel vereinigt.

Am 18. Dezember 1934 ist vom Reichsversicherungsamt
auf Grund des Artikels 7 § 2 Abs. 5 im Abschnitt II des
Gesetzes über den Aufbau der Sozialversicherung zum Leiter
der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel Dr. Franz
Hayler, München, Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzel-
handel (Gesamtverband des Deutschen Einzelhandels) berufen
worden. Zum Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft
wurde Dr. Conrad Hardt, bisher Geschäftsführer bei der
Hauptgenossenschaft des Deutschen Einzelhandels, von Dr.
Hayler bestellt.

Durch die Berufung von Dr. Hayler ist die Berufs-
genossenschaft für den Einzelhandel in enge Verbindung mit
der Pflichtorganisation des Einzelhandels gebracht worden.
Diese Tatsache gewinnt an Bedeutung dadurch, daß bisher
die Berufsgenossenschaft wohl über das umfangreichste stati-
stische Material im Einzelhandel verfügt. Freilich bleibt zu
berücksichtigen, daß der Mitgliedskreis der Wirtschafts-
gruppe Einzelhandel mit dem Kreis der in der Berufsgenos-
senschaft versicherungspflichtigen Betriebe sich nicht völlig
deckt. Durch die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel werden
sämtliche Einzelhandelsbetriebe, unabhängig von ihrem Um-
satz, erfasst, während der Berufsgenossenschaft nur die Be-
triebe angehören, in denen entweder 2 kaufmännische Ange-
stellte beschäftigt werden oder eine gewerbliche Person tätig
ist. Außerdem werden von der Berufsgenossenschaft auch
die Konsumvereine, Teile des Gaststättengewerbes, des ambu-
lanten Gewerbes und des Marktverkehrs betreut, die inner-
halb der Organisation der gewerblichen Wirtschaft nicht zur
Wirtschaftsgruppe Einzelhandel gehören. Andererseits ge-
hören wieder verschiedene Teile des Einzelhandels, wie z. B.
die Versandunternehmungen zur Wirtschaftsgruppe Einzel-
handel, während sie vom Standpunkt der Unfallversicherung
von anderen Berufsgenossenschaften als der für den Einzel-
handel erfasst werden.

Trotz dieser Verschiedenheiten der Mitgliederkreise der
beiden Pflichtorganisationen eröffnet ihre nunmehrige Zu-
sammenfassung unter einer einheitlichen Leitung bedeutungs-
volle Möglichkeiten und Aufgaben enger Zusammenarbeit.
Die Unfallgefahren im Einzelhandel werden
noch immer vielfach unterschätzt, und es ist wenig bekannt,
daß allein von den rd. 100 000 bei der Berufsgenossenschaft
versicherten Betrieben im Jahre 1934 rd. 30 000 Un-
fälle zur Anmeldung gekommen sind, unter denen sich nicht
weniger als 51 Todesfälle befinden. Aus diesen Zahlen wird
deutlich, welches Maß menschlicher Schädigungen und damit
zusammenhängender Betriebsstörungen durch eine wesentliche
Verstärkung der Unfallverhütungsmaßnahmen in den Einzelhandelsbetrieben noch abzu-
wenden ist. Die möglichst vollständige Durchführung unfall-
verhütender Maßnahmen gehört in allererster Linie zu den
Pflichten des Betriebsführers, der für eine zweckmäßige Aus-

gestaltung des Arbeitsplatzes zu sorgen hat. Die Unfallversicherungsvorschriften der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel, die jedem unfallversicherten Betrieb überandt worden sind, ergeben alle notwendigen Verhaltensmaßregeln.

Alle Arbeit der Berufsgenossenschaft kann freilich nicht zum vollen Erfolge führen, wenn nicht die Versicherten selbst sich täglich vor Unachtsamkeit, Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit sowohl im Betriebe selbst, wie besonders

auf dem Wege von und zur Arbeit hüten und bewahren. Die notwendige Erziehungsarbeit auf diesem Gebiet soll nunmehr von der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel und der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel zusammen weiter vorangetrieben werden. Diese Maßnahmen sind eine selbstverständliche Ergänzung aller jener Bestrebungen, auf die Dr. Sahler kürzlich in seinem Aufruf über die Schönheit der Arbeit im Einzelhandel hingewiesen hat.

Steuerwesen

Die handelsrechtlichen und steuerlichen Vorschriften über die Inventur.

Von Wirtschaftsprüfer Dr. jur. et rer. pol. H. Brönnner,
Berlin W. 9.

Die Inventur ist ein Bestandteil der Buchführung. Das Inventurverzeichnis gehört zu den Handelsbüchern ohne Rücksicht darauf, ob die Inventur in das Bilanzbuch eingetragen oder in einem besonderen Buch geführt wird. Die steuerliche Anerkennung einer Buchführung setzt voraus, daß die Buchführung handelsrechtlich ordnungsmäßig ist. Daher sind die handelsrechtlichen Vorschriften über die Inventur auch steuerlich wichtig.

Die Verpflichtung zur Inventur.

In § 39 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches ist bestimmt, daß jeder Kaufmann bei Beginn des Handelsgewerbes und bei Schluß eines Geschäftsjahres, das nicht länger als 12 Monate dauern darf, eine Inventur aufzustellen hat. Diese Vorschrift gilt nur für die Vollkaufleute. Hierunter fallen die Großkaufleute des § 1 HGB, die Sollaufleute des § 2 HGB, sowie die Kannaufleute des § 3 HGB. Die Vorschrift gilt also für alle eintragungspflichtigen bzw. in das Handelsregister einzutragenden Kaufleute sowie für die Gesellschaften des Handelsrechtes. Eine Verpflichtung zur Inventuraufnahme besteht nicht für die unter der Bezeichnung Minderkaufleute zusammengefaßten Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die nicht in das Handelsregister eingetragen sind.

Eine Ausnahmebestimmung enthält § 39 Abs. 3 HGB, wonach der Kaufmann bei einem Warenlager, bei dem nach der Beschaffenheit des Geschäfts die Aufnahme des Inventars nicht möglich in jedem Jahr geschehen kann, die Inventur nur alle zwei Jahre vorzunehmen braucht; diese Bestimmung ist auf besonders vielseitige und umfangreiche Warenlager anzuwenden. Wenn ein Kaufmann, bei dem eine jährliche Inventur möglich war, nur alle zwei Jahre Inventur gemacht hat, so ist er nur dann strafbar, wenn dadurch eine unordentliche Buchführung, d. h. eine solche, die keine Übersicht gewährt, entstanden ist (Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen 30 S. 170). Jedoch muß auch bei zweijährlicher Inventur die Bilanz jährlich aufgestellt werden. Diese Bilanz gibt dann allerdings nur ein weniger genaues Bild. Nach einem Reichsgerichtsurteil (s. „Deutsche Juristen-Zeitung“ 1911, S. 219) muß in den Fällen, in denen eine Bilanzaufrstellung ohne Wareninventur nicht möglich ist, die Inventur jährlich vorgenommen werden, damit eine jährliche Bilanzziehung möglich ist.

Für solche Fälle, in denen gemäß § 39 Abs. 3 HGB eine Inventur nicht erforderlich ist, genügt es steuerlich, wenn der Wert des Warenbestandes auf Grund einer dauernd auf dem laufenden gehaltenen Lagerbuchhaltung, die die Zugänge und Abgänge berücksichtigt, oder in sonstiger Weise ein Annäherungswert ermittelt wird (vgl. RZS. v. 12. 11. 1926; I A 170/26; Bd. 20 S. 17).

Für die ordentliche Inventur reicht es dagegen nicht aus, wenn der Kaufmann an Hand einer vorhandenen Lagerbuchführung den Warenbestand am Ende des Jahres nur buchmäßig feststellt. Es ist vielmehr eine tatsächliche Aufnahme der vorhandenen Warenvorräte erforderlich, wobei eine etwa vorhandene Lagerbuchhaltung zu Kontrollzwecken verwendet werden kann.

Die Formvorschriften für die Inventur.

Das Handelsgesetzbuch enthält auch eine Reihe von Formvorschriften für die Inventur. So bestimmt § 41, daß die Inventur von den Einzelkaufleuten bzw. den persönlich haftenden Gesellschaftern zu unterzeichnen ist; diese Verpflichtung kann nicht durch einen Prokuristen erfüllt werden; die Unterzeichnung der Inventur durch den oder die Kommanditisten ist nicht erforderlich. Die Inventur kann entweder mit der Bilanz zusammen in einem Buch oder in einem besonderen Buch aufgestellt werden. Schließlich gelten für die Inventur auch die für die Handelsbücher allgemein geltenden Formvorschriften, wonach die Aufzeichnungen in einer lebenden Sprache vorzunehmen sind und die Bücher 10 Jahre lang nach der letzten Eintragung aufbewahrt werden müssen.

Der Zeitpunkt der Inventur.

Man kann sich fragen, ob die Inventur genau am Schluß des Geschäftsjahres aufgenommen werden muß, z. B. ob die Inventur am 1. Januar vorzunehmen ist, wenn das Geschäftsjahr am 31. Dezember endet. Diese Frage ist zu verneinen, vor allem im Hinblick darauf, daß in vielen Fällen die Inventurarbeiten längere Zeit in Anspruch nehmen und schon aus diesem Grunde die Erledigung an einem Tage unmöglich ist. Wird aber die Inventur nach dem Stichtag vorgenommen, so müssen die zwischenzeitlichen Zu- und Abgänge berücksichtigt werden. Die Bewertung hat nicht nach dem Wert zur Zeit der Aufnahme zu erfolgen, sondern nach dem Wert zu der Zeit, für welche die Aufnahme gilt. Hierbei sei jedoch darauf hingewiesen, daß nachträglich bekannt gewordene Tatsachen berücksichtigt werden können, z. B. Entwertungen, die auf Ursachen zurückgehen, die bereits am Stichtag bestanden, und zwar ist dies sowohl handelsrechtlich als auch steuerrechtlich zulässig.

Die Kollektibbewertung.

Unter Kollektibbewertung versteht man eine Bewertung nicht jedes einzelnen Gegenstandes, sondern die Bewertung mit anderen Gegenständen zusammen. Zu der Frage der Zulässigkeit der Kollektibbewertung hat der Reichsfinanzhof in seinem Urteil vom 8. 2. 1928 (VI A 118/28 Reichssteuerbl. 28 S. 342) Stellung genommen. Danach ist nicht erforderlich, daß jeder Gegenstand einzeln bewertet wird, wohl aber muß jeder einzelne Gegenstand bei der Bewertung berücksichtigt werden. Es ist zulässig, daß ein Lager wesentlich gleichartiger Gegenstände in der Weise bewertet wird, daß die Anschaffungskosten in einer Summe angesehen werden und von dieser Summe eine etwa erforderliche Abschreibung zur Ermittlung des Teilwertes voranommen wird.

In einem weiteren Urteil vom 29. 10. 1930 VI A 1317/29 Reichssteuerbl. 31 S. 133) steckt der Reichsfinanzhof die Grenzen ab, innerhalb deren die Kollektibbewertung zulässig ist. Unzulässig ist es demnach, wenn bestimmte Beträge in die Inventur eingetragt werden, ohne daß ersichtlich gemacht wird, auf welche Menge und welche Qualität sich diese Beträge beziehen sollen. Nur gleichartige oder annähernd gleichartige Waren dürfen kollektiv bewertet werden, und zwar müssen bei der Kollektibbewertung mindestens die Menge und die Art der Ware angegeben werden, um den handelsrechtlichen Zweck, eine Übersicht über das Vermögen zu geben, Rechnung zu tragen. Weiter ist in dem genannten Urteil wörtlich auszuführen: „Wenn aber eine Inventur — lediglich in einer Weise aufgestellt wurde, die selbst für einen Sachmann eine Nachprüfung der eingetrag-

ten Werte in der Richtung, ob es sich um Anschaffungspreis, niedrigeren gemeinen Wert oder um eine reine Schätzung handelt, nicht mehr möglich ist, und wenn weiter nicht einmal der Wiederbeschaffungspreis der Waren am Stichtag auch nur annähernd ermittelt werden kann, weil die einzelnen Waren nach Art und Menge in der Inventur nicht verzeichnet sind, dann kann eine solche Inventur nicht mehr den Anspruch auf Ordnungsmäßigkeit erheben.“ Aus Vorstehendem dürfte ersichtlich sein, welche Mindestanforderungen an eine Kollektivbewertung gestellt werden.

Die Ordnungsmäßigkeit der Inventur.

Zu der Frage der Ordnungsmäßigkeit der Inventur in steuerlicher Hinsicht hat der Reichsfinanzhof in einer Reihe von Urteilen Stellung genommen. Grundsätzlich gelten die handelsrechtlichen Vorschriften für die Inventuraufnahme auch in steuerlicher Hinsicht. Darüber hinaus hat der Reichsfinanzhof in seinem Urteil vom 4. November 1926 (I A 323/26; StUW. 1926 Nr. 579) bezüglich der Inventur erklärt, daß rein formalistisch-theoretische kleinliche Bedenken der zu steuerlichen Zwecken nutzbar zu machenden kaufmännischen Praxis gegenüber zurückstehen müssen. Sofern aber die Inventur nicht als ordnungsmäßig anzusehen ist, kann der gesamten Buchführung die Vermutung der Richtigkeit nach § 208 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung abgesprochen werden (vgl. Urteil des RFG. v. 29. 10. 1930; VI A 1317/29 Reichssteuerbl. 1931 S. 133).

Schließlich ist in der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs auch die Frage der Aufbewahrung der Original-Inventurzettel behandelt. Gemäß dem oben erwähnten Urteil vom 4. 11. 1926 kann von der Aufhebung der Original-Inventurzettel im Einzelfalle abgesehen werden, wenn die Inventur unter Zugiehung von Angestellten des Geschäfts aufgenommen wurde und die Ergebnisse der Originalzettel in eine Inventureinschrift übertragen werden. Wenn jedoch die Original-Inventurzettel die einzige Unterlage für die Inventur darstellen, so besteht für diese eine Pflicht zur Aufbewahrung, wie der Reichsfinanzhof in einem Urteil vom 19. Dezember 1929 (VI A 618-619/29 StUW. 1930, Nr. 439) entschieden hat.

Zurückziehung von Einkommensteuermarken.

Bezüglich des Verfahrens bei der Erstattung des Gegenwertes der zurückgenommenen Einkommensteuermarken wird auf § 111 StB. verwiesen. Da die Einkommensteuermarken in Zukunft für die Entrichtung der Lohnsteuer nicht mehr in Frage kommen, somit vollständig aus dem Verkehr treten, sind sie, wie bereits in § 3 der Verordnung gesagt, zu vernichten. Die Vernichtung ist vom Kassenaufsichtsbeamten in Gegenwart des Kassentleiters durchzuführen. Ueber die Vernichtung der Einkommensteuermarken ist eine Verhandlung aufzunehmen, die Beleg zu der Buchung des erstatteten Gegenwertes im Einnahmebuch VSt. wird.

Verordnung über die Zurückziehung von Einkommensteuermarken.

Vom 18. Dezember 1934.

Auf Grund von § 12 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 161, 162) in der Fassung von § 21 Ziffer 3 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925, 929) wird in Auswirkung des § 38 Absatz 1, § 51 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1005, 1015, 1018) hiermit verordnet:

§ 1.

Einkommensteuermarken dürfen zur Entrichtung der Lohnsteuer für Lohnzahlungszeiträume, die nach dem 31. Dezember 1934 enden, nicht mehr verwendet werden.

§ 2.

1. Einkommensteuermarken werden von den Postanstalten nach dem 15. Februar 1935 nicht mehr verkauft. Soweit Arbeitgeber ungebrauchte und nicht mehr verwendbare Einkommensteuermarken, die über 0,05 RM., 0,10 RM., 0,20 RM., 0,50 RM., 1 RM., 2 RM., 5 RM., 10 RM., oder 50 RM. lauten, noch im Besitz haben, wird der Gegenwert gegen Hingabe der Einkommensteuermarken von den Finanzämtern erstattet, wenn die Erstattung spätestens bis zum 30. März

1935 bei einem Finanzamt unter Einreichung der Einkommensteuermarken beantragt wird. Soweit Anträge nach dem 30. März 1935 gestellt werden, findet eine Erstattung nicht mehr statt.

2. Wird der Ersatz für größere Markenmengen beantragt, so kann das Finanzamt verlangen, daß die Marken, soweit sie nicht in vollen Bogen überreicht werden, für jede Wertart getrennt zu je 25 Stück auf Papierbogen ordnungsmäßig aufgelegt, überschüssige Mengen aber lose überreicht werden, ferner, daß jeder Papierbogen mit dem Firmenstempel oder dem Namen und Wohnort des Antragstellers versehen ist.

§ 3.

1. Das Finanzamt prüft, ob die Einkommensteuermarken echt und ungebraucht sind. Ergeben sich bei dieser Prüfung Zweifel, so hat das Finanzamt vor der Entscheidung über den Antrag ein Gutachten der Reichsdruckerei einzuholen. Für das Erstattungsverfahren gelten die Bestimmungen über die Erstattung von Steuerbeträgen, die durch Markenverwendung entrichtet worden sind, sinngemäß mit der Maßgabe, daß die eingelieferten Einkommensteuermarken zu vernichten sind.

2. Für die Erstattung des Gegenwertes der in § 2 bezeichneten Einkommensteuermarken wird eine Gebühr nach Maßgabe der Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für den Umtausch und den Ersatz von Stempel- und Steuerzeichen vom 3. Juli 1924 (Reichsministerialbl. S. 237) nicht erhoben.

§ 4.

Für Einkommensteuermarken über 0,10 RM., 0,50 RM., 1 RM. und 100 RM., die durch Anordnungen im Verwaltungswege bereits aus dem Verkehr gezogen worden sind, wird der Gegenwert nicht mehr erstattet.

§ 5.

Die am 16. Februar 1935 bei den Dienststellen der Deutschen Reichspost und bei der Reichsdruckerei noch lagernden Vorräte an Einkommensteuermarken sind in üblicher Weise zu vernichten. Die vernichteten Mengen sind unter Hinweis auf diese Verordnung als anderweiter Abgang nachzuweisen.

Kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Rd.-Erl. d. R.-Min. d. Fin. v. 20. 12. 1934

1. Abziehung für Abnutzung bei kurzlebigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens.

§ 6 Ziff. 1 Satz 4 des Einkommensteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 bestimmt:

„Bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfahrungsgemäß fünf Jahre nicht übersteigt, dürfen buchführende Gewerbetreibende im Sinn des § 5 und buchführende Land- und Forstwirte die Abziehungen für Abnutzung höher als nach § 7 und ohne Rücksicht auf den Teilwert bemessen.“

Das bedeutet, daß bei diesen Wirtschaftsgütern die Absetzung für Abnutzung nicht, wie im § 7 EStG. 1934 grundsätzlich vorgeschrieben, auf die Gesamtnutzungsdauer verteilt zu werden braucht, sondern keiner Begrenzung nach oben unterliegt.

1. Bedeutung der Liste.

Die Liste enthält keine erschöpfende Aufzählung der kurzlebigen Wirtschaftsgüter im Sinn des Gesetzes. Sie ist nicht die Liste der kurzlebigen Wirtschaftsgüter, sondern sie ist als „Liste kurzlebiger Wirtschaftsgüter“ bezeichnet. Bei der Vielgestaltigkeit und der ständigen Entwicklung in Wirtschaft und Technik kann die Liste nicht als dauernd abgeschlossen gelten. Ihre Anwendung in der vorliegenden Fassung ist zunächst auf die Veranlagung für 1934 beschränkt. Änderungen und Ergänzungen auf Grund der Erfahrung bleiben für spätere Veranlagungen vorbehalten.

Die Steuerpflichtigen können dartun, daß auch Anlagegegenstände, die nicht in der Liste bezeichnet sind, nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Betriebs erfahrungsgemäß nicht länger als fünf Jahre genutzt werden.

Ist ein Anlagegegenstand in der Liste genannt, so ist die erleichterte Abziehung für Abnutzung ohne Nachweis der wirklichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von den Finanzämtern anzuerkennen.

2. Weitere Vereinfachung (Preisgrenze).

Zur weiteren Vereinfachung bestimme ich, daß Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von nicht mehr als 200 RM. ohne Nachweis als kurzlebige Wirtschaftsgüter anzuerkennen sind, auch wenn sie in der Liste nicht aufgeführt sind. Die Frage der betriebsgewöhnlichen Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung bedarf dabei keiner Prüfung.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten dürfen sich nicht nur auf einen Teil des Wirtschaftsgutes beziehen; die 200-RM.-Grenze gilt nur hinsichtlich solcher Wirtschaftsgüter, die einer selbständigen Bewertung fähig sind. Bei einer Maschine bezieht sich die 200-RM.-Grenze beispielsweise ausschließlich auf die Maschine als Ganzes, nicht etwa auch nur auf einzelne Bestandteile der Maschine.

II. Rechtsfragen.

1. Alte Wirtschaftsgüter (Altanlagen).

Die Zulässigkeit erhöhter Absetzung für Abnutzung nach § 6 Ziffer 1 Satz 4 ist nicht auf kurzlebige Wirtschaftsgüter beschränkt, deren Anschaffung oder Herstellung erst im Kalenderjahr 1934 oder in dem im Kalenderjahr 1934 endenden Wirtschaftsjahr 1933/34 erfolgt ist. Sie gilt infolgedessen nicht nur für Neuanschaffungen, sondern auch für die vor Beginn des Kalenderjahrs 1934 oder Wirtschaftsjahrs 1933/34 angeschafften kurzlebigen Wirtschaftsgüter (Altanlagen).

Es gibt Bilanzen, die für bestimmte Anlagen Festbewertungen (Standardwerte) aufweisen. Das Wesen der Festbewertung besteht darin, daß der Wertansatz unverändert gelassen wird, solange sich die betrieblichen Verhältnisse nicht wesentlich ändern. Absetzungen für Abnutzung werden von einem Festwert nicht vorgenommen. Andererseits unterbleibt jede besondere Aktivierung von Neuanschaffungen. Die Werte der Neuanschaffungen sind in dem Festwert eingeschlossen. Festbewertungen können beispielsweise für die Ganzheit der dem Betrieb gewidmeten Werkzeuge, Stangen, Modelle und dgl. in Betracht kommen. Festwerte können sowohl für kurzlebige als auch für langlebige Wirtschaftsgüter festgesetzt werden. Soweit es sich bei bereits vorhandenen Festwerten um kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens handelt, braucht künftig an dem bisher gewählten Wert nicht festgehalten zu werden, sondern es kann von der Zulässigkeit der erhöhten Absetzung für Abnutzung nach § 6 Ziffer 1 Satz 4 Gebrauch gemacht werden.

Langlebige Wirtschaftsgüter, deren Restnutzungsdauer fünf Jahre nicht übersteigt, können nicht als kurzlebig behandelt werden. Sie unterliegen nur der normalen Absetzung für Abnutzung oder der Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert (§ 7 Abs. 1 und § 6 Ziffer 1 Sätze 1 bis 3). Dies gilt sowohl für die im Betrieb des Steuerpflichtigen bereits genutzten langlebigen Anlagen als auch für diejenigen langlebigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die als „gebraucht“ erworben werden, sei es beim Erwerb eines ganzen Betriebs oder des einzelnen Gegenstandes.

2. Mindestabsetzung für Abnutzung.

Es ist nicht erlaubt, Absetzungen zu unterlassen, z. B. in Verlustjahren, um sie in späteren Jahren nachzuholen. Absetzungen für Abnutzung müssen in der im § 7 vorgeschriebenen Höhe mindestens vorgenommen werden. Ist bei Aufstellung der Handelsbilanz diese Mindestabsetzung unterlassen worden, so hat das Finanzamt die vorgeschriebene Absetzung in der Steuerbilanz von Amts wegen durchzuführen. Diese von der Handelsbilanz abweichende Behandlung der Absetzung für die Steuerbilanz ist insoweit nicht vorzunehmen, als der Wertansatz des Gegenstandes in der Steuerbilanz bereits unter dem Betrag liegt, der sich bei normaler Absetzung ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung als Wert ergeben würde. In diesen Fällen können weitere Absetzungen für Abnutzung solange unterbleiben, bis bei Fortführung der normalen Absetzungen für Abnutzung sich ein Wert ergäbe, der den in der Bilanz ausgewiesenen Wert erreichen würde.

Beispiel:

Anschaffungskosten eines Gegenstandes	10 000 RM.
Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer fünf Jahre,	
Abschreibung im Anschaffungsjahr in Übereinstimmung mit der Handelsbilanz	8 000 RM.
Restwert am Ende des ersten Jahres	2 000 RM.

Im zweiten Jahr wird in der Handelsbilanz jegliche Absetzung für Abnutzung unterlassen. Für die steuerliche Gewinnermittlung besteht kein Grund, eine Absetzung für Abnutzung von Amts wegen vorzunehmen, da der Anfang von 2 000 RM. bereits unter dem Betrag liegt, der sich bei normaler Absetzung nach § 7 (10 000 RM. — 2 × 2 000 RM. = 6 000 RM.) als Wert ergeben würde. Der Gegenstand ist daher in Übereinstimmung mit der Handelsbilanz mit 2 000 RM. (wie im Vorjahr) anzusetzen.

3. Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz.

Der Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz gilt auch für die Behandlung kurzlebiger Wirtschaftsgüter im Sinn des § 6 Ziffer 1 Satz 4 EStG. 1934. Die erhöhte Absetzung für derartige Wirtschaftsgüter ist daher nur insoweit zulässig, als diese auch in der Handelsbilanz erfolgt. Die Vorschrift des § 6 Ziffer 1 Satz 4 dient dem Gedanken der Angleichung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz. Sie darf infolgedessen nicht etwa in Absetzung der in Betracht kommenden Gegenstände zu einer unterschiedlichen Bewertung in der Handelsbilanz und in der Steuerbilanz führen. Wegen der steuerlich vorzunehmenden Mindestabsetzung von Amts wegen vgl. oben II, 2.

Wenn kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bisher in der Steuerbilanz niedriger angelegt waren als in der Handelsbilanz, so ist ebenfalls die Höhe der in der Handelsbilanz durchgeführten Absetzung für Abnutzung in die Steuerbilanz zu übernehmen.

Beispiel:

Das Wirtschaftsgut ist in der Handelsbilanz für 1933 mit 10 000 RM., in der Steuerbilanz für 1933 mit 8 000 RM. angesetzt. Die Absetzung für Abnutzung beträgt in der Handelsbilanz für 1934 4 000 RM. Demgemäß ist in der Steuerbilanz für 1934 ein Betrag von ebenfalls 4 000 RM. abzusetzen. Der bisherige Betragsunterschied zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz (von 2 000 RM.) bleibt bestehen. Die Angleichung der beiden Bilanzen ergibt sich nach einigen Ubergangsjahren von selbst.

Wenn kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bisher in der Steuerbilanz höher angesetzt waren als in der Handelsbilanz, so ist die erhöhte Absetzung für Abnutzung im Sinn des § 6 Ziffer 1 Satz 4 nur in dem Rahmen zulässig, in dem die Absetzung für Abnutzung in der Handelsbilanz erfolgt. Die Absetzungen von dem danach in der Steuerbilanz verbleibenden Wert bemessen sich nach der Restnutzungsdauer des Wirtschaftsguts (§ 7). Als erstes Jahr der Restnutzungsdauer gilt das Jahr 1934 (1933/34). Die Absetzung für 1934 (1933/34) ist demnach eine zweifache.

Beispiel:

Das Wirtschaftsgut ist in der Handelsbilanz für 1933 mit 20 000 RM., in der Steuerbilanz für 1933 mit 20 000 RM. angesetzt. Die Absetzung für Abnutzung beträgt in der Handelsbilanz für 1934 2 000 RM. Dem folgt die Steuerbilanz. Dazuhin kommt die Absetzung von den danach in der Steuerbilanz verbleibenden 18 000 RM. Die Absetzung für 1934 besteht demnach aus zwei Teilen:

- 2 000 RM. nach § 6 Ziffer 1 Satz 4,
- 9 000 RM. nach § 6 Ziffer 1 Satz 1 in Verbindung mit § 7 (die Restnutzungsdauer beträgt im vorliegenden Beispiel zwei Jahre ab 1. Januar 1934).

In der Steuerbilanz für 1935 sind die restlichen 9 000 RM. voll abzusetzen.

III. Bilanztechnisches.

Die Sonderbehandlung der kurzlebigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfordert, daß diese Güter in der Buchführung von den langlebigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens losgelöst werden. Es muß zwischen langlebigen und

kurzlebigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens buchtechnisch so unterschieden werden, daß die Nachprüfung der Abschreibungen ohne Schwierigkeit möglich ist. Es muß also ein besonderes „Konto kurzlebiger Wirtschaftsgüter“ eingerichtet werden. Auf dieses Konto müssen zunächst die Werte derjenigen kurzlebigen Wirtschaftsgüter übertragen werden, die in der Bilanz für 1933 oder 1932/33 vorhanden gewesen sind, und dann die Werte derjenigen kurzlebigen Wirtschaftsgüter, die in 1934 oder 1933/34 angeschafft oder hergestellt worden sind. Dann ist dieses Konto laufend mit allen Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung kurzlebiger Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens zu belasten. Am Schluß eines jeden Wirtschaftsjahres muß dann entschieden werden, inwieweit hinsichtlich der vorhandenen kurzlebigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von der Vorschrift des § 6 Ziffer 1 Satz 4 Gebrauch gemacht werden soll und welcher Teil des auf dem Konto kurzlebiger Gegenstände sich erweisenden Soll-Ueberschusses demgemäß dem Verlust- und Gewinnkonto in Rechnung gestellt werden soll.

Steuer säumnisgesetz vom 24. 12. 1934.

Nachstehend kommt das Steuer säumnisgesetz nebst Auszug aus der Begründung zum Abdruck.

1. Zur Durchführung des Steuer säumnisgesetzes wird auf Grund des § 7 Abs. 1 des Gesetzes folgendes bestimmt:

Von der Erhebung des Säumniszuschlags ist bis auf weiteres bei den Steuern (§ 2 StSäumG.), die von Finanzämtern oder Hauptzollämtern (Zollämtern) erhoben werden, abzu-
sehen,

1. wenn der Steuerbetrag, der nach § 3 Abs. 2 des Steuer säumnisgesetzes der Berechnung des Säumniszuschlags zurunde zu legen ist, weniger als 100 RM. bei derselben Steuerart beträgt,
2. wenn der der Berechnung zurunde zu legende rückständige Steuerbetrag 100 RM. oder mehr beträgt, jedoch entrichtet wird, bevor wegen des Rückstandes gemahnt oder öffentlich erinnert worden ist.

Als vor der Mahnung oder der öffentlichen Erinnerung entrichtet im Sinne der Ziffer 2 gilt ein rückständiger Betrag,

- a) wenn er entrichtet wird, bevor durch einen Beauftragten des Finanzamts (Vollziehung- oder Abholungsbeamten, Kassenhilfsstelle) mündlich gemahnt wird, oder
- b) wenn er spätestens an dem Tag entrichtet wird, an dem die Mahnung oder die Postrücknahme von der Finanzkasse oder von einer Kassenhilfsstelle zur Post gegeben wird, oder an dem die öffentliche Erinnerung im Bezirk des Finanzamts erstmalig in einer Zeitung bekanntgemacht oder öffentlich angeschlagen wird.

Der Tag, an dem durch einen Beauftragten des Finanzamts mündlich gemahnt oder an dem die öffentliche Erinnerung im Bezirk des Finanzamts erstmalig in einer Zeitung bekanntgemacht oder öffentlich angeschlagen worden ist, ist der Finanzkasse rechtzeitig bekanntzugeben.

Auch wenn die vorstehend angegebenen Voraussetzungen, unter denen von der Erhebung des Säumniszuschlags abzu-
sehen ist, vorliegen, kann das Finanzamt den Zuschlag erheben, wenn es sich um Steuerschuldner handelt, die mehrfach mit Steuerbeträgen böswillig im Rückstand geblieben sind. Zur Erhebung des Zuschlags in diesen Fällen ist dem zuständigen Buchhalter oder, soweit ein solcher für die betreffende Steuerart bestellt ist, dem Kassierer in jedem einzelnen Fall vom Kassenteiler eine schriftliche Anweisung zu erteilen, die Beleg zum Sollbuch (Sollkartei usw.) wird. Ist der Kassenteiler gleichzeitig Buchhalter oder Kassierer, so bedarf es einer schriftlichen Anweisung nicht, die Erhebung des Säumniszuschlags ist dann jedoch von der Zustimmung des Kassenaufsichtsbeamten abhängig. Diese ist auf den Buchungsunterlagen (Abfertigungspapieren, Steuerberechnungen) offenkundig zu machen.

Bei der Mahnung (auf Nachnahmefarten) ist der zu erhebende Säumniszuschlag mit anzufordern, in der öffentlichen Erinnerung ist auf den Zuschlag hinzuweisen.

II. Zu dem nachstehend abgedruckten Auszug aus der Begründung wird noch das folgende bemerkt:

Wird Stundung erst nach Eintritt der Fälligkeit beantragt und auch bewilligt, so ist der Zuschlag verwirkt und, soweit nicht die oben genannten Voraussetzungen für die Nichterhebung des Zuschlags oder Gründe für einen Billigkeitserlaß vorliegen, auch zu erheben.

III. Für die Buchung und haushaltsmäßige Behandlung des Säumniszuschlags finden die für Zinsen geltenden Bestimmungen sinngemäß Anwendung.

Steuer säumnisgesetz (StSäumG.).

Vom 24. Dezember 1934.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hierdurch verkündet wird:

Abchnitt I: Säumniszuschlag.

§ 1.

1. Wird eine Steuerzahlung (§ 2), die nach dem 31. Dezember 1934 fällig wird, nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit dem Ablauf des Fälligkeitstags ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

2. Wird eine Steuerzahlung (§ 2), die vor dem 1. Januar 1935 fällig geworden ist oder fällig wird, nicht bis zum Ablauf des 31. Januar 1935 entrichtet, so ist mit dem Ablauf des 31. Januar 1935 ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

§ 2.

1. Der Säumniszuschlag findet Anwendung auf Zahlungen, die als Steuern des Reichs, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände dem Steuergläubiger geschuldet werden. Ausgenommen sind Zahlungen, die als Reichsfluchtsteuer geschuldet werden.

2. Auf andere Zahlungen, insbesondere auf die im § 168 Absatz 2 der Reichsabgabenordnung bezeichneten Zuschläge, auf Zinsen, Verzugszuschläge, Säumniszuschläge, Geldstrafen und Kosten findet der Säumniszuschlag keine Anwendung.

§ 3.

1. Der Säumniszuschlag beträgt zwei vom Hundert des rückständigen Steuerbetrags.

2. Für die Berechnung des Säumniszuschlags wird der rückständige Steuerbetrag auf volle zehn Reichsmark nach unten abgerundet. Dabei werden mehrere Steuerbeträge nur dann zusammengerechnet, wenn sie dieselbe Steuerart betreffen und an demselben Tag fällig geworden sind.

§ 4.

Als Tag, an dem eine Zahlung entrichtet worden ist, gilt:

1. bei Übergabe oder Uebersendung von Zahlungsmitteln an eine Steuerbehörde:

der Tag des Eingangs;

2. bei Ueberweisung auf das Postscheckkonto einer Steuerbehörde und bei Einzahlung durch Postscheck:

der Tag, der sich aus dem Tagesstempelabdruck des Postscheckamts ergibt;

3. bei Ueberweisung auf das Reichsbankgirokonto einer Steuerbehörde:

der Tag, der sich aus dem Tagesstempelabdruck der Reichsbankanstalt ergibt;

4. bei einer sonstigen Ueberweisung:

der Tag, an dem der Betrag der Steuerbehörde gutgeschrieben wird;

5. bei einer durch Zahlkarte oder Postanweisung bewirkten Einzahlung an eine Steuerbehörde:

der Tag, der sich aus dem Tagesstempelabdruck der Aufgabepostanstalt ergibt;

6. bei Einzahlung aus dem Ausland:

der Tag, an dem der eingezahlte Betrag bei der Steuerbehörde eingeht oder ihr gutgeschrieben wird.

§ 5.

Ist der Steuerbetrag, zu dem der Säumniszuschlag verwirkt ist, in der Zwangsvollstreckung oder im Konkursver-

fahren bevorrechtigt, so erstreckt sich das Vorrecht auf den Säumniszuschlag.

§ 6.

Gegen die Anforderung des Säumniszuschlags steht nur die Beschwerde offen.

§ 7.

1. Der Reichsminister der Finanzen kann im Verwaltungsweg zulassen, daß unter gewissen Voraussetzungen von der Erhebung des Säumniszuschlags abgesehen wird.

2. Solange und soweit der Reichsminister der Finanzen von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch macht, können die Landesregierungen Verwaltungsanordnungen der im Absatz 1 bezeichneten Art für diejenigen Steuern treffen, die von Behörden der Länder, der Gemeinden oder der Gemeindeverbände zu erheben sind.

§ 8.

Der § 6 des Reichsfluchtsteuergesetzes bleibt unberührt.

Abschnitt II: Steuerzinsen.

§ 9.

1. Verzugzinsen werden für die Zeit ab 1. Januar 1935 weder bei Reichsteuern noch bei Steuern der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände erhoben.

2. Verzugzuschläge und Verzugzinsen, die auf die Zeit vor dem 1. Januar 1934 entfallen, werden bei Reichsteuern und bei Steuern der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände nicht mehr erhoben. Dies gilt nicht für Verzugzuschläge, die auf Grund des § 6 des Reichsfluchtsteuergesetzes geschuldet werden. Auf Grund des Satzes 1 findet eine Erstattung von Verzugzuschlägen und Verzugzinsen nicht statt.

§ 10.

1. Stundungzinsen werden bei Einkommensteuer, Bürgersteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und Hauszinssteuer (Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken) für die Zeit ab 1. Januar 1935 nicht erhoben.

2. Bei anderen Steuern des Reichs, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände werden, sofern nicht die Steuerbehörde im einzelnen Fall zinslose Stundung bewilligt, Stundungzinsen erhoben. Ihre Höhe bestimmt die Steuerbehörde unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage des einzelnen Falls.

§ 11.

Aufschubzinsen werden für die Zeit ab 1. Januar 1935 nicht erhoben.

§ 12.

Das Reich, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände zahlen für die Zeit ab 1. Januar 1935 keine Steuerzinsen (weder bei Erstattung oder Vergütung noch bei Hinterlegung baren Geldes).

Auszug aus der Begründung zum Steuer säumniszgesetz.

Vom 24. Dezember 1934.

Der Tag, an dem eine Steuer spätestens entrichtet werden muß (Fälligkeitstag), ergibt sich aus den Steuergesetzen:

Beispiel: Fälligkeitstage für die Einkommensteuer-Vorauszahlungen sind der 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Wenn das Finanzamt Stundung bewilligt, so wird dadurch der Fälligkeitstag hinausgeschoben.

Beispiel: Das Finanzamt hat einem Steuerpflichtigen die Einkommensteuer-Vorauszahlung, die am 10. Dezember 1934 zu entrichten war, einen Monat gestundet. Dann ist die Einkommensteuer-Vorauszahlung am 10. Januar 1935 fällig.

Erbchaftsteuer: Bewertung von Grundbesitz in der Zeit bis zur Feststellung der Einheitswerte 1935.

Rd.-Erl. d. R.-Min. d. Fin. v. 18. 12. 1934.

Durch das Gesetz zur Änderung des Erbchaftsteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1056), das für Erwerbe gilt, für die die Steuer schuld nach dem 31. Dezember 1934 entsteht, ist auch § 22 Abs. 2 ErbStG. — Bewertung

von Grundbesitz — geändert worden. Nichts geändert hat sich an dem Grundsatze des bisherigen § 22 Abs. 2 Satz 1: Für die Bewertung von Grundbesitz ist nach wie vor regelmäßig der Einheitswert maßgebend, der nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes auf den dem Erbschaftsteuerverpflichtigten voranzugehenden oder mit ihm zusammenfallenden Feststellungszeitpunkt festgestellt ist. Dagegen sind die bisher in den Sätzen 2 und 3 des § 22 Abs. 2 enthaltenen gewesenen Vorschriften über den Ansatz eines anderen Werts als des Einheitswerts (Stichtagbewertung) nunmehr den im neuen § 22 Abs. 3 vorgesehenen Durchführungsbestimmungen vorbehalten worden.

Der Einheitswert, der für die Bewertung von Grundbesitz in den Fällen, für die die Steuer schuld nach dem 31. Dezember 1934 entsteht, regelmäßig maßgebend ist, ist der nach dem Stand vom Beginn des 1. Januar 1935 festzustellende Einheitswert (vgl. § 79 des Reichsbewertungsgesetzes vom 16. Oktober 1934). Da dieser bei Veranlagungen im Jahr 1935 vielfach noch nicht rechtskräftig festgestellt sein wird, ersuche ich in der Übergangszeit bei den Fällen, die dem geänderten Erbschaftsteuergesetz unterliegen, in der folgenden Weise zu verfahren:

1. Ist zur Zeit der Veranlagung der Einheitswert 1935 für den zu versteuernden Grundbesitz bereits festgestellt, ist aber die Feststellung noch nicht rechtskräftig, so ist der Veranlagung der festgestellte Einheitswert zugrunde zu legen, die Erbschaftsteuer zunächst aber nur vorläufig festzusetzen.
2. Ist zur Zeit der Veranlagung der Einheitswert 1935 überhaupt noch nicht festgestellt und läßt sich auch noch nicht übersehen, in welcher Höhe er ungefähr festgestellt werden wird, so ist bei der Veranlagung zunächst von dem auf den 1. Januar 1931 (oder einen späteren Zeitpunkt) festgestellten Einheitswert unter Berücksichtigung des Abschlags von 20 v. H. auszugehen und die Steuer ebenfalls nur vorläufig festzusetzen. Ist in solchen Fällen mit Sicherheit zu erwarten, daß der Einheitswert 1935 hinter dem eben genannten Wert (bisheriger Einheitswert abzüglich 20 v. H.) erheblich zurückbleibt, so ist ein entsprechender Teil der auf den Grundbesitz entfallenden vorläufig festgesetzten Erbschaftsteuer zunächst zu stunden.
3. In beiden Fällen (Ziffern 1 und 2), in denen also das Bewertungsverfahren für den zu versteuernden Grundbesitz noch schwach ist, das Belegenheitsfinanzamt (bzw. die entsprechende Dienststelle des Veranlagungsfinanzamts) um vorzugsweise und beschleunigte Durchführung des Bewertungsverfahrens und des dazu etwa anhängigen Rechtsmittelverfahrens zu ersuchen. Die Belegenheitsfinanzämter haben derartigen Ersuchen zu entsprechen.

Von den Einheitswerten 1935 kommt ein Abschlag, wie er durch die Verordnungen vom 12. Mai 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 192), vom 18. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 109, 116) und das Gesetz vom 13. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 25) für die Fälle vorgesehen war, in denen die Steuer schuld in den Jahren 1932 bis 1934 einschließlich entstanden ist, nicht in Betracht.

Verordnung über die Bewertung bebauter Grundstücke.

Vom 10. November 1934.

(RGBl. I S. 1106 RSBl. S. 1457 Nr. 1185.)

Auf Grund des § 52 Absatz 1 und des § 57 Absatz 3 des Reichsbewertungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1035) und des § 12 der Reichsabgabenordnung in der Fassung des § 21 Ziffer 3 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925) wird hiermit das folgende verordnet:

I. Grundstückshauptgruppen.

§ 1.

1. Im Sinn der nachstehenden Vorschriften sind die folgenden Grundstückshauptgruppen zu unterscheiden:

1. Mietwohngrundstücke.

Als Mietwohngrundstücke gelten solche Grundstücke, die zu mehr als 80 vom Hundert Wohnzwecken dienen, mit Ausnahme der Einfamilienhäuser (Ziffer 4).

2. Geschäftsgrundstücke.

Als Geschäftsgrundstücke gelten solche bebauten Grundstücke, die zu mehr als 80 vom Hundert unmittelbar eigenen oder fremden gewerblichen oder öffentlichen Zwecken dienen.

3. Gemischtgenutzte Grundstücke.

Als gemischtgenutzte Grundstücke gelten solche Grundstücke, die teils Wohnzwecken, teils unmittelbar eigenen oder fremden gewerblichen oder öffentlichen Zwecken dienen und weder nach Ziffer 1 als Mietwohngrundstücke noch nach Ziffer 2 als Geschäftsgrundstücke, noch nach Ziffer 4 als Einfamilienhäuser anzusehen sind.

4. Einfamilienhäuser.

Als Einfamilienhäuser gelten solche Wohngrundstücke, die nach ihrer baulichen Gestaltung nicht mehr als eine Wohnung enthalten. Dabei sind Wohnungen, die für Hauspersonal (Pfortner, Heizer, Gärtner, Kraftwagenführer, Wächter usw.) bestimmt sind, nicht mitzurechnen. Die Eigenschaft als Einfamilienhaus wird auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß durch Abtrennen von Räumen weitere Wohnungen (z. B. Not- oder Behelfswohnungen) geschaffen werden, wenn mit ihrem dauernden Bestand nicht gerechnet werden kann. Ein Grundstück gilt auch dann als Einfamilienhaus, wenn es teilweise unmittelbar eigenen oder fremden gewerblichen oder öffentlichen Zwecken dient und dadurch die Eigenart als Einfamilienhaus nach der Verkehrsauffassung nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

5. Die nicht unter die Ziffern 1 bis 4 fallenden bebauten Grundstücke.

2. Die Frage, ob die im Absatz 1 Ziffern 1 bis 3 bezeichneten Grenzen erreicht sind, ist nach dem Verhältnis der Jahresrohmiete (§ 3) zu beurteilen.

II. Bewertungsmaßstäbe.

§ 2.

1. Mietwohngrundstücke und gemischtgenutzte Grundstücke sind mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete (§ 3) zu bewerten.

2. Alle übrigen bebauten Grundstücke sind mit dem gemeinen Wert zu bewerten. Läßt sich innerhalb bestimmter Bezirke für Geschäftsgrundstücke oder für eine Untergruppe von diesen (§ 4 Absatz 2) die Jahresrohmiete in der Regel unschwer ermitteln oder schätzen, so können die Präsidenten der Landesfinanzämter bestimmen, daß die Grundstücke dieser Gruppe oder Untergruppe innerhalb des Bezirks mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete zu bewerten sind.

3. Grundstücke, die sich am Feststellungszeitpunkt im Zustand der Bebauung befinden, sind mit dem gemeinen Wert des Grund und Bodens zuzüglich der Kosten zu bewerten, die für die Baulichkeiten bis zum Feststellungszeitpunkt entstanden sind. Befinden sich auf einem solchen Grundstück bereits bezugsfertige Gebäude, so sind auf die Bewertung des Grundstücks einschließlich der bezugsfertigen Gebäude die Absätze 1 oder 2 anzuwenden. Zu diesem Wert sind die Kosten hinzuzurechnen, die für die im Bau befindlichen Gebäude oder Gebäudeteile (z. B. Anbauten oder Zubauten) bis zum Feststellungszeitpunkt entstanden sind.

4. Läßt sich in den Fällen des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 Satz 2 ausnahmsweise die Rohmiete für ein Grundstück nur schwer ermitteln oder schätzen, so ist das Grundstück mit dem gemeinen Wert zu bewerten.

III. Besondere Vorschriften für die Bewertung nach der Jahresrohmiete.

§ 3.

Jahresrohmiete.

1. Jahresrohmiete im Sinn dieser Vorschriften ist das Gesamtentgelt (eigentliche Miete, Umlagen und alle sonstigen Leistungen abzüglich der nach Absatz 2 zu berücksichtigenden Beträge), das die Mieter (Wächter) für die Benutzung des Grundstücks auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Bestimmungen nach dem Stand vom Feststellungszeitpunkt umgerechnet auf ein Jahr, zu entrichten haben.

Dies gilt auch für den Fall, daß der Mietvertrag schon bald nach dem Feststellungszeitpunkt abläuft.

2. Nicht zur Jahresrohmiete gehören

die Kosten der Heizstoffe (einschließlich der Kosten der Anfuhr) für Sammelheizung und Warmwasserversorgung,

die eigentlichen Betriebskosten für Fahrstuhl (Stromgebühren, Zählermiete, Kosten der Fahrstuhlrevisions),

Vergütungen für außergewöhnliche Nebenleistungen des Vermieters, die nicht die Raumnutzung betreffen, aber neben der Raumnutzung auf Grund des Mietvertrags gewährt werden (Bereitstellung von Wasserkraft, Dampfkraft, Preßluft, Kraftstrom und dergleichen),

Vergütungen für Nebenleistungen, die zwar die Raumnutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugute kommen (Spiegelglasversicherungen und dergleichen).

Soweit Beträge hierfür in der Miete enthalten sind, sind sie auszuschneiden.

3. Nicht zu berücksichtigen ist die Kürzung der Miete, die der Vermieter infolge einer zugunsten des Mieters bewilligten Ermäßigung der Gebäudeeinschuldungssteuer gewähren muß. Die Miete ist also in diesen Fällen mit dem ungekürzten Betrag anzusetzen.

4. Statt des sich aus den Absätzen 1 bis 3 ergebenden Betrags gilt die übliche Miete (eigentliche Miete, Umlagen und alle sonstigen Leistungen abzüglich der nach Absatz 2 zu berücksichtigenden Beträge) als Jahresrohmiete für solche Grundstücke oder Grundstücksteile,

1. die eigengenutzt, unaemnt, zu vorübergehendem Gebrauch oder unentgeltlich überlassen sind,

2. die der Eigentümer dem Mieter mit Rücksicht auf persönliche (insbesondere verwandtschaftliche) oder wirtschaftliche Beziehungen oder mit Rücksicht auf ein Arbeits- oder Dienstverhältnis zu einem um mehr als 20 vom Hundert von dem üblichen Mietzins abweichenden Entgelt überlassen hat.

Die übliche Miete ist in Anlehnung an die Jahresrohmieten zu schätzen, die für Räume gleicher oder ähnlicher Art und Lage regelmäßig vereinbart sind.

§ 4.

Bezirks- und Gruppenbildung.

1. Für die Bewertung mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete (§ 2 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2) können die Präsidenten der Landesfinanzämter ihr Gebiet in verschiedene Bezirke einteilen. Jeder Bezirk soll ein räumlich abgegrenztes Gebiet (z. B. in einer größeren Stadt einen bestimmten Stadtteil) oder auch mehrere räumlich abgegrenzte Gebiete (z. B. bestimmte oder alle Gemeinden eines Landesfinanzamtsbezirks unter 10 000 Einwohner) umfassen, in denen die Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt etwa gleichmäßig liegen.

2. Abgesehen von der Einteilung in Bezirke (Absatz 1), können die Präsidenten der Landesfinanzämter die Hauptgruppen (§ 1) in Untergruppen teilen. Für die Entscheidung, ob und welche Untergruppen zu bilden sind, sind die Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt maßgebend.

3. Für die einzelnen Grundstücksgruppen können auch verschiedene Bezirke gebildet werden.

§ 5.

Regelmäßige Bewertung.

1. Die Präsidenten der Landesfinanzämter bestimmen für die Grundstücksgruppen (Hauptgruppen und Untergruppen) eines jeden Bezirks nach den Verhältnissen auf dem Grundstücksmarkt die Zahl, mit der die Jahresrohmiete (§ 3) der Grundstücke zu vervielfachen ist (Vervielfältiger). Der Vervielfältiger kann auch eine Dezimalstelle enthalten.

2. In Ländern, in denen ein Teil der Gemeindegrundsteuer nach landesrechtlichen Vorschriften auf die Mieter umlegbar ist, gilt der Vervielfältiger (Absatz 1) in Bezirken, die sich auf mehrere Gemeinden erstrecken und in denen die Höhe der Gemeindegrundsteuer wesentlich voneinander abweicht, nur für Gemeinden mit einer vom Präsidenten des Landesfinanzamts bestimmten Höhe der Gemeindegrund-

steuer; die Höhe ist in einem Rahmensatz auszudrücken. Für Gemeinden, in denen die Gemeindegrundsteuer von diesem Rahmensatz abweicht, bestimmt der Präsident des Landesfinanzamts, in welchem Ausmaß sich der Vielfältiger (Absatz 1) im Hinblick auf die abweichende Höhe der Gemeindegrundsteuer vermindert oder erhöht.

§ 6.

Ermäßigung oder Erhöhung der Bewertung.
1. Der Wert eines Grundstücks, der sich aus dem Vielfachen der Jahresrohmiete ergibt, ist zu ermäßigen oder zu erhöhen, wenn Umstände tatsächlicher Art vorliegen, die von den bei der Bildung der Vielfältiger (§ 5) zugrunde gelegten Verhältnissen des Bezirks und der Grundstücksgruppe wesentlich abweichen. Solche Umstände sind, vorbehaltlich des Absatzes 2, nur:

- der bauliche Zustand, das Alter oder die Einrichtung des Gebäudes,
- die Lage des Grundstücks,
- die Art der Bebauung (z. B. Fachwerkbau, wo Massivbau gemeinlich ist, oder umgekehrt; Zugehörigkeit größerer unbebauter Flächen, wo solche Flächen normalerweise fehlen),
- Schadensgefahren (z. B. Berg-, Rauch-, Wasser- oder Erschütterungsschäden),
- die Belastung mit Gebäudeentschuldungssteuer.

2. Die Präsidenten der Landesfinanzämter können, wenn die örtlichen Verhältnisse es dringend erfordern, weitere Umstände bestimmen, die bei wesentlicher Abweichung von den bei der Bildung der Vielfältiger zugrunde gelegten Verhältnissen des Bezirks und der Grundstücksgruppe eine Wertermäßigung oder Werterhöhung rechtfertigen.

3. Das Ausmaß der Ermäßigung oder Erhöhung richtet sich nach der Bedeutung, die dem besonderen Umstand bei einem Verkauf des Grundstücks nach Lage des Grundstücksmarktes beigemessen werden würde. Die Ermäßigung oder Erhöhung darf 30 vom Hundert des Werts (des Vielfachen der Jahresrohmiete) nicht übersteigen. Liegen zugleich wertmindernde und werterhöhende Umstände vor, so ist der Höchstsatz erst auf das Ergebnis des Ausleichs anzuwenden. Die Präsidenten der Landesfinanzämter können für einzelne besondere Umstände (Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2) das Ausmaß der Ermäßigung oder Erhöhung bestimmen.

4. Die Ermäßigung oder Erhöhung unterbleibt, soweit die außergewöhnlichen Verhältnisse bereits in der Jahresrohmiete oder in dem Vielfältiger für den Bezirk und die Gruppe zum Ausdruck kommen.

§ 7.

Neufeststellung.

1. Die Neufeststellung des Einheitswerts ist auch für Grundstücke zulässig, die mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete bewertet werden.

2. Die Präsidenten der Landesfinanzämter werden ermächtigt, die Bezirks- und Gruppenbildung (§ 4) und die Vielfältiger (§ 5) den Verhältnissen auf dem Grundstücksmarkt an den Neu- und Nachfeststellungszeitpunkten anzupassen.

IV. Gemeinsame Vorschriften.

§ 8.

Bestimmungen der Landesfinanzämter.

Die Bestimmungen der Präsidenten der Landesfinanzämter auf Grund der §§ 2 bis 7 sind als Rechtsverordnungen im Reichsministerialblatt zu verkünden.

§ 9.

Mindestwert.

Der für bebaute oder für im Bau befindliche Grundstücke anzusetzende Wert darf nicht geringer sein als der gemeine Wert, mit dem der Grund und Boden allein als unbebautes Grundstück zu bewerten wäre (§ 52 Absatz 2 des Reichsbewertungsgesetzes).

§ 10.

Niedrigere Bewertung wegen öffentlichen Interesses.

1. Grundstücke, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für die Kunst, Geschichte oder Wissenschaft im öffentlichen Interesse liegt, sind, wenn sie ungenutzt sind, mit 40 vom Hundert des an sich maßgebenden Werts zu bewerten. Werden solche Grundstücke genutzt, so sind sie mit 50 vom Hundert des an sich maßgebenden Werts zu bewerten, wenn die Kosten der baulichen Erhaltung des Grundstücks die Vorteile der Nutzung regelmäßig erheblich übersteigen.

2. Sind diese Grundstücke in einem den Verhältnissen entsprechenden Umfang dem Zweck der Forschung oder Volksbildung nutzbar gemacht, so sind sie mit 20 vom Hundert des an sich maßgebenden Werts zu bewerten. Dasselbe gilt für Grundstücke, in deren Gebäuden Gegenstände von künstlerischer, geschichtlicher oder wissenschaftlicher Bedeutung in der im Satz 1 bezeichneten Weise nutzbar gemacht werden. Ein Grundstück, das gegen Entgelt zugänglich gemacht ist (z. B. gegen Zahlung eines Eintrittspreises), gilt nur dann als nutzbar gemacht, wenn die jährlichen Einnahmen an Entgelt die jährlichen Kosten der Erhaltung und Beaufsichtigung regelmäßig nicht übersteigen.

3. Grundstücke, die vom Eigentümer selbst unmittelbar für Zwecke der Volkswohlfahrt der Allgemeinheit zur Benutzung zugänglich gemacht sind und deren Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt, sind mit 20 vom Hundert des an sich maßgebenden Werts zu bewerten; Absatz 2 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden. Für Grundstücke, die nicht vom Eigentümer, sondern vom Mieter oder Pächter der Allgemeinheit zugänglich gemacht worden sind, gilt Satz 1 entsprechend, wenn der Miet- oder Pachtzins mit Rücksicht auf die Zwecke, denen das Grundstück dient, außergewöhnlich niedrig bemessen ist und die jährlichen Miet- oder Pachtzinsen die jährlichen Kosten der Erhaltung regelmäßig nicht übersteigen.

4. Liegen die Voraussetzungen für eine Bewertung nach den Absätzen 1 bis 3 nur für einen Teil des Grundstücks vor, so wird nur dieser Teil nach den Absätzen 1 bis 3, der übrige Teil nach den an sich maßgebenden Vorschriften bewertet.

§ 11.

Ablösung der Gebäudeentschuldungssteuer.

Bei der Bewertung von Grundstücken, für die die Gebäudeentschuldungssteuer nach Kapitel I §§ 2 und 3 des Zweiten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 699, 706) durch Zahlung eines einmaligen Betrags ganz oder teilweise abgelöst ist, ist diejenige Belastung mit Gebäudeentschuldungssteuer zu unterstellen, die ohne die Ablösung am Feststellungszeitpunkt bestehen würde.

§ 12.

Anzeige- und Auskunftspflichten.

1. Für die Hauptfeststellung der Einheitswerte können die Finanzämter und die sonstigen mit der Vorbereitung der Einheitsbewertung befachten Behörden schon vor dem 1. Januar 1935 von den Grundstückseigentümern Angaben über die Bewertungsgrundlagen für ihren Grundbesitz fordern.

2. Im Hinblick darauf, daß für die Bewertung der Stand vom 1. Januar 1935 maßgebend ist, hat der Eigentümer Änderungen in den Bewertungsgrundlagen (z. B. in der Jahresrohmiete, in der Größe des Grundstücks infolge Teilverkaufs oder Zukaufs, im Eigentum am Grundstück), die bis zum 1. Januar 1935 eintreten, dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Grundbesitz belegen ist, unverzüglich mitzuteilen.

3. Die Erklärungen nach den Absätzen 1 und 2 gelten als Steuererklärungen im Sinn der Reichsabgabenordnung.

4. Die Eigentümer von Grundstücken und deren Rechtsvorgänger haben dem für die Bewertung des Grundstücks zuständigen Finanzamt auf Anfordern alle Angaben zu machen, deren es für die Führung einer Kaufpreissammlung bedarf. Bei den Erklärungen ist zu versichern, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind (§ 166 Abs. 3 der Reichsabgabenordnung).

§ 13.

Anwendungsgebiet.

1. Die vorstehenden Bestimmungen finden Anwendung

auf die Hauptfeststellung nach dem Stand vom Beginn des 1. Januar 1935. Sie gelten ferner für solche Neufeststellungen und Nachfeststellungen, die nach dem Stand vom Beginn des 1. Januar 1936 oder von einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen sind.

2. § 12 tritt mit Wirkung ab 1. Oktober 1934 in Kraft.

Bewertung der Sachbezüge für die Lohnsteuer.

Rd.-Erl. v. R.-Min. d. Fin. v. 7. 1. 1935.

I. Mit Wirkung vom 1. Januar 1935 ab wird der Wert der Sachbezüge für die Lohnsteuer wie folgt festgesetzt:

1. volle freie Station (einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)
 - a) für weibliche Hausgehilfinnen, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte gewerbliche und landwirtschaftliche weibliche Arbeitskräfte monatlich 25,00 RM.
 - b) für männliche Hausgehilfen, Lehrlinge, Gewerbegehilfen, landwirtschaftliche Arbeiter und sonstige gering bezahlte gewerbliche und landwirtschaftliche männliche Arbeitskräfte, die nicht der Angestelltenversicherung unterliegen monatlich 35,00 "
 - c) für Gewerbegehilfen und sonstige männliche und weibliche gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeitnehmer, die der Angestelltenversicherung unterliegen, sowie für das gesamte auf See- und Binnenschiffen beschäftigte Personal, soweit es nicht unter d) aufgeführt ist, monatlich 45,00 "
 - d) für Angestellte höherer Ordnung, z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Werkmeister, Gutsinspektoren, Ärzte und Zahnmeister, die auf Passagierdampfern über 5000 Brutto-Registertonnen in transatlantischer Fahrt beschäftigt sind, ferner Kapitäne, Erste Offiziere, Erste Ingenieure monatlich 60,00 "

2. Bei teilweiser Gewährung von Kost und Wohnung sind anzurechnen:

Wohnung mit $\frac{2}{10}$, erstes und zweites Frühstück mit je $\frac{1}{10}$, Mittagessen mit $\frac{3}{10}$, Nachmittagskaffee mit $\frac{1}{10}$ und Abendessen mit $\frac{2}{10}$ der zu 1 bezeichneten Sätze.

3. Wird die freie Station nicht nur dem Arbeitnehmer allein, sondern auch seinen Familienangehörigen gewährt, so erhöhen sich die in Ziffern 1 und 2 genannten Beträge

- a) für die Ehefrau um 80 v. S.
- b) für jedes Kind bis zum 6. Lebensjahr um je 30 v. S.
- c) für jedes Kind vom 6. bis zum 14. Lebensjahr um je 40 v. S.
- d) für jedes Kind im Alter von mehr als 14 Jahren um je 50 v. S.

4. Freie Wohnung für verheiratete Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft jährlich

- a) für Arbeiter (Deputatempfänger) 60,00 RM.
 - b) für tarifmäßig zu bezahlende Betriebsangestellte je nach Größe und Beschaffenheit der Wohnung 140—200,00 "
- soweit die Wohnung im Einzelfall nicht höher zu bewerten ist.

5. Getreide: Mittelpreis abzüglich 5 v. S. gemäß §§ 30 und 31 der Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 14. Juli 1934 (RGBl. I S. 629), nämlich

- a) Roggen für den Ztr. 7,24 RM.
- b) Weizen " " " 9,16 "
- c) Futtergerste " " " 7,64 "
- d) Hafer " " " 7,00 "

6. Nüssenfrüchte: Großhandelspreis ab Station abzüglich 15 v. S. für den Ztr. 21,25 "

7. Mehl: der unter 5 bezeichnete Getreidepreis zuzüglich 25. v. S. nämlich
 - a) Roggenmehl für den Ztr. 9,05 "
 - b) Weizenmehl " " " 11,45 "
 - c) Gerstenmehl " " " 9,55 "
8. Brot: der ortsübliche Satz abzüglich 20 v. S. für das Pfund 0,10 "
9. Kartoffeln: für den Zentner 1,60 "
10. Freie Kuhhaltung jährlich 140,00 "
11. Freie Sommerweide für 1 Kuh 40,00 "
12. Milch
 - a) Vollmilch für das Liter 0,12 "
 - b) Magermilch " " " 0,05 "
13. Butter für das Pfund 1,40 "
14. freie Ziegen- oder Schafhaltung jährlich 22,00 "
15. Stroh und Heu: Erzeugerpreis abzüglich 25 v. S., nämlich:

Stroh	für den Ztr.	1,10	"
Heu	"	3,00	"

Eine Berücksichtigung des Wertes des als Deputat gelieferten Strohes findet nicht statt, soweit das Stroh in Form von Dung an den Arbeitgeber zurückgeliefert wird.
16. gepflügtes Kartoffelfeld
 - a) gedüngt für den Morgen (= 25 Ar) 50,00 "
 - b) ungedgt. " " " 30,00 "
17. freies Brennmaterial in der Forst- und Landwirtschaft:
 - a) Brennholz für den Ztr. 0,70 "
 - b) Braunkohle u. Briketts " " " 0,80 "
 - c) Steinkohle " " " 1,15 "
18. freie Lieferung eines Schweines: für den Zentner Lebendgewicht am Tage der Schlachtung 40,00 "
19. freies Baden 6,60 "
20. Tabak:
 - a) Freizigarren das Stück 0,05 "
 - b) Freizigarillos " " " 0,03 "
 - c) Freizigaretten " " " 0,02 "
 - d) Freitabak für 100 Gramm 0,40 "

II. Die Heranziehung der Deputate zur Lohnsteuer hat grundsätzlich in der Weise zu erfolgen, daß der Arbeitgeber bei jeder Leistung an den Arbeitnehmer die Lohnsteuer einbehalten hat. Da aber die Deputate dem Arbeitnehmer in der Regel nicht gleichmäßig in den einzelnen Lohnzahlungszeiträumen zufließen, so ist es zweckmäßig, zunächst den Wert der im Laufe des Kalenderjahrs zu gewährenden Deputate für ein ganzes Jahr zu ermitteln und ohne Rücksicht darauf, ob und wann die Deputate geliefert werden, die gesamten Sachbezüge auf die einzelnen Lohnzahlungszeiträume zu verteilen. Die sich hiernach ergebende Lohnsteuer ist einzubehalten. Dies Verfahren gilt nur, wenn die ordnungsmäßige Besteuerung der Deputate dadurch nicht gefährdet wird.

III. Das Normaldeputat eines verheirateten ständigen Arbeiters, dessen Frau mitarbeitet, nach dem Lohnarif für die schlesische Landwirtschaft errechnet sich daher wie folgt:

18 Ztr. Roggen	zu 7,24 RM.	=	130,32 RM.
4 " Weizen	" 9,16 "	=	36,64 "
36 " Kartoffeln	" 1,60 "	=	57,60 "
365 Liter Vollmilch	" 0,12 "	=	43,80 "
26 Pfund Butter	" 1,40 "	=	36,40 "
36 Ztr. Steinkohle	" 1,15 "	=	41,40 "
30 " = 4 rm Brennholz	zu 0,70 "	der Ztr. =	21,00 "
$\frac{1}{4}$ Morgen Kartoffelfeld		=	12,50 "
frei Wohnung		=	60,00 "
3 Ztr. Futtergetreide zu 7,00	"	der Ztr. =	21,00 "
freies Baden		=	6,60 "
zusammen jährlich: 467,26 "			
zusammen monatlich: 38,93 "			
wöchentlich: 8,98 "			

Soweit vom Normaldeputat abweichende Deputatbezüge gewährt werden, ist der Wert dieser Bezüge zugrunde zu legen, und zwar unter Anwendung der vorstehend genannten Einzelbewertungen.

IV. Sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer höhere als die vorstehend bestimmten Sätze vereinbart worden (z. B. in Tarifverträgen), so sind diese Sätze der Steuerberechnung zugrunde zu legen. Dies gilt insbesondere, wenn an Stelle eines Deputats ein bestimmter Barbetrag gezahlt werden kann, der höher ist als der für das Deputat aufgestellte Bewertungsatz.

Soweit Sachbezüge geliefert werden, die vorstehend nicht bewertet sind, sind die üblichen Mittelpreise des Verbrauchsorts der Berechnung der Lohnsteuer zugrunde zu legen.

Die vorstehenden Bewertungsätze finden erstmalig auf die Lohnsteuer von dem Arbeitslohn Anwendung, der für einen Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, der nach dem 31. Dezember 1934 endet. Erfolgt eine Einkommensteueranlagung, so bleibt eine Nachprüfung der Bewertung der tatsächlichen Sachbezüge im Einzelfall vorbehalten.

Einheitsbewertung des Grundvermögens.

Im Mittelpunkt der neuen Einheitsbewertung auf den 1. Januar 1935 steht die Neubewertung des gesamten Grundvermögens. Von der richtigen Ermittlung der Einheitswerte hängt die Höhe der Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Grunderwerbssteuer, vor allem aber auch der Grundvermögensteuer

entscheidend ab. Das Reichsbewertungsgesetz ist neu gefaßt und gegenüber früher in wichtigen Vorschriften geändert. Die Durchführungsbestimmungen schaffen einen neuen Begriff der Jahresrohmierte und schreiben erstmalig den gemeinen Wert als Einheitswert für Fabrikgrundstücke und Geschäftshäuser allgemein vor. Eine umfangreiche, im wesentlichen auch jetzt noch maßgebende Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs stellt zahlreiche strittige Begriffe des Rechts der Grundstücksbewertung klar. Es liegt im Interesse eines jeden Grundstückseigentümers, gleichgültig, ob es sich um Fabrikgrundstücke, Geschäftshäuser oder Wohnhäuser handelt, sich möglichst eingehend und baldigst über alle für die neue Einheitsbewertung seines Grundbesitzes zu beachtenden Grundätze zu unterrichten. Diesem Zweck dient die von Dr. J. Wilhelm, Düsseldorf, und Dr. W. Culemann, Essen, herausgegebene Schrift: „Einheitsbewertung des Grundvermögens auf den 1. Januar 1935“.

Die Broschüre erläutert in leicht verständlicher Sprache und an Hand zahlreicher, auch der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs entnommener Beispiele ausführlich die für die neue Einheitsbewertung des Grundvermögens geltenden Bestimmungen des Reichsbewertungsgesetzes vom Oktober 1934 und seiner Durchführungsbestimmungen.

Die Erläuterungen zur Einheitsbewertung des Grundvermögens können unmittelbar vom Verlage W. Girardet, Essen, oder im Buchhandel bezogen werden. Der Preis für die etwa 100 Seiten umfassende Broschüre nebst Anlagen beträgt 2.— RM. zuzüglich Versandspesen.

Verkehrswesen

Eisenbahn:

Mitgliedertwischel im Verwaltungsrat der Reichsbahn Ende 1934.

Am 31. Dezember 1934 sind die Herren Dr. C. F. v. Siemens, Dr. M. v. Batocki, Dr. Grund, Dr. Gutbrod, Schulze, Reiner und Dr. Stieler aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn ausgeschieden. An ihrer Stelle hat der Reichsverkehrsminister ernannt die Herren

Gustav Koenig, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium,

Rudolf Lahs, Konteradmiral a. D., Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrt-Industrie, Berlin W. 35, Blumeshof 17,

Dr. Wilhelm Ohnesorge, Staatssekretär im Reichspostministerium,

Dr. Hermann Reichle, Stabsamtsführer des Reichsbauernführers, Berlin W. 35, Tiergartenstraße 2,

Otto Steinbrink, Kapitänleutnant a. D., Berlin W. 9, Bellevuestraße 12a, Mitteldeutsche Stahlwerke AG.,

Herbert Stenger, Stabschef des Verbindungsstabes der RSDAP, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 64,

Eduard Vogel, Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium.

Als Vertreter der Vorzugsaktionäre ist für den am 1. Januar 1935 beginnenden Wahlzeitraum wiederum Herr Staatssekretär a. D. Carl Bergmann gewählt worden.

Tarifangelegenheiten.

Mit Gültigkeit vom 10. Januar 1935 sind die Bestimmungen über die Gewährung einer Frachtermäßigung für die Beförderung von Heu, Stroh usw. zur Verwendung in landwirtschaftlichen Betrieben im Deutschen Reich neu herausgegeben worden.

Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1935 an bis auf jederzeitigen Widerruf, längstens bis 30. Juni 1935, sind die Bestimmungen über die Gewährung einer Frachtermäßigung für die Beförderung von Gütern im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung neu herausgegeben worden.

Tarifierung von Kaltasphalt und Kalkteer, beides zum Straßenbau.

Mit Gültigkeit vom 3. Januar 1935 an werden bis auf weiteres Lösungen von Erdölpech oder von Braunkohlenteerpech oder von Steinkohlenteerpech der Tarifstelle „Pech“ (Klasse F) oder von Braunkohlenteer oder von Steinkohlenteer der Tarifstelle „Teere“ (Klasse F) oder von Mischungen hieraus in Lösungsmitteln in Mengen von höchstens 30 Volumenprozent der fertigen Lösung sämtlich auch mit Zusatz von höchstens 5% anderer Stoffe, sämtlich zum Straßenbau zur Abfertigung nach Wagenladungsklasse E zugelassen.

Berichtigung.

Im Januarheft unserer Zeitschrift ist ein Abkürzungsfehler zu berichtigen, der in dem Bericht über die 64. Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft im letzten Abjah enthalten ist. Es muß dort nicht „1,49 Mill. Mark“, sondern richtig „1,49 Milliarden Mark“ heißen.

Post:

Neue Bestimmungen über Geschäftspapiere.

Bekanntlich dürfen Rechnungen oder deren Abschriften, Doppel usw. an andere Personen als den Schuldner des Rechnungsbetrags dann als Geschäftspapiere durch die Post versandt werden, wenn sie aus früherer Zeit stammen und ihren ursprünglichen Zweck schon erfüllt haben. In Auslegung dieser Vorschrift ist jetzt vom Reichspostministerium bestimmt worden, daß die Versendung von Rechnungsabschriften, die schon ganz kurze Zeit nach der Ausstellung ihrer Ursprungsrechnung an Dritte abgesandt werden, als Geschäftspapiere nicht zulässig ist. Zwischen dem Ausstellungstag der Ursprungsrechnung und dem Einlieferungstag der für einen Dritten bestimmten Abschrift muß vielmehr ein Zeitraum von mindestens 7 Tagen liegen. Dasselbe gilt für Ursprungsrechnungen, die vom Empfänger an einen Dritten weitergeschickt werden sollen.

Nun ist ferner, daß bei den als Geschäftspapiere zugelassenen Schriftstücken und Urkunden im Inlandsverkehr durch ein im Druckachenverkehr zugelassenes Vervielfältigungsverfahren Angaben jeder Art angebracht werden können. Bei der Versendung von Rechnungen als Geschäftspapiere sind z. B. mit Stempel hergestellte Bemerkungen wie „Recht folgt“

nicht als persönliche Mitteilungen zu beanstanden, wenn die Sendungen sonst den Bestimmungen für Geschäftspapiere entsprechen.

Postgutverkehr.

Die Bestimmung, wonach Selbstbücher getrennte Einlieferungsbücher für Postgüter und Pakete zu führen haben, ist dahin eingeschränkt worden, daß die Selbstbücher auf Wunsch auch gemeinsame Einlieferungsbücher führen dürfen. In diesem Fall haben die Selbstbücher die Postgüter durch den Zusatz „Pg“ in Spalte „Bemerkungen“ zu kennzeichnen. Die Abkürzung „Pg“ ist künftig statt „PS“ allgemein anzuwenden. Die Abkürzung „Pg“ für Postgutkarte bleibt unverändert.

R.-Gespräche.

R-Gespräche sind Gespräche, die auf Verlangen des Anmelbers vom Angerufenen, der sich hierzu bereiterklären muß, bezahlt werden. Solche Gespräche werden in umgekehrter Richtung — mithin rückwärts — hergestellt. Die Gebühr für ein R-Gespräch ist gleich der Gebühr für ein Gespräch derselben Gattung und von gleicher Dauer in derselben Verkehrszeit. Dazu tritt ein Zuschlag in Höhe der Gebühr für eine Minute eines gewöhnlichen Gesprächs in derselben Verkehrszeit, in der das Gespräch beginnt.

Die Ursprungsanstalt fertigt beim Vorliegen einer Anmeldung für ein R-Gespräch ein Gesprächsblatt mit folgenden besonderen Angaben aus:

1. Name des Anmelders,
2. Name und Anschrift des Verlangten und
3. den Vermerk: „Vom Angerufenen zu bezahlen“.

Die Anmeldung ist unverzüglich an die für das Bestimmungsland zuständige Grenzanstalt (GAnst) und von dieser an die fremde GAnst weiterzumelden. Vom Ausland eingehende Anmeldungen für R-Gespräche sind von der GAnst sogleich an die Ankunftsanstalt weiterzumelden und dort zunächst auf einem Durchgangsblatt (Ankunftsblatt, nicht Merkzettel oder Gesprächsbuch) aufzuzeichnen. Wenn der Verlangte die Gebührenzahlung übernehmen will, wird die Gesprächsverbindung mit neuer Anmeldezeit so hergestellt, als ob sie bei der Ankunftsanstalt angemeldet worden wäre. Zur Sicherung der Gebührenerhebung ist sofort oder nachträglich ein besonderes Gesprächsblatt auszufertigen, in dem der Verlangte als Anmelber erscheint. Außerdem ist auf diesem Gesprächsblatt im Raum neben „B/XP“ mit Tintenstift „R“ und die Nummer des Durchgangsblattes zu vermerken.

Beht der Verlangte die Gebührenzahlung ab, so wird die Ursprungsanstalt durch die GAnst verständigt und die Zuschlaggebühr dem Anmelber in Rechnung gestellt. Die Zuschlaggebühr ist auch dann vom Anmelber zu zahlen, wenn er nach Kenntnisnahme der Verweigerung der Gebührenzahlung die Gesprächsgebühr selbst zahlen will.

R-Gespräche sind seit 1. Januar 1935 zugelassen im Auslandsfernsprechverkehr zwischen Deutschland einerseits und Belgien, Dänemark, Danzig, Estland, Finnland, Italien, Lettland, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei andererseits.

Schiffahrt:

Bekanntmachung für die Oderschiffahrt.

Namens und im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten, Chefs der Oderstrombauverwaltung in Breslau, wird der Beginn der Winterzeit mit Bezug auf § 2 des Tarifs vom 8. Januar 1934 für die Schiffslegestellen in den Schleifenkanälen Koppen-Schönau (Unterkanal), Brieg (Unterkanal), Linde (Unterkanal), Ohlau (Ober- und Unterkanal) und Ratibitz (Unterkanal)

auf den 10. Januar 1935
(1. Tag der Winterliegezeit)

festgesetzt.

Auf die im § 3 festgelegten tariflichen Anmeldevorschriften für die Benutzung der Winterliegeplätze wird besonders hingewiesen. Unterlassung der rechtzeitigen Anmeldung hat Bestrafung zur Folge.

Oderschiffahrt im Monat Dezember 1934 und der Stand der Oderbauten.

Von der Oderstrombauverwaltung Breslau ging uns bezüglich der Oderschiffahrt im Monat Dezember nachstehende Notiz zu:

Infolge der günstigen Witterung in diesem Monat war es möglich, sämtliche Arbeiten an den verschiedenen Bauvorhaben der Oderstrombauverwaltung planmäßig fortzusetzen.

So konnte die Aufschüttung der Staudämme an den Staubecken bei Sersno ungehindert weitergeführt werden.

Die Arbeiten für die Erweiterung des Klodnikkanals auf die Breite des Adolf-Hitler-Kanals östlich von Schernwionka wurden vergeben. (Vertragssumme rund 600 000 Reichsmark.) Diese Arbeiten sollen im Winter ausgeführt werden, um die Schiffahrt auf dem Klodnikkanal möglichst wenig zu behindern.

An der Baustelle der zukünftigen Schleuse Sersno wurden die ersten eisernen Spundbohlen, die von der Isleder Hütte in Peine gewalzt sind, gerammt.

Im übrigen wurden die Erdarbeiten für den Aushub des Adolf-Hitler-Kanals planmäßig fortgesetzt.

Zwei Eisenbetonbrücken — bei Tatischan und bei Klodnik — konnten gerade vor Eintritt des Frostes fertig betoniert werden. Bei anderen Brücken wurden die Widerlager hergerichtet.

Am Staubecken bei Turawa konnten die Arbeiten gleichfalls erheblich gefördert werden. Die Schüttungen am Sperrdamm wurden fortgesetzt, die Umspundung der Baugruben für die Entlastungsbauwerke wurde fertiggestellt, und es wurde mit dem Aushub der Baugrube begonnen.

Die Strombauarbeiten zum Ausbau der Oder von Breslau abwärts bis unterhalb Küstrin konnten fortgesetzt werden. Die Pfeiler über die neue Eisenbahnbrücke über die Oder bei Glogau sind fertiggestellt.

Besonderen Vorteil durch die milde Dezemberwitterung hatte die Oderschiffahrt. Ohne durch Eis oder Legen der Wehre behindert zu sein, konnte der günstige Wasserstand der Oder voll ausgenutzt werden. Die Tauchtiefen bewegten sich zwischen 0,98 und 1,65 Meter.

Der Schiffsrang oberhalb Ransern betrug am Monatsende 180 Talsfahrzeuge.

An Leerfähnen waren Ende Dezember vorhanden in Coselhafen 150, in Breslau 128 und in Maltzsch 87 Fahrzeuge.

In Coselhafen wurden an 24 Tagen 138 050 To. Kohle umgeschlagen, d. i. arbeitsmäßig i. M. 5 752 To. (Vormonat: 193 531 To. bzw. 8 064 To.).

Verkehrsübersicht:

	Novemb. *)	Dezemb. **)
	t	t
Coselhafen		
angekommen	32 171	rd. 54 300
abgegangen	212 357	„ 154 300
zusammen:	244 520	rd. 208 600
Doppel		
angekommen	1 176	„ 2 200
abgegangen	2 792	„ 2 200
zusammen:	3 968	rd. 4 400
Breslau		
angekommen	36 405	„ 32 300
abgegangen	44 150	„ 38 800
zusammen:	80 555	rd. 71 100
Maltzsch		
angekommen	8 393	„ 11 600
abgegangen	66 847	„ 59 500
zusammen:	75 240	rd. 71 100

*) endgültige Zahlen.

**) vorläufige Zahlen.

Schleuse Manjern:

zu Berg (Richtung Coselhafen):

Dezember 879 Fahrzeuge mit 72 983 To. Ladung
November 819 Fahrzeuge mit 59 874 To. Ladung**zu Tal (Richtung Fürstenberg):**Dezember 553 Fahrzeuge mit 220 553 To. Ladung
November 862 Fahrzeuge mit 194 422 To. Ladung.**Devisenbewirtschaftung und Außenhandel****Unstimmigkeiten in der polnischen Außenhandelsstatistik.**

(Beitrag des Osteuropa-Instituts, Breslau.)

(Fortsetzung.)

Eine der in der polnischen Schrift gebrachten Tabellen, nämlich die über den Außenhandel Polens und Deutschlands

mit Steinkohle, soll hier in gekürzter Form und mit abgerundeten Zahlen wiedergegeben werden, da aus ihr besonders deutlich hervorgeht, wie nicht nur in der polnischen, sondern auch in der deutschen Außenhandelsstatistik die Angaben des eigenen Landes von denen der anderen Länder abweichen können.

L ä n d e r	A u s f u h r a u s P o l e n						A u s f u h r a u s D e u t s c h l a n d		
	Gewicht in 1000 t			Wert in Mill. Zl.			Gewicht in 1000 t		
	Polnische Angaben	Fremde Angaben	Unterschied	Polnische Angaben	Fremde Angaben	Unterschied	Deutsche Angaben	Fremde Angaben	Unterschied
Belgien	299	239	+ 60	5,8	6,9	— 1,1	4 845	4 404	+ 441
Dänemark	1 925	1 316	+ 609	43,7	43,6	+ 0,1	143	744	— 601
Deutschland	124	67	+ 57	2,8	2,4	+ 0,4	—	—	—
Estland	65	57	+ 8	1,4	1,6	— 0,2	0,1	0,1	0,1
Frankreich	1 144	979	+ 165	26,7	38,5	— 11,8	5 255	4 613	+ 642
Holland	167	168	— 1	3,6	5,3	— 1,7	5 988	6 123	— 135
Italien	866	592	+ 274	19,8	28,2	— 8,4	2 736	2 978	— 242
Jugoslawien	79	31	+ 48	1,8	1,0	+ 0,8	90	52	+ 38
Norwegen	968	989	— 21	21,7	40,2	— 18,5	28	50	— 22
Oesterreich	1 961	1 970	— 9	57,6	91,9	— 34,3	499	504	— 5
Rumänien	44	35	+ 9	1,2	1,8	— 0,6	11	0,3	+ 11
Schweden	3 090	2 638	+ 452	67,7	85,4	— 17,7	395	779	— 384
Tschechoslowakei	734	754	— 20	27,6	36,5	— 8,9	1 078	1 075	+ 3

Die polnische Schrift erörtert natürlich in erster Linie die Unstimmigkeiten, die den polnischen Außenhandel betreffen und zieht den deutschen nur zum Vergleich mit heran. Die Länder der Liste, bei denen die Angaben sowohl absolut genommen, wie auch proportional zur ganzen Ausfuhrmenge, nur wenig von den polnischen abweichen, sind Oesterreich, Tschechoslowakei, Holland und Norwegen. Da die ersten beiden Länder nach der Systematik der Polnischen Kohlenkonvention zu den sog. Konventionsmärkten gehören, ist die Übereinstimmung der beiderseitigen Angaben auf die genau regulierte Art der Ausfuhr zurückzuführen. Bei Norwegen wird die nur geringe Differenz durch den meist direkten Handelsverkehr erklärt, der die Fehlerquelle der Umladung vermeidet. Bei Holland, das neben direktem auch indirekten Verkehr mit Polen hat, wurde die Übereinstimmung der Daten dadurch herbeigeführt, daß in holländischen Häfen, wenigstens bis 1931, genau darauf geachtet wurde, daß die aus polnischen Schiffen umgeladene Bunkerkohle, die Mengen des Hafenumsatzes, des Transits usw. richtig entweder auf Inlandsumsatz oder auf Durchfuhr verbucht wurden. Die großen Differenzen bei Dänemark und Schweden haben ihren Grund hauptsächlich darin, daß die statistischen Ämter dieser Länder das Land des Kaufs als das Bezugsland annehmen. Da nun verschiedene Bergwerksunternehmen in Polnisch-Oberschlesien Handelsvertretungen in Deutschland haben, werden die durch sie gekauften Kohlen in Dänemark und Schweden als Einfuhr aus Deutschland, statt aus Polen behandelt. Für die Richtigkeit dieser Erklärung spricht z. T. der Umstand, daß die Einfuhrzahlen aus Deutschland in der dänischen und schwedischen Statistik im Vergleich mit den Ausfuhrzahlen Deutschlands Uberschüsse zeigen, die sich den Uberschüssen nähern, welche die polnische Ausfuhrstatistik im Vergleich zu den dänischen und schwedischen Einfuhrzahlen angibt. Auf die weniger interessierenden Begründungen für die Abweichungen der polnischen von den französischen, belgischen und italienischen Angaben kann hier umso mehr verzichtet werden, als sie auf Vermutungen beruhen, daneben unklar und nicht überzeugend sind. Die Differenz zwischen den polnischen und deutschen Angaben, die bei der geringen

Kohlenmenge, die von Polen nach Deutschland für den dortigen Inlandverbrauch geht, verhältnismäßig groß ist, wird damit erklärt, daß die deutsche Statistik die in deutschen Häfen direkt aus polnischen Schiffen umgeladene Bunkerkohle nicht berücksichtigt und daß polnische Exporteure den über deutsche Häfen (besonders Stettin) gehenden Transit als Ausfuhr nach Deutschland deklarieren.

An den Ursachen der Verschiedenheiten im Wert des Kohlenumsatzes haben natürlich die entsprechenden Verschiedenheiten in der Menge einen sehr großen Anteil. Diese jedoch genügen nicht für eine ausreichende Begründung; denn berechnet man aus der Tabelle den Wert je Tonne Kohle für die dort als Beispiele angeführten Länder, so ergibt sich folgendes für das Jahr 1931:

L ä n d e r	Wert einer Tonne Kohlen in Zl.		Unterschied in Zl. pro t
	nach den polnischen Angaben	nach den ausländischen Angaben	
Belgien	19,3	28,8	9,5
Dänemark	22,7	33,1	10,4
Deutschland	22,7	35,9	13,2
Estland	22,0	27,8	5,8
Frankreich	23,4	39,3	15,9
Holland	21,3	31,5	10,2
Italien	22,8	47,6	24,8
Jugoslawien	23,0	32,3	9,3
Norwegen	22,4	40,7	18,3
Oesterreich	29,4	46,6	17,2
Rumänien	27,4	51,4	24,0
Schweden	21,9	32,4	10,5
Tschechoslowakei	37,7	48,4	10,7

Diese Zusammenstellung zeigt, welche großen Differenzen sich zwischen dem Wert der abgeforderten und dem der erhaltenen Kohle ergeben und die Darstellung der Handelsbilanz zweier Länder beeinflussen können. Es ist schwer einzusehen, wie hier eine einheitliche statistische Bewertung erreicht werden könnte; denn bei schweren Massengütern mit geringem Einheitswert werden die Unterschiede zwischen dem Gesamtwert der aus- und eingeführten Mengen immer erheblich bleiben müssen. Sie werden umso größer sein, je länger der Transportweg ist und je häufiger dabei Umladungen vorgenommen werden. Von Bedeutung sind weiter die Schwankungen der Geldkurse; bei Kohle besonders deshalb, weil die Kauf- und Transporttransaktionen oft nicht in der Währung eines der beiden beteiligten Länder, sondern in der eines dritten Landes vereinbart werden. Im Jahre 1931 wirkte in dieser Hinsicht der Sturz des Pfund Sterling ganz besonders störend bei der Aus- und Einfuhrbewertung.

Bei Alteisen ergeben sich sehr große Unterschiede zwischen der polnischen Einfuhr und der Ausfuhr aus anderen Ländern. Die schon früher erwähnten Fehlerquellen aus ungenügender Zusammenfassung der miteinander verglichenen Gruppen spielen dabei die kleinste Rolle. Weit wichtiger ist die indirekte Wahl des Transportweges. Mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland zeigen die liefernden Länder durchweg höhere Mengen. Die Ausfuhr nach Polen wird von Frankreich um ca. 33 Prozent höher, dagegen von England und Holland um 9, von Dänemark um 28, von Belgien um 49 und von Deutschland um 58 Prozent niedriger als die entsprechende polnische Einfuhrmenge angegeben. Argentinien stellt der polnischen Einfuhrrangabe von 2450 To. überhaupt keine Ausfuhrangabe nach Polen gegenüber. In fast allen genannten Ländern wird internationaler Handel mit Alteisen getrieben, das besonders aus außereuropäischen Ländern zusammengebracht und zu einem großen Teil nach Polen weiterbefördert wird. Innerhalb Europas ging 1931 französisches Alteisen über Belgien und auch das deutsche über Holland nach Polen. Darauf könnte hindeuten, daß die belgische Statistik einen Alteisenexport von 38 600 To., die holländische von 3700 To. (meist aus Deutschland) und die deutsche von 3000 To. angab. Ferner ist dem Umstand Rechnung zu tragen, daß oft alte Schiffe zum Verschrotten verkauft werden, und daß dann nur das Land der Verschrottung die Einfuhr von Alteisen registriert, der keine entsprechende Angabe eines Ausfuhrlandes gegenüber steht. Die polnische Schrift zieht zur Erläuterung der Differenzen die Angaben nicht heran, welche am besten Aufschluß über die tatsächlichen Verhältnisse geben könnten, nämlich die der Polnischen Schrotteinkaufszentrale. Bei ihr werden die Alteisenbezüge nach den Ländern des Einkaufs registriert. Es mögen hier zur Ergänzung die Zahlen der genannten Zentrale für das Jahr 1931 folgen, in Gegenüberstellung zu den von der polnischen Schrift gegebenen Zahlen und nur für die Länder (im ganzen beziehen die polnischen Eisenhütten aus etwa 20 Ländern Alteisen), die auch dort aufgeführt sind.

in 1 000 To.

Länder	Einfuhr in Polen		Ausfuhr nach Polen
	nach der polnischen Außenhandelsstatistik	nach Angaben der polnischen Einkaufszentrale	nach Angaben der ausländischen Statistiken
Argentinien	2,4	—	—
Belgien	109,7	95,1	56,8
Dänemark	37,2	30,2	26,8
Deutschland	17,9	8,2	7,4
England	76,4	72,2	69,8
Frankreich	43,4	63,6	57,7
Holland	48,9	13,6	44,3
Andere Länder	30,7	64,3	—
Insgesamt:	366,6	347,2	

Ein Vergleich der Zahlen zeigt deutlich, wie bedenklich es sein kann, sich bei internationalen Verhandlungen des Instruments der Statistik kritiklos zu bedienen.

Ähnlich wie mit den Unstimmigkeiten bei der Alteisen-einfuhr verhält es sich mit denen bei der Einfuhr von Eisenerzen, Schwefelsteinen, Pyritabbränden und eisenhaltigen Schlacken, die in der polnischen Schrift in einer Tabelle zusammengefaßt werden. Die schon erwähnte Schwierigkeit des Gegenüberstellens von Gruppen, die sich, bei der Verschiedenheit der Nomenklatur in den einzelnen Ländern, schlecht miteinander vergleichen lassen, trägt ihr gut Teil zu den Unstimmigkeiten bei. Auch die unrichtige Deklaration sowie das unrichtige Bestimmen ungenügend deklarierter Sendungen und deren Einreihen in eine falsche Gruppe geben gerade bei den genannten Schmelzmaterialien Veranlassung zu Fehlerquellen. Die polnische Schrift erwähnt diese jedoch nicht, sondern legt den Hauptnachdruck bei der Analyse der Differenzen auch hier wieder auf die aus dem Transit entstehenden Fehler, so besonders bei den Erzen aus Schweden und Norwegen. Dagegen sind die Differenzen zwischen den polnischen und sowjetrussischen Zahlen wegen des direkten Handelsverkehrs weitaus geringer. Den polnischen Einfuhrzahlen griechischer und spanischer Eisenerze (zusammen fast 30 000 To.) stehen überhaupt keine Ausfuhrzahlen Griechenlands und Spaniens gegenüber, da diese Länder ihre Erze an ausländische Handelsfirmen liefern, von wo sie nach Polen weiterverkauft werden. Die Eisenerzeinfuhr von Deutschland nach Polen ist nur gering, die geringste unter allen Ländern (440 To. nach polnischer, 570 nach deutscher Angabe im Jahre 1931), wesentlich größer aber, wenn man die sonstigen eisenhaltigen Materialien hinzunimmt (32 000 To. nach polnischer, 52 000 To. nach deutscher Angabe). Die von polnischer Seite gegebene Erklärung, daß die deutsche Ausfuhrzahl einiges schwedisches, in Deutschland „nationalisiertes“ Material enthalte, mag stimmen, da im Jahre 1931 Polen ungewöhnlich viel Pyritabbrände aus Schweden bezog und da die Hauptdifferenz bei den eisenhaltigen Materialien (außer Erzen) und nicht bei den Erzen selbst liegt.

In der Ausfuhrtafel von Eisen- und Stahlblechen interessieren uns zwei Länder, deren Differenzen gegenüber Polen miteinander im Zusammenhang zu stehen scheinen. Die entsprechenden Angaben lauten für 1931:

	1000 To. Mill. Zl.	
Polnische Ausfuhr nach Deutschland	9,29	5,20
Deutsche Einfuhr von Polen	0,06	0,02
Differenz:	+ 9,23	+ 5,18
Polnische Ausfuhr nach Dänemark	0,68	0,36
Dänische Einfuhr von Polen	2,13	0,54
Differenz:	— 1,45	— 0,18

Die Unstimmigkeit mit Deutschland erklärt Polen in diesem Falle zunächst durch die Nichterfassung des Veredelungsverkehrs seitens der deutschen Statistik. Die meisten aus Polen ausgeführten Bleche werden nach der Veredelung des Halbfabrikats in dortigen Walzwerken nach Deutschland zurückgeschickt. Nach den nicht veröffentlichten Zahlen des Polnischen Statistischen Hauptamtes betrug 1931 die Ausfuhr nach Deutschland nach geschehener Veredelung 7170 Tonnen im Werte von 4,1 Mill. Zl. — Der Exportverband der polnischen Eisenhütten gibt 8000 To. an. Deutschland gibt, in seiner Hauptstatistik nach Ländern das veredelte zurückkehrende Material nicht als deutsche Einfuhr von Polen an. Die Gesamteinfuhr von veredelten Blechen, ohne Spezifikation nach der Herkunft, betrug in Deutschland 10 180 To. im Jahre 1931. Als zweiter Grund für die Unstimmigkeiten der deutschen und polnischen Zahlen wird angegeben, daß polnische Bleche durch Deutschland nach anderen Ländern gehen. Die Durchfuhr von Blechen aus Polen wird in der deutschen Statistik mit 1980 To. angegeben. Dies dürfte auch zur Erklärung der oben gezeigten Differenz zwischen den polnischen und dänischen Angaben beitragen.

Kohle sind ein Artikel der Schwerindustrie, der den Wettbewerb aller Industrieländer in besonderem Maße anregt. Sowohl Deutschland wie Polen, dieses hauptsächlich vermöge des Einflusses des ihm zugefallenen Teiles der ober-schlesischen Industrie, beliefern die entferntesten Gebiete der Erde mit Erzeugnissen dieser Art. Beide Länder exportie-

ren nach etwa 60 anderen Ländern. Die deutsche Außenhandelsstatistik gibt die Ausfuhr nach fast allen von diesen bekannt, während die polnische nur etwas mehr als 20 davon auführt. Die Statistik des polnischen Eisenhüttenverbandes nennt 58. Die polnische Schrift, über die hier berichtet wird, wählt jedoch davon nur deren 17 aus und gibt die Zahlen für die polnische und deutsche Ausfuhr nach diesen an. Was die tabellarische Zusammenfassung der zum Vergleich herangezogenen Warengruppen schwierig macht, ist der Umstand, daß die polnische Statistik 9 Positionen von Rohren und Zubehörteilen auführt, denen aus der deutschen Statistik 5 Positionen mit verschiedener Benennung und Einteilung gegenübergestellt werden. Bei der großen Anzahl von Ländern, nach denen die Ausfuhr geht, ist es natürlich, daß zwar absolut genommen die Differenzen zwischen den polnischen und ausländischen Daten im einzelnen klein, in der Gesamtsumme jedoch groß sein müssen. Relativ groß sind die Unstimmigkeiten im einzelnen zwischen der polnischen und fremden Statistik im Falle von Argentinien, Bulgarien, Dänemark und Schweden, zwischen der deutschen und fremden Statistik bei Ägypten, Argentinien, Dänemark, England, Holland und Schweden. Auch hier fällt wieder auf, daß da, wo das fremde Land eine kleinere Einfuhr angibt als Polen eine entsprechende Ausfuhr, der deutschen Ausfuhr eine größere Einfuhrangabe desselben fremden Landes gegenübersteht. Erklärt wird diese Erscheinung damit, daß die wichtigsten Erzeuger von Rohren im Internationalen Rohrensyndikat, das in Düsseldorf seinen Sitz hat, vereinigt sind, und daß von dort aus die meisten Transaktionen geregelt werden.

Ähnlich verhält es sich mit Zink, wo die wichtigste Ursache für die Differenzen bei den deutschen Verkaufsbüros für polnisches Zink und den Verkäufen auf der Berliner Börse, als der Polen am nächsten gelegenen, zu suchen ist. Interessant sind dabei die nachfolgenden Zahlen aus der polnischen Schrift, die, wegen der beträchtlichen Verschiedenheit in der statistischen Einteilung und Gruppierung bei den einzelnen Ländern, Zink und Erzeugnisse aus Zink (nicht nur Zinkblech, sondern auch Gegenstände daraus einschließlich Zinkguß) in einer Tabelle zusammenfaßt.

	(in 1000 To.)
Ausfuhr Polens nach England nach der polnischen Statistik	17,8
Ausfuhr Deutschlands nach England nach der deutschen Statistik	4,5
Zusammen:	22,3
Einfuhr Englands aus Polen nach der englischen Statistik	5,6
Einfuhr Englands aus Deutschland nach der englischen Statistik	18,7
Zusammen:	24,3

Was also Polen und Deutschland zusammen im Jahre 1931 nach ihren Angaben nach England ausführten, ist wenig von dem verschieden, was England in seiner Statistik als die Summe der Einfuhr aus den beiden Ländern im gleichen Jahre angibt. Der polnisch-deutsche Verkehr des Jahres 1931 wird, wie folgt, angegeben:

	(in 1000 To.)
Die polnische Ausfuhr nach Deutschland war nach der polnischen Statistik	62,1
Die deutsche Einfuhr von Polen nach der deutschen Statistik	57,7
Differenz:	4,4

Es müßten demnach 4400 To. Zink und Zinkwaren polnischer Herkunft von Deutschland aus weitergegangen sein, die nicht als Transit verbucht wurden. Nach der deutschen Statistik betrug der Transitverkehr von Polen durch Deutschland 18 600 To. Man könnte daraus annehmen, daß 1931 wenigstens 23 000 To. polnisches Zink und polnischer Zinkwaren durch Deutschland hindurchgegangen sind.

Es soll hiermit der Beispiele genug sein; weitere zu geben würde nur durch die Wiederkehr ähnlicher Fälle mit gleichen Ursachen ermüdend wirken und eine nur zum Teil geklärte Sache nicht klarer machen. So kommt denn auch die Veröffentlichung des Polnischen Statistischen Hauptamtes zu dem Schluß, daß alle Ursachen für die Abweichungen der polnischen Außenhandelsangaben von denen der mit Polen in Handelsverkehr stehenden Länder nicht aufgedeckt werden können und daß selbst die ergründeten Ursachen sich nur zum

kleinsten Teil durch internationale Verständigung beseitigen lassen werden. Der Zweck der Veröffentlichung bestand darin, durch die Untersuchung der Ursachen zu zeigen, wie notwendig es ist, daß der, welcher sich der Außenhandelsstatistik bedient, des Grades der Zuverlässigkeit der dort gegebenen Zahlen bewußt ist.

Dr. G. Behaghel.

1. Devisenvorschriften:

Reiseabkommen.

1. Mit Ungarn sind besondere Vereinbarungen über den Reiseverkehr getroffen worden. Das Abkommen ist bereits am 15. 12. 1934 in Kraft getreten. Darin wird festgelegt, daß Reisende für geschäftliche und nicht geschäftliche Reisen Zahlungsmittel bis zu 500 RM. für die Person und den Kalendermonat ohne Genehmigung erwerben und nach Ungarn verbringen können. Daneben sind sie berechtigt, die Freigrenze von 10.— RM. monatlich in Anspruch zu nehmen und einen weiteren Betrag von 50.— RM. in deutschen Scheidemünzen oder ausländischen Geldsorten nach Ungarn mitzunehmen.

2. Mit der Schweiz ist ebenfalls ein neues Reiseabkommen abgeschlossen, das am 1. Januar 1935 in Kraft getreten ist. Auch hierin ist festgelegt, daß Reisende Zahlungsmittel bis zu 500.— RM. ohne Genehmigung erwerben und nach der Schweiz verbringen können. In den Monaten Januar bis März kann der Betrag sogar auf 700.— RM. auf den ersten Reisemonat erhöht werden. Die Freigrenze für die Mitnahme deutscher Wasmittel ist auf 60.— RM. erhöht worden. Die Auszahlungen auf schweizerischer Seite erfolgen in mehreren Raten.

Bestimmungen über private Verrechnungsgeschäfte und Gegenseitigkeitsgeschäfte im Warenverkehr.

Im Interesse einer besseren Uebersichtlichkeit sind alle geltenden Vorschriften über Austauschgeschäfte mit RG. 177/34 D. St. vom 28. 12. 1934 zusammengefaßt worden. Dieser RG. bringt gleichzeitig ein einheitliches Antragsformular, das bei der Industrie- und Handelskammer erhältlich ist.

Aus dem RG. wird zur allgemeinen Kenntnis an dieser Stelle bekanntgegeben:

Unter den Begriff des privaten Verrechnungsgeschäftes fallen:

- a) Tauschgeschäfte, d. h. solche Geschäfte, bei denen eine deutsche Firma und eine ausländische Firma sich gegenseitig Waren liefern (Waren austauschen) oder Dienste leisten und die daraus entstehenden Forderungen gegenseitig verrechnen;
- b) alle sonstigen privaten Verrechnungsgeschäfte, bei denen in einem Lande oder in beiden Ländern Einführer und Ausfuhrer oder Gläubiger und Schuldner einer Dienstleistungsforderung getrennte Personen sind, also drei oder mehr Firmen sich an der Verrechnung beteiligen.

In jedem Falle erfolgen die Zahlungen oder Verrechnungen außerhalb etwa bestehender staatlicher Verrechnungsabkommen.

Gegenseitigkeitsgeschäfte sind solche Waren-Einfuhr- und Ausfuhrgeschäfte, bei denen die Zahlungen — für jedes Geschäft getrennt — über ein Verrechnungs- oder Zahlungsabkommen erfolgen. Sie werden von den beteiligten Firmen nur in der Erwartung, daß wegen des nachgewiesenen Ausfuhrauftrages die Genehmigung zur Bezahlung der Einfuhrware erreicht werden könne, miteinander in Verbindung gebracht.

Der Erlaß behandelt anschließend das Devisenantragsverfahren, insbesondere die Behandlung von Anträgen auf Genehmigung des Zahlungsausfuhrverfahrens, außerdem enthält der Erlaß Anordnungen über die Bezahlung von Prämien, über Preisbindungen bei Ausfuhrwaren und Behandlung von Nebenkosten usw., soweit sie mit den oben erwähnten Geschäften in Zusammenhang stehen.

Die Außenhandelsabteilung der Industrie- und Handelskammer ist gern bereit, interessierten Firmen, soweit sie den Erlaß nicht schon aus der Tagespresse oder anderen Nachrichten entnommen haben, im Wortlaut bekannt zu geben,

Neufassung der Devisenordnung.

Nachdem die Umstellung der Devisenbewirtschaftung durch den neuen Plan einen gewissen Abschluß erfahren hat, sollen in nächster Zeit die Devisenverordnungen und ihre Durchführungsvorordnungen usw. einheitlich zusammengefaßt und neu veröffentlicht werden.

Die Außenhandelsabteilung der Industrie- und Handelskammer wird zu gegebener Zeit auf die einzelnen Fragen zusammenfassend zurückkommen.

Zahlungsabkommen.

1. Zwischen der deutschen und der spanischen Regierung ist ein neues Zahlungsabkommen abgeschlossen worden, das am 1. Januar 1935 in Kraft getreten ist. Das Abkommen bezieht sich auf Zahlungen im Warenverkehr zwischen Deutschland einerseits und dem spanischen Mutterlande einschließlich der Balearischen und Kanarischen Inseln, den spanischen Besitzungen und der spanischen Protektorzonen in Marokko andererseits.

2. Zwischen der deutschen und der schwedischen Regierung ist am 22. Dezember 1934 ein neues Verrechnungsabkommen abgeschlossen worden, das mit Wirkung vom 1. Januar 1935 an Stelle des mit dem 31. Dezember 1934 außer Kraft getretenen deutsch-schwedischen Zahlungsabkommens vom 28. 12. 34 getreten ist. Soweit das Verrechnungsabkommen eingreift, erfolgen die Zahlungen in Deutschland ausschließlich durch Vermittlung der Deutschen Verrechnungskasse, in Schweden ausschließlich durch Vermittlung der schwedischen Clearing-Behörde „Clearing-Wärenden“, Stockholm.

3. Das seit dem 1. August 1934 bestehende Verrechnungsabkommen zwischen der deutschen und der französischen Regierung ist mit einigen Abänderungen mit Wirkung vom 1. Januar 1935 bis zum 1. April 1935 verlängert worden.

2. Außenhandel:

Warenabkommen.

1. Die Verhandlungen mit Spanien haben am 21. Dezember 1934 zur Unterzeichnung einer Zusatzvereinbarung zum deutsch-spanischen Handelsabkommen vom 7. Mai 1926 und eines Abkommens über Zahlungen im Warenverkehr geführt, die am 1. Januar 1935 in Kraft getreten sind. Die Zusatzvereinbarung zum Handelsabkommen bringt mit Wirkung vom 1. Januar 1935 eine Reihe von Zollerleichterungen für die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse nach Spanien, da die Meistbegünstigung auf eine Reihe weiterer deutscher Waren ausgedehnt worden ist.

2. Mit Chile wurde am 26. Dezember 1934 ein neues Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet. Der Vertrag gilt für die Dauer eines Jahres.

3. Im deutsch-estnischen Warenverkehr wird am 14. Januar 1935 vorläufig ein neues Abkommen angewandt. Das Abkommen bringt eine Anzahl von erlandigenen Zoll- und Kontingentszugeständnissen für die deutsche Ausfuhr.

4. Im neuen deutsch-norwegischen Abkommen vom 31. Dezember 1934 sind gewisse Bestimmungen des Abkommens über die Zahlungen im deutsch-norwegischen Warenverkehr vom 6. September 1934 mit Wirkung ab 1. Januar 1935 geändert.

Zolländerungen.

Im Reichsanzeiger vom 19. Januar 1934 ist eine Verordnung über Zolländerungen vom 19. Januar veröffentlicht worden. In der Tarif-Nr. 74 und 75 des Zolltarifs erhält der Unterabsatz 1 in der Textspalte jeweils folgende Fassung: Holz von Eiche, Buche, Hainbuche, Esche, Ahorn, Nussbaum, Pflaume und Obstbäumen. In Tarif-Nr. 76 ist einzufügen, daß Holz von Eiche und Buche im Gebrauchstarif mit einem Zollsatz von 1,50 RM. für 1 Doppelzentner oder von 12 RM. für 1 Festmeter und im Obertarif mit 5 RM. bzw. 40 RM. für 1 Doppelzentner bzw. 1 Festmeter belegt ist. In der Tarif-Nr. 192 tritt an die Stelle der Anmerkungen folgende Vorschrift: Kleie, die in einem zollamtlich genehmigten Veredlungsverkehr anfällt und von einer vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu bestimmenden Stelle abgenommen wird, ist, wenn sie bei der Bearbeitung von Gerste, Hafer oder Speiseerbsen gewonnen wurde, zollfrei (bisher 2 RM. je Doppelzentner), für andere Kleie beträgt der Zollsatz unverändert 1 RM. je Doppelzentner. Für andere als die in der vorgenannten Vorschrift bezeichnete Kleie, wenn sie durch eine vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu bestimmende Stelle eingeführt wird, beträgt bis 31. 3. 35 der Zollsatz 2 RM. je Doppelzentner, wenn die Kleie bei der Bearbeitung von Gerste oder Speiseerbsen gewonnen wurde, und 1 RM. je Doppelzentner für andere Kleie dieser Art. In der Tarif-Nr. 194 ist folgende Anmerkung anzufügen: Rüdstände von der Stärkeerzeugung aus Mais, wenn sie durch eine vom Reichsernährungsminister zu bestimmende Stelle eingeführt werden, erhalten bis 31. 3. 35 einen Zollsatz von 1 RM. je Doppelzentner. — Die Verordnung tritt am 11. 2. 35 in Kraft.

Messen.

In der Zeit vom 7. bis 17. März 1935 findet die nächste Internationale Lyoner Mustermesse statt. Nähere Auskunft erteilt das Deutsche Büro der Lyoner Messe, Weimar, Brennerstraße 18.

Vom 1. bis 11. 6. 1935 findet die Internationale Frühjahrsmustermesse in Ljubljana (Jugoslawien) statt. Anmeldungen für die Messe sind bis 5. Mai 1935 an die Adresse: Messeamt in Ljubljana einzusenden.

Gesetzgebung und Verwaltung

Anordnung 22 vom 17. Dezember 1934 betr.

Verwendung von Kupfer und dessen Legierungen.

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 816) in Verbindung mit der Verordnung über die Errichtung von Ueberwachungsstellen vom 4. September 1934 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 209 vom 7. September 1934) wird mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers angeordnet:

§ 1.

Leitungen, Erdungen, Verbindungs- und Befestigungsteile aus Kupfer und dessen Legierungen (d. h. unedle Metalle der Klassengruppen 8 und 9 gemäß § 1 der Anordnung 12, betr. Lagerbuchführung und Bestandsmeldung für unedle Metalle, vom 25. September 1934) dürfen nicht mehr verwendet werden für

a) Starkstromfreileitungen aller Spannungen in Blankmaterial bis 10 qmm als untere Grenze; ausgenommen hiervon sind Fahrleitungen und Schienenverbinder für Hebezeuge, Transportgeräte und Bahnen.

b) Starkstromfreileitungen aller Spannungen in Ausführung als umhüllte und isolierte Leitungen bis 10 qmm als untere Grenze; ausgenommen hiervon sind Leitungen innerhalb von Höfen und Fabrikanlagen sowie für Hausanschlüsse und Kreuzungen, soweit diese Leitungsart nach den Vorschriften des VDE für den Bau von Starkstromleitungen erforderlich ist.

c) Null-Leiter (Starkstromrückleitungen) in Erdverlegung, wenn diese schwach umhüllt sind.

d) Sende- und Empfangsantennen.

e) Bligableiter.

Ausgenommen von dem Verbote sind Klemmen für den Anschluß von Kupfer an Aluminium.

§ 2.

Mundleiter aus Kupfer und dessen Legierungen dürfen nicht mehr verwendet werden für die Herstellung von Mehrfachbleikabeln mit Papierisolation in Querschnitten von 25 qmm und darüber bei Spannungen bis 1 kV als obere Grenze.

§ 3.

Rund- und Sektorleiter aus Kupfer und dessen Legierungen dürfen nicht mehr verwendet werden für die Herstellung von Starkstrombleitabeln mit Papierisolation bei Spannungen über 1 kV bis 30 kV.

§ 4.

Flach-, Profil- und Rundmaterial aus Kupfer und dessen Legierungen darf nicht mehr verwendet werden für die Herstellung von

- a) Sammelschienen und deren Abzweigleitungen bei Starkstrom-Innenraumschaltanlagen mit Querschnitten von 100 qmm und darüber; ausgenommen hiervon sind Sammelschienen und deren Abzweigleitungen bei gekapfelten Anlagen.
- b) Wicklungen für Lasthebemagnete.
- c) Schleifbügel für Stromabnehmer.

§ 5.

Die Vorschriften dieser Anordnung gelten nicht für die Herstellung von Gegenständen, die nachweislich zur Ausführung von Auslandsaufträgen bestimmt sind.

§ 6.

Das Verbot des § 3 dieser Anordnung gilt ohne jede Uebergangszeit für die Verwendung von Rundleitern aus Kupfer und dessen Legierungen mit Querschnitten von 25 qmm und darüber zur Herstellung von Mehrfachbleitabeln mit Papierisolation für Spannungen bis 10 kV einschließlich. Im übrigen dürfen während einer Uebergangszeit bis zum 15. Februar 1935 Rund- und Sektorleiter aus Kupfer und dessen Legierungen noch für die nach § 3 dieser Anordnung verbotenen Herstellungszwecke verwendet werden, soweit es sich um die Ausführung von Inlandaufträgen handelt, die nachweislich beim Inkrafttreten der Anordnung bereits fest erteilt und eingeteilt sind.

Während einer Uebergangszeit von zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Anordnung darf Flach-, Profil- und Rundmaterial aus Kupfer und dessen Legierungen noch verwendet werden für die Herstellung der unter § 4a und b dieser Anordnung bezeichneten Gegenstände, soweit es sich um die Ausführung von Inlandsaufträgen handelt, die nachweislich beim Inkrafttreten der Anordnung bereits fest erteilt und eingeteilt sind.

§ 7.

Weitere Ausnahmen von den Vorschriften dieser Anordnung können in einzelnen Fällen von der Ueberwachungsstelle für unedle Metalle bewilligt werden. Anträge mit eingehender Begründung und Mengenangabe sind an die Ueberwachungsstelle zu richten. Vor erteilter Genehmigung ist die Verwendung für die verbotenen Zwecke unzulässig.

§ 8.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung fallen unter die Strafvorschriften der §§ 10, 12 bis 15 der Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934.

§ 9.

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger in Kraft.

Gleichzeitig treten außer Kraft:

die Anordnung vom 1. Juni 1934 betr. Freileitungen für die Elektrizitätsversorgung,
der § 1 der Anordnung vom 15. August 1934 betr. Verwendung von Kupfer, Nickel, Zinn und Quecksilber.

Abgesehen von dem Wegfall des § 1 bleibt im übrigen die Anordnung 10 in vollem Umfange in Kraft. Die in der Anordnung 10 enthaltenen Herstellungsverbote sind durch die Nachtragsanordnung 17 vom 12. Oktober 1934 nicht aufgehoben worden.

Berlin, 17. Dezember 1934.

Der Reichsbeauftragte
der Ueberwachungsstelle für unedle Metalle.
Lüttke.

Wirtschaftsprüfer-Gebührenordnung für Pflichtprüfungen.

§ 1.

Die nachstehende Gebührenregelung bezieht sich auf die Pflichtprüfungen durch einen öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer oder eine Gesellschaft, die in die von der Hauptstelle für die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer geführte Liste der die

Wirtschaftsprüfertätigkeit ausübenden Gesellschaften eingetragen ist, soweit nicht für die einzelne Prüfung besondere Gebührensätze vorgeschrieben sind.

§ 2.

1. Die Gebühren sind Mindestgebühren, die nur unterschritten werden dürfen, soweit es sich um zulässige Pauschalvereinbarungen nach § 5 handelt.

2. Bietet der Wirtschaftsprüfer seine Leistungen für eine Pflichtprüfung an, so darf er außer in den Fällen des § 5 keine mit Gebührenangaben verbundenen Angebote abgeben. Unzulässig sind auch Angaben über die voraussichtliche Dauer der Prüfung. Ein Hinweis auf die Gebührenordnung ist erforderlich.

§ 3.

1. Der Wirtschaftsprüfer hat eine Zeitgebühr von 60 RM. für jeden Tag der Inanspruchnahme einer Arbeitskraft zu erheben.

2. Unter Inanspruchnahme im Sinn des Abs. 1 wird verstanden die gesamte Inanspruchnahme einer Arbeitskraft, bestehend aus der eigentlichen Arbeitszeit an Ort und Stelle sowie aus dem Zeitaufwand für Besprechungen, Reisen und aus der Zeit für die Berichterstattung.

3. Als Arbeitskraft gilt auch ein Prüfungsgehilfe, der, ohne selbst zum Wirtschaftsprüfer öffentlich bestellt zu sein, nach seiner Vorbildung, Ausbildung und Tätigkeit bei dem Wirtschaftsprüfer geeignet ist, die Wirtschaftsprüfung im ganzen oder Teile der Wirtschaftsprüfung selbständig durchzuführen.

4. Damit sind sämtliche Kosten der Pflichtprüfung abgegolten; die Bestimmungen der §§ 4 und 6 bleiben unberührt.

§ 4.

1. Neben der im § 3 geregelten Zeitgebühr wird die nachstehende Wertgebühr erhoben. Die Wertgebühr wird berechnet nach der Aktivsumme der von dem Wirtschaftsprüfer zu prüfenden Bilanz, jedoch unter Abzug eines etwaigen Verlustes oder Verlustvortrages; sie beträgt bei einer

über	Aktivsumme bis	20 000 RM.	40 RM.
	20 000 RM.	50 000	75
"	50 000	75 000	90
"	75 000	100 000	110
"	100 000	200 000	135
"	200 000	300 000	155
"	300 000	400 000	180
"	400 000	500 000	225
"	500 000	600 000	270
"	600 000	750 000	320
"	750 000	900 000	360
"	900 000	1 000 000	400
"	1 000 000	1 250 000	450
"	1 250 000	1 500 000	500
"	1 500 000	1 750 000	550
"	1 750 000	2 000 000	600
"	2 000 000	2 500 000	640
"	2 500 000	3 000 000	680
"	3 000 000	3 500 000	720
"	3 500 000	4 000 000	770
"	4 000 000	4 500 000	820
"	4 500 000	5 000 000	870
"	5 000 000	6 000 000	930
"	6 000 000	7 000 000	960
"	7 000 000	8 500 000	1 000
"	8 500 000	10 000 000	1 100
"	10 000 000	12 500 000	1 200
"	12 500 000	15 000 000	1 300
"	15 000 000	17 500 000	1 400
"	17 500 000	20 000 000	1 500
"	20 000 000	25 000 000	1 650
"	25 000 000	30 000 000	1 750
"	30 000 000	35 000 000	1 850
"	35 000 000	40 000 000	2 000
"	40 000 000	45 000 000	2 200
"	45 000 000	50 000 000	2 400
"	50 000 000	55 000 000	2 750
"	55 000 000	60 000 000	3 000

2. Bei einer Aktivsumme über 60 000 000 RM. unterliegt die Festsetzung der Wertgebühr der freien Vereinbarung.

§ 5.

1. Vereinbarungen über einen die Zeit- und Wertgebühr erziehenden Pauschalbetrag sind zulässig

1. bei der Prüfung von Kreditbanken, Hypothekenbanken, Kapitalverwaltungs- und Grundstücks Gesellschaften, sowie bei der Prüfung von Rückversicherungsgesellschaften, Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen, die dem öffentlichen Verkehr dienen;

2. bei der Prüfung eines Unternehmens, bei dem derselbe Wirtschaftsprüfer wenigstens zwei aufeinanderfolgende Bilanzprüfungen vorgenommen hat und bei dem das Maß der mit der Pflichtprüfung verbundenen Inanspruchnahme hinreichend übersehen werden kann. In einem solchen Falle kann eine Minderung der nach der Gebührenordnung berechneten Gesamtgebühr bis zu 15 v. H. eintreten.

2. Der Wirtschaftsprüfer ist verpflichtet, eine Pauschalvereinbarung nebst den diese begründenden Umständen der Hauptstelle für die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer und dem Institut der Wirtschaftsprüfer mitzuteilen.

§ 6.

Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, außer der Zeit- und Wertgebühr bei Prüfungen außerhalb seines beruflichen Sitzes die hierbei entstandenen baren Auslagen für Reise-, Fahrt- und Aufenthaltskosten dem Auftraggeber für jede in Anspruch genommene Arbeitskraft in Rechnung zu stellen. Als Fahrtkosten sind Ausgaben für eine Fahrkarte zweiter Klasse zu vergüten.

§ 7.

Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, vor Beginn seiner Tätigkeit einen angemessenen Kostenvorschuß, der nicht mehr als die Hälfte der sich etwa ergebenden Gebühren betragen soll zu erheben.

§ 8.

Die gesamten Gebühren sind, sofern nichts anderes vereinbart ist, fällig, sobald das geprüfte Unternehmen den Prüfungsbericht und die Kostenrechnung erhalten hat

§ 9.

Die Gebührenordnung gilt für das gesamte Deutsche Reich. Sie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1935 in Kraft.

§ 10.

Für die Pflichtprüfung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, soweit sie nicht in der Form der Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien betrieben werden, werden besondere Gebühren festgesetzt.

Richtlinien für die Gebührenberechnung in Beitreibungssachen.

In dem Bestreben, den rechtsuchenden Volksgenossen die Berufstätigkeit des Anwaltsstandes zu den geringsten trag-

baren Gebühren zur Verfügung zu stellen und es zu ermöglichen, daß die sogenannten „Beitreibungssachen“ wieder in größerem Umfange, als in der vergangenen Krisenzeit, dem Anwalt als dem rechtskundigen Berater der Volksgenossen übertragen werden, hat die Reichs-Rechtsanwalts-Kammer auf Grund der Beratungen in ihrer Vollversammlung vom 5. Dezember 1934 beschlossen, nach Maßgabe der folgenden Richtlinien auch eine von der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte abweichende Gebührenberechnung in Beitreibungssachen zuzulassen:

1. Beitreibungssachen sind gerichtliche Mahn-, Prozeß- oder Zwangsvollstreckungsverfahren, die ohne streitige Verhandlung durchgeführt werden können und Forderungen ständiger Auftraggeber eines Anwalts aus laufenden Geschäften auf Grund von Kauf-, Miet-, Pacht-, Dienst- oder Werkverträgen betreffen.

Voraussetzung ist, daß der Auftraggeber seine sämtlichen in einem Gerichtsbezirk geltend zu machenden Beitreibungssachen seinem ständigen Anwalt überträgt.

Die Geltendmachung von dinglichen Ansprüchen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen gehören nicht zu den Beitreibungssachen.

2. In Beitreibungssachen werden von den Rechtsanwälten die gesetzlichen Anwaltsgebühren dem Auftraggeber gegenüber nicht geltend gemacht, wenn die Forderung nebst Kosten nicht eingegangen ist.

Geht die Forderung nur zum Teil ein, so wird der beigetriebene Betrag in erster Linie zur Abdeckung der entstandenen gesetzlichen Gebühren verwendet.

3. Die baren Auslagen des Rechtsanwalts für Porto, Ferngespräche, Gerichts- und Gerichtsvollziehergebühren, sowie Schreibgebühren für gewünschte Abschriften u. a. hat der Auftraggeber auch dann zu erstatten, wenn sie vom Schuldner bei der Kosteneinzahlung nicht beigetrieben werden können.

Zur Abdeckung seiner sonstigen allgemeinen Unkosten berechnet der Anwalt dem Auftraggeber gegenüber für die Tätigkeit bis zur Erwirkung des Titels einen Betrag von 2 Prozent der beigetriebenen Forderung, mindestens jedoch 1 RM. für jede Sache. Dieser Unkostenbeitrag wird für das Vollstreckungsverfahren nochmals erhoben. Er verbleibt dem Anwalt auch dann, wenn Kosten und Forderung beigetrieben werden.

4. Der Rechtsanwalt erhebt in Beitreibungssachen keine Vorhüsse auf seine Gebühren.

5. Wird der Auftrag vom Auftraggeber vor Beendigung durch Zwangsvollstreckung zurückgezogen oder von vornherein keine Vollstreckung durch den Anwalt gewünscht, so sind die gesetzlichen Gebühren zu zahlen.

6. Der Rechtsanwalt hat eine Liste der Auftraggeber zu führen, für die er Beitreibungssachen nach vorstehenden Richtlinien übernimmt. Der Beginn dieses Auftragsverhältnisses ist darin zu vermerken.

Rechtsprechung

Arbeitsrechtliche Entscheidungen.

Welche Betriebe sind an die noch laufenden alten Tarife gebunden?

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz vom 20. November 1934; 9. S. 78/34; erste Instanz: ArbGericht Kreuzburg O.S.)

Der Kläger war Filialleiter in einer Dorffiliale, ist fristlos entlassen und streitet über die Berechtigung dieser Entlassung und über die Höhe seiner restlichen Gehalts- und Rautionsansprüche. Das Arbeitsgericht hat der Klage stattgegeben, das Landesarbeitsgericht hat dieses Urteil teilweise bestätigt.

Aus den Entscheidungsgründen haben die folgenden Ausführungen grundsätzliche Bedeutung und Allgemeininteresse:

Mit dem Kläger ist ein Gehalt im Einzelarbeitsvertrag vereinbart worden, das teilweise auch aus Prozenten vom Umsatz besteht. Hiergegen sind rechtliche Bedenken nicht zu erheben, denn die Beteiligung eines Filialleiters am Umsatz

durch Prozente ist durchaus üblich und zulässig, vorausgesetzt, daß sein Gehalt in der Durchschnitts-Monatssumme nicht sittenwidrig gering ist. . . Dies ist nicht der Fall.

Der Kläger weist darauf hin, daß das Tarifgehalt höher sei als das vereinbarte Gehalt einschließlich der Durchschnitts-Prozente, die ihm zugeflossen seien. Hierzu ist zu sagen: Die Parteien sind nicht tarifgebunden. Es bestünde also nur dann ein Anspruch auf Tarifgehalt, wenn die getroffene Vereinbarung wegen Sittenwidrigkeit nichtig und das Tarifgehalt deshalb als angemessen nach § 612 BGB. an die Stelle der nichtigen Vereinbarung treten würde. Es ist ein Irrtum, wenn vielfach angenommen wird, heut sei jeder Betrieb gehalten, mindestens Tarifgehalt zu zahlen. In der neueren Rechtsprechung hat z. B. das Arbeitsgericht Wuppertal-Elberfeld in einer Entscheidung 2 AC. 135/34 nach Pressmeldungen den Satz aufgestellt, daß mindestens seit Anfang 1933 sich allgemein die Rechtsauffassung durchgesetzt habe, daß jeder Unternehmer Tarifgehalt zahlen müsse, gleichgültig, ob der Tarif allgemeinverbindlich sei oder nicht. Dieser Satz ist aber falsch und steht im Wider-

spruch mit dem geltenden, erst nach der Machtübernahme geschaffenen, also zweifellos anzuwendenden Recht. Danach ist die Unterscheidung zwischen tarifgebundenen und nicht gebundenen Betrieben durchaus aufrecht erhalten; sie ist nicht „als formalistisch und unsozial allgemein abgetan und überholt“, wie es in dem angeführten Urteil nach Pressemeldungen heißt, sondern ganz im Gegenteil, durch die Anordnung betr. Weitergeltung von Tarifverträgen als Tarifordnung vom 28. 3. 1934/20. 10. 1934 ist die Geltung der nicht allgemein verbindlichen Tarife auf diejenigen Betriebe beschränkt, welche bereits tarifgebunden waren. Nur der Treuhänder der Arbeit kann eingreifen durch Ausdehnung des Geltungsbereiches. (Vgl. Stuttgarter Kartei des Arbeitsrechts, Karte Tarifvertrag, Weitergelten 1 v. 8. 11. 1934.) (Im übrigen ist der Rechtsstreit ohne Allgemeininteresse).

Kann bei Schweigen der Tarifordnung über die Frage der Verjährung von Ansprüchen im Einzelarbeitsvertrag die Verjährung abgekürzt werden?

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz vom 6. November 1934; 9. S. 112/34. Erste Instanz: ArbGericht Gleiwitz.)

Der Kläger fällt unter einen allgemeinverbindlichen, noch geltenden Tarif, doch ist mit ihm ein schriftlicher Einzelarbeitsvertrag geschlossen worden.

Der Kläger macht Tarifansprüche geltend unter der Behauptung, er sei falsch eingruppiert und untertariflich bezahlt worden. Der Beklagte bestreitet diese Behauptung und weist überdies darauf hin, daß alle Ansprüche verjährt seien, weil im Einzelarbeitsvertrage mit dem Kläger eine Verjährungsfrist vereinbart sei, die kürzer als die gesetzliche Frist von zwei Jahren sei. Diese vereinbarte Frist ist unstreitig vor Klageerhebung abgelaufen.

Das Arbeitsgericht hat verurteilt und insbesondere angenommen, daß ein Tarif, der keine besondere Vereinbarung über die Verjährungsfrist enthalte, eben die gesetzliche Verjährungsfrist stillschweigend in sich schließe, und daß die Abkürzung eine unzulässige Abdingung des Tarifs bedeute.

Das Landesarbeitsgericht hat das Urteil auf die Berufung des Beklagten abgeändert und zu der Frage der Verjährung folgendes ausgeführt:

Die Abkürzung der Verjährung ist, wie § 225 BGB. besagt, keine Erschwerung, sondern eine Erleichterung. Sie ist nach dem Gesetz zulässig, und wenn ein Tarif überhaupt keine Verjährungsfrist enthält, dann kann von Abdingung des Tarifs schon gar nicht die Rede sein. Rechtsprechung und Schrifttum haben die Abkürzung der Verjährung und die Vereinbarung einer kurzen Ausschlussfrist für die Geltendmachung von Lohnforderungen im Einzelarbeitsvertrag auch stets für zulässig erklärt (vergl. Entsch. des RMG. und AMG. Arbeitsrechtsammlung Bd. 17 S. 7 RMG.; Bd. 18 S. 199 RMG. und Bd. 20 S. 45 AMG. und die Besprechungen dieser Urteile.*). Danach sind auch diejenigen Ansprüche verwirkt bzw. verjährt, die etwa bestehen könnten, wenn man sich den obigen Ausführungen in der Sache selbst (sie sind wegzulassen, weil ohne Allgemeininteresse) nicht anschließen wollte.

* Anmerkung: Das letztgenannte Urteil stammt aus dem Dezember 1933, also lange nach der Machtübernahme. Mißbräuchen dieses Rechtes zur Abkürzung der Verjährung werden die Gerichte und die Treuhänder entgegentreten.

Ein Arbeitsvertrag kann nicht mehr unter Berufung auf einen werksfremden Tarifvertrag geschlossen und so dem normativen Teil des Tarifs unterworfen werden.

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz vom 22. November 1934; 9. S. 128/34; erste Instanz ArbGericht Gleiwitz.)

Die Klägerin war Angestellte des beklagten Vereins, der im Wege der Gleichschaltung Rechtsnachfolger des Vereins geworden ist. Die Klägerin wurde übernommen; es war mit ihr eine Kündigungsfrist von einem Vierteljahr (spätestens am Quartalsletzten zum nächsten Quartal) vereinbart, wie durch die Beweisaufnahme erwiesen ist.

Der Beklagte meint, er habe Grund gehabt, fristlos zu kündigen. Selbst wenn aber nur die fristgemäße Kündigung Platzgreifen sollte, dann sei sie kürzer. Es sei bei der Übernahme der Klägerin Tarifgehalt vereinbart worden, also auch Anwendung des Tarifs in allen anderen Punkten.

Auf den Hinweis, daß ja ein Tarif überhaupt nicht in Frage kommen könne, hat der Beklagte entgegnet, gemeint sei der kaufmännische Tarif, nach welchem auch die Bezahlung erfolgt sei.

Das Arbeitsgericht hatte angenommen, daß die Kündigung zur vereinbarten Frist von einem vollen Quartal wirksam geworden sei, die Berufung der Beklagten ist zurückgewiesen worden. Aus den Entscheidungsgründen:

Ein Grund für die fristlose Entlassung lag nicht vor, wie der Vorderrichter bereits zutreffend ausgeführt hat. (Wird näher ausgeführt.) Die Vereinbarung mit dem Rechtsvorgänger bindet auch den Rechtsnachfolger, wenn sie nicht abgeändert wird. Die bloße Erklärung, das Gehalt solle geändert und künftig Tarifgehalt gezahlt werden, hat nicht die Folge, daß automatisch nun auch alle anderen Bestimmungen des an sich werksfremden Tarifvertrages über Urlaub, Kündigungsfrist usw. eintreten. Will dies der Arbeitgeber, dann erfordert es Treu und Glauben, daß er dies auch deutlich zum Ausdruck bringt. Besonders gilt dies, wenn er einen werksfremden Tarif wählt.

Erst in zweiter Instanz hat der Beklagte erklärt, es sei das Arbeitsverhältnis unter ausdrücklicher Berufung auf jenen Beuthener Kaufmannstarif geschlossen worden. Das Gericht will nicht annehmen, daß die Änderung der Behauptung aus prozeßtechnischen Gründen erfolgt ist; dies wäre dem Geist des neuen Rechtes fremd und durch § 138 ZPO. verboten. Das Gericht nimmt an, daß ein Mißverständnis in der Informationserteilung vorliegt, daß zunächst behauptet wurde, es sei nichts Ausdrückliches vereinbart worden, später, das Vertragsverhältnis sei bei der Umstellung unter Berufung auf den Beuthener Tarif umgestellt worden. Es will das letztere sogar als wahr unterstellen. Dann gilt folgendes:

Die Umstellung unter einen werksfremden Tarif könnte nur auf dem Umweg über § 1 Abs. 2 der Tarifvertragsverordnung vom 1. 3. 1928 erfolgen: sie ist aber durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit aufgehoben worden, und daher ist auch dieser Weg nicht mehr gangbar. Es steht zwar auch heute nichts im Wege, mit einem Angestellten, auf den das Bürgerliche Gesetzbuch Anwendung findet, zu vereinbaren, daß er „nach staatlichen Grundsätzen“ oder „nach Kaufmannstarif“ bezahlt werden solle, es ist aber nicht mehr möglich, den gesamten normativen Teil eines werksfremden Tarifvertrages in einen sachlich nicht erfaßten Betrieb zu verpflanzen, wie dies früher § 1 Abs. 2 der Tarifvertragsverordnung zuließ.

Soziales

Die Reichsnarppschaff im Jahre 1933.

Die Reichsnarppschaff legt ihren Bericht über das Jahr 1933 vor. Wenn auch die Zahlen durch die weitere Entwicklung vielfach bereits überholt sein dürften, so sind doch immerhin einige Angaben von allgemeinem Interesse. In der Arbeiterkrankenkasse kamen im Durchschnitt aller Narppschaffsbezirke auf je 100 Mitglieder 44,9 Krankheitsfälle, in Oberschlesien 52,7. Die Zahl ist also höher als im Durchschnitt. Dagegen ist die Zahl der auf einen Krankheitsfall entfallenden Krankenschichten geringer, nämlich in Oberschlesien 21,1 gegenüber 28,7 im Reichsdurchschnitt.

Bei der Angestelltenkrankenkasse sind die entsprechenden Ziffern für Oberschlesien noch stärker vom Durchschnitt abweichend. Auf 100 Mitglieder entfallen im Reichsdurchschnitt 18,4, in Oberschlesien 27,4 Krankheitsfälle. Besonders niedrig steht die Ruhr mit 9,5 Fällen. Auf einen Krankheitsfall entfallen im Reichsdurchschnitt 28,0, in Oberschlesien 19,1, an der Ruhr 43,3 Krankheitsstage. In Oberschlesien ist man also häufiger kurze Zeit, an der Ruhr seltener, dann aber längere Zeit krank.

Von Bedeutung ist auch die Verteilung der Krankheitsstage auf die verschiedenen Altersklassen. Diese Angabe ist

leider nur für die Gesamtheit der Krankenkassen, nicht für einzelne Reviere gemacht. Es entfielen auf einen Krankheitsfall Krankheitstage:

Alter der Erkrankten	Arbeiter- frankenkasse	Angestellten- frankenkasse
bis 19 einschl.	19,6	14,3
20 bis 24	21,1	17,6
25 " 29	24,2	19,8
30 " 34	27,9	19,0
35 " 39	30,1	23,5
40 " 44	32,5	23,7
45 " 49	35,3	26,7
50 " 54	41,8	36,7
55 " 59	50,0	45,6
60 " 64	65,4	66,1
65 " 69	64,4	32,4
70 und darüber	64,4	59,7
	28,7	28,0

Das durchschnittliche Lebensalter der männlichen Mitglieder der Pensionskasse hat in der Arbeiterpensionskasse

34 Jahre 4 Monate,
bei der Angestelltenpensionskasse 42 Jahre 0 Monate
betrugen.

Eine Erklärung für die außerordentliche Belastung, die durch die Knappschaftspensionsversicherung für die aktiven Mitglieder entsteht, gibt eine Uebersicht darüber, auf wieviel aktive Mitglieder je ein Invalide entfällt, wobei Witwenpension und Kindergeld nach ihrer Höhe in volle Invalidenpensionen umgerechnet sind. In der Arbeiterpensionskasse muß nach dem Stande Ende 1933 ein Invalide von 1,51 aktiven Mitgliedern unterhalten werden. Hier ist zum ersten Male seit dem Vorjahre eine kleine Besserung eingetreten. Ende 1932 waren es nämlich nur 1,45 aktive Mitglieder, die einen Invaliden unterhalten mußten. Viel günstiger liegen die Verhältnisse auch bei der Angestellten-Pensionskasse. Hier müssen 1,64 aktive Mitglieder einen nicht mehr arbeitsfähigen Angestellten unterhalten. Aus diesen Ziffern erklärt sich die Höhe der Beiträge, die zur Knappschaftspensionskasse gezahlt werden müssen.

Messen und Ausstellungen

Fahrpreismäßigungen für inländische Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse 1935 von Orten, die 150 Kilometer und mehr von Leipzig entfernt liegen.

a) In fahrplanmäßigen Zügen.

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1935 gibt die Reichsbahn von Orten, die 150 Kilometer und mehr von Leipzig entfernt sind (oder bei Bezahlung des ermäßigten Fahrpreises für mindestens 150 Kilometer), Rückfahrkarten mit 33 1/3% Ermäßigung für Hin- und Rückfahrt in der 2. und 3. Klasse Personenzug aus. Die Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge zugelassen.

Die 33 1/3%ige Fahrpreismäßigung wird also nur für Hin- und Rückfahrt zusammen gewährt. Auf der Hinfahrt wie auf der Rückfahrt können die im gewöhnlichen Verkehr zugelassenen Wahlwege benutzt werden.

Der Verkauf der ermäßigten Fahrkarten erfolgt an den Schaltern aller Bahnhöfe sowie in den größeren Reisebüros (M&N-Vertretungen) vom Montag, dem 25. Februar, an gegen Vorlage eines Meldeausweises. Als solcher werden angesehen:

1. Amtliches Meldeabzeichen mit dazugehöriger mit der gleichen Nummer versehener Aufsteckkarte,
2. Ausstellerkarte,
3. Meldeamtliche Ausweiskarte, wie sie für Ausländer ausgegeben wird.

Fahrtunterbrechung ist auf der Hin- und Rückreise je einmal gestattet. Die Fahrkarten sind nur in Verbindung mit einem der vorerwähnten Meldeausweise gültig.

Die Gültigkeitsdauer der ermäßigten Fahrkarten ist für die Hinfahrt innerhalb der Zeit vom 26. Februar bis 10. März und für die Rückfahrt innerhalb der Zeit vom 3. bis 16. März festgesetzt worden.

b) In LM-Sonderzügen.

Die Ermäßigung in LM-Sonderzügen beträgt gegen Vorlegung der Meldeausweise (auch der DZ-Zuschlag wird ebenfalls ermäßigt):

bei der einfachen Fahrt 50%
bei der Hin- und Rückfahrt je 40%.

Die Hinfahrt muß im Sonderzuge erfolgen und darf nicht unterbrochen werden. Die Rückfahrt kann bis zum 16. März mit allen fahrplanmäßigen Zügen ausgeführt werden.

Nach Schlesien verkehrt LM 41 am Sonnabend, dem 2. März 1935, mit folgenden Anschlußzügen:

	Zeit uhr	Ermäßigter Fahrpreis			
		Einfach 50%		Hin- u. Rückf. 40%	
		II. Kl. R.M.	III. Kl. R.M.	II. Kl. R.M.	III. Kl. R.M.
Bentzen O.S. ab	7,51	20,25	13,10	47,90	31,10
Hindenburg ab	8,02				
Gleiwitz ab	8,20	19,70	12,75	46,60	30,30
Ratibor ab	8,04	18,55	12,15	44,20	29,00
Oppeln ab	9,27	15,40	10,15	37,00	24,40
Breslau ab	10,41	13,00	8,55	31,20	20,60
Leipzig an	16,29				

Die Normung auf der Leipziger Messe.

Der Deutsche Normenausschuß, als Zentralstelle aller Vereinheitlichungsarbeiten in Deutschland, ist auch zur diesjährigen Frühjahrsmesse in Leipzig wieder vertreten. Auf dem Stand 100 in Halle 9 werden sowohl Auskünfte über die Normung erteilt, als auch Druckschriften abgegeben und Bestellungen auf Normblätter angenommen. Eine Sammlung der deutschen Normen, deren Zahl zur Zeit rd. 5700 beträgt, liegt zur Einsichtnahme aus.

Die Schilder im Normformat A4 mit dem Aufdruck „Wir verwenden Dinormen“ bzw. „Wir liefern nach Dinormen“, deren sich die Aussteller in den vergangenen Jahren gern bedienten, werden auch in diesem Jahre wieder kostenlos zur Verfügung gestellt. Firmen, die diese Hinweiskarten auf ihrem Stand aushängen wollen, werden gebeten, die benötigte Anzahl möglichst bald beim Deutschen Normenausschuß, Berlin NW. 7, unter Angabe von Hallen- und Standnummer anzufordern.

Firmeneintragungen

bei den ober-schlesischen Amtsgerichten im Handels- und Genossenschaftsregister in der Zeit vom 29. 12. bis 29. 1. 1935.

Amtsgericht Beuthen OS.: Paul Dyballa, Inh. Paul Dyballa. — Oskar Gries, Weingroßhandlung, Inh. Oskar Gries. — Paul Saraschek, Rohrleitungsbau, Inh. Ing. Paul Saraschek. — Walter Kallmann, Holzgroßhandlung mit Bau- und Kuchhölzern aller Art, Inh. Walter Kallmann. — Kaufhaus für Alle, Agnes Wietzniof, Mieschowitz. — Lichtzentrale Beuthen-Hindenburg-Gleiwitz, Handel mit elektr. Artikeln, Hans Bleicher, Inh. Ing. Hans Bleicher. — Lignos Sprengstoffwerke G. m. b. H., Zweigniederlassung Beuthen, Geschäftsf.: Gen.-Dir. Heinrich Schrötter, Berlin-Dahlem, Chemiker Dir. Dr. Ernst Vogt, Bad Salzhausen, Procura für Beuthen: Dipl.-Berg-Ing. Arthur Simon, Beuthen OS. — Barbara Mohrhardt, Inh. Frä. Barbara Mohrhardt. — Nährmittel-Großvertrieb Wilhelm Korbella, Inh. Wilhelm Korbella. — Franz Stettinius, Inh. Franz Stettinius, Bobrek-Karst. — **Amtsgericht Gleiwitz OS.:** Kulawik & Co. G. m. b. H., Geschäftsf.: Josef Kulawik, Ehefrau Marie Kulawik, geb. Müller, Handel mit Kraftfahrzeugen, Zubehörsachen und Brennstoffen, Unternehmen von Mah- und Ferntransporten aller Art. — Karl Schaffarczyk, Inh. Bäckermeister Karl Schaffarczyk. — Heinrich Wagner, Inh. Heinrich Wagner, Handel mit Mah- und Konfektionskleidung. — **Amtsgericht Groß Strehlitz OS.:** Paul Motyczka, Inh. Sägewerksbes. Paul Motyczka, Holzhandel. — **Amts-**

gericht Hindenburg OS.: Bürgerkino Galwas & Brylski, Gesellsch.: verehel. Kaufm. Eleonore Galwas, Maschinensteiger a. D. Paul Brylski, beide in Beuthen. — Industriezettwarenfabrik Fritz Sachse, Inh. Fritz Sachse. — **Amtsgericht Krappitz OS.:** Gogoliner Sägewerk, Inh. Karl Krause, Gogolin. — **Amtsgericht Leobschütz OS.:** Eduard Glajner, Holzhandlung, Inh. Holzfsm. Eduard Glajner, Röwersdorf, Sitz Troppau. — **Amtsgericht Reize OS.:** Eier- und Geflügelgenossenschaft Reizegau e. G. m. b. H. — **Amtsgericht Neustadt OS.:** Karl Gergler, Inh. Karl Gergler, Dittersdorf. — Paul Klibor, Inh. Paul Klibor, Altstadt. — **Amtsgericht Oppeln OS.:** Werner Teubner, Tabakwaren-Groß- und Kleinhandel, Inh. Werner Teubner. — **Amtsgericht Ottmachau OS.:** Erzbischöfliche Holzindustrie, Heinersdorf OS., Inh. Erzbischöflicher Stuhl, Breslau, Prof.: Ing. Walter Streinz Heinersdorf, Ordinarius Alfons Rablert, Breslau. — **Amtsgericht Weiskretscham OS.:** Paul Adler, Tabakwarengroßhandel, Inh. Paul Adler. — Josef Klob, Gemischtwarenhandlung, Inh. Josef Klob. — **Amtsgericht Rothenberg OS.:** Kreisviehverwertungs-Genossenschaft Rothenberg e. G. m. b. H. Milchlieferungs-genossenschaft Rothenberg OS. und Umgegend e. G. m. b. H. — Paul Nowak, Tabakfabrikate, Inh. Paul Nowak.

Bücher und Zeitschriften

Die Umsatzsteuer-Broschüre ist erschienen! Sie umfaßt: Das Umsatzsteuergesetz vom 16. Oktober 1934 mit Durchführungsbestimmungen und Runderlaß des RM. erläutert für die Praxis. Einsehende Sonderabhandlung über die Umsatzsteuer bei der Ein- und Ausfuhr. Von Syndikus Dr. H. Scheel, Schriftleiter an der Berliner Börsen-Zeitung. Preis: 1,20 RM. Zu beziehen vom Verlag Dr. H. Scheel, Berlin W 50, Ansbacher Straße 9. Postcheckkonto: Syndikus Dr. H. Scheel, Berlin 124 673.

Die Broschüre umfaßt 80 Seiten, ist im Telegrammstil äußerst übersichtlich abgefaßt, hat ein eingehendes Inhalts- und Stichwortverzeichnis. Der Runderlaß des RM. ist in den Text hineingearbeitet. Die Broschüre bietet damit eine sehr handliche Verwendungsmöglichkeit für die Praxis. Buchhändler und Verbände erhalten Rabatt. Alle Betriebe brauchen diese Umsatzsteuer-Broschüre.

Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Bürgersteuer. Mit systematischer Einführung versehen und erläutert von Dr. Hermann Hög, Ministerialdirektor im Preussischen Finanzministerium und Dr. Alfred Riewald, Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium. XV u. 386 Seiten. 1935. Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. 4,50 RM. (Gutentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Band 190a.)

Von hervorragenden Sachkennern bearbeitet, bietet der Band nicht nur eine Darstellung der Änderungen, die die neuesten Steuergesetze gebracht haben, sondern die Wiedergabe und Erläuterung des gesamten auf den behandelten Gebieten heute geltenden Rechts. Um auf knappem Raum etwas Abgeschlossenes bieten zu können, sind die Erläuterungen zerlegt in eine systematische Darstellung des Rechtsstoffs („Einführung“) und in Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen. Die „Einführung“ versucht, unter Herausarbeitung der tragenden Gedanken das Verständnis jeder einzelnen Rechtsvorschrift zu erleichtern. Die Anmerkungen zu den Paragraphen verweisen auf die einschlägigen Stellen der Einführung und geben die notwendigen Einzelergänzungen. Die Durchführungsverordnungen zum Steuerabzug vom Arbeitslohn und zur Bürgersteuer sind im Wortlaut wiedergegeben und in Einführung und Erläuterungen mitbehandelt.

Vermögenssteuergesetz vom 16. Oktober 1934 und Erbschaftsteuergesetz in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes vom 16. Oktober 1934. Mit systema-

tischer Einführung versehen und erläutert von Dr. Richard Arens, Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium. 1935. Taschenformat. 216 Seiten. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. Preis 2,80 RM. (Gutentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Band 190b.)

In der vorliegenden Ausgabe sind nicht nur die Änderungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand gekennzeichnet, sie bieten dazu eine gemeinverständliche Einführung in das Gesetz selbst und eine ausführliche Erläuterung des Gesetzesinhalts. Die Durchführungsbestimmungen und die einschlägigen Bestimmungen des Steueranpassungsgesetzes sowie das Reichsbewertungsgesetz sind abgedruckt. Einen Vorzug auch dieser Ausgabe bildet die besondere Berücksichtigung und beispielhafte Darstellung der praktischen Neuerungen im Rahmen der gesamten einschlägigen Steuerordnung.

Umsatzsteuergesetz vom 16. Oktober 1934 nebst Durchführungsbestimmungen mit systematischer Einführung und Erläuterungen versehen von Dr. Hermann Hög, Ministerialdirektor im Preussischen Finanzministerium. 1935. Taschenformat. 220 Seiten. Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin. 2,50 RM. (Gutentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Band 190d.)

Die Ausgabe will Steuerpflichtigen und Finanzbeamten die Einführung in das Umsatzsteuerrecht ermöglichen. Eine systematische Einführung und kurze Erläuterungen behandeln nicht nur die durch Neuregelung bedingten Änderungen, sondern wollen auch einen Gesamtüberblick über das bestehende Recht geben. Die Entscheidungen des Reichsfinanzhofs, die übrigens zu einem wesentlichen Teil in das neue Gesetz und die neuen Durchführungsbestimmungen eingearbeitet worden sind, sind verwertet. Der zur Anleitung der Finanzbeamten ergangene Runderlaß des Reichsministers der Finanzen vom 7. Dezember 1934 und die ihm beigegebene „Begründung“ zu dem neuen Umsatzsteuergesetz konnte im wesentlichen noch eingearbeitet werden.

Ein brauchbares Hilfsmittel für die Lohnbuchhaltung hat der Lorenz-Verlag, Charlottenburg 9, jetzt herausgebracht, nämlich den **Lorenz-Lohnsteuer-Rächer** (gef. gechl.). Es handelt sich um einen Rächer, über den ein mit einem Fenster versehener Keil geführt wird. Das Fenster zeigt den Brutto-Lohnbetrag an und darunter gleichzeitig die darauf entfallende Steuer. Der Lohnsteuer-Rächer macht es unmöglich, aus Versehen in eine andere Spalte zu geraten, er verhindert also unangenehme und unter Umständen kostspielige Differenzen. Preis dieses Hilfsmittels RM. —40.

Statistisches

Produktion und Absatz des westerschlesischen Bergbaues

I. Förderung bzw. Produktion

Jahr bzw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen	arbeits- täglich	je ver- fahrene Schicht der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	fallender- täglich	je Kopf und Ar- beitsstag der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Ar- beitsstag der Gesamt- beleg- schaft
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	17 960 854	59 830	1,434	1 369 968	3 753	2,410	267 796	894	4,705
1931	16 791 957	55 992	1,579	995 744	2 728	2,728	279 191	931	4,799
1932	15 277 487	50 449	1,678	867 424	2 370	2,399	276 118	911	5,147
1933	15 640 004	52 378	1,754	859 588	2 355	2,428	275 571	923	4,832
1934	17 391 747	58 225	1,764 ¹⁾	997 725	2 734	2,325 ¹⁾	253 591	849	4,162 ¹⁾
Oktober	1 705 422	63 164	1,784	99 998	3 226	2,677	27 762	1 028	5,064
November	1 629 048	67 877	1,804	96 993	3 233	2,665	25 789	1 075	5,168
Dezember	1 519 311	66 057	1,792 ¹⁾	96 196	3 103	2,560	22 557	981	4,694

¹⁾ Vorläufige Zahl.

II. Absatz an Steinkohle, Koks und Briketts

1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bzw. Monat	In der Provinz Oberschlesien	Nach dem übrigen Deutschland	Nach dem Ausland					Im ganzen
			Tschecho- slowakei	Deutsche Oesterreich	Ungarn	Übriges Ausland	Summe Ausland	
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	4 978 681	10 736 423	709 855	340 149	154 839	95 333	1300 176	17 015 280
1931	4 332 231	9 961 850	673 484	310 217	33 107	204 246	1221 054	15 515 135
1932	3 755 464	9 341 546	663 082	218 909	1 105	149 554	1032 650	14 129 660
1933	3 828 516	9 664 630	608 359	137 805	1 215	200 131	947 510	14 440 656
1934	4 207 734	11 256 202	624 486	67 028	3 440	324 302	1019 256	16 483 192
Oktober	442 041	1 132 421	69 384	7 774	340	46 813	124 311	1 698 773
November	439 838	1 143 316	64 068	6 830	725	60 540	132 163	1 715 317
Dezember	393 362	984 217	45 885	6 500	760	61 910	115 055	1 492 634

2. Steinkohlenabsatz nach Beförderungsarten

Jahr bzw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Landfuhrwerk		W a s s e r u m f a h r								im ganzen	
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gleiswäg					
					in Cöfel		in den übrigen Oberhäfen							
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%		
1930	14 514 029	85,30	2 501 251	14,70	1 531 052	9,00	104 296	0,61	5435	0,03	1640783	9,64		
1931	13 432 399	86,58	2 082 736	13,42	1 567 876	10,11	20 975	0,13	4965	0,03	1593816	10,27		
1932	12 527 890	88,66	1 601 770	11,34	1 334 122	9,44	22 695	0,16	4428	0,03	1361245	9,63		
1933	12 976 121	89,86	1 464 535	10,14	1 181 979	8,17	4 865	0,03	6625	0,05	1193469	8,25		
1934	14 885 180	90,31	1 598 012	9,69	1 713 555	10,40	7 290	0,04	3235	0,02	1724080	10,46		
Oktober	1 524 414	89,74	174 359	10,26	181 705	10,70	—	—	—	—	181705	10,70		
November	1 548 987	90,30	166 330	9,70	166 983	9,73	—	—	—	—	166983	9,73		
Dezember	1 330 258	89,12	162 376	10,88	113 565	7,61	—	—	—	—	113565	7,61		

3. Absatz an Roß

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Uebrigcs Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmalzpur- bahn, Seil- bahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spur- bahn	Absatz an die D. S. K. H. Industrie
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	230 078	583 832	162 779	976 689	794 411	182 278	118 309	--	145 302
1931	175 764	614 138	179 123	969 025	818 811	150 214	143 045	—	81 914
1932	154 212	602 143	131 120	887 475	798 522	88 953	89 350	—	52 044
1933	178 152	653 451	98 340	929 943	818 597	111 346	113 201	—	81 318
1934	241 047	648 132	189 421	1 078 600	910 091	168 509	138 006	—	157 489
Oktober 1934	21 594	70 779	41 892	134 265	121 791	12 474	19 734	—	10 513
November "	19 926	61 982	26 465	108 373	96 731	11 642	15 228	—	10 062
Dezember "	20 324	57 750	27 771	105 845	92 826	13 019	15 377	—	10 334

4. Absatz an Briffetts

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Uebrigcs Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmalzpur- bahn, Seil- bahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spur- bahn	Eisenbahn- dienst- briffetts
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	13 681	250 642	2 394	266 717	261 637	5 080	—	—	193 006
1931	30 853	237 270	5 914	274 037	265 585	8 452	200	—	184 023
1932	28 441	230 674	6 431	265 546	253 360	12 186	—	—	174 594
1933	31 659	230 417	8 591	270 667	259 985	10 682	—	421	164 996
1934	37 157	203 398	5 551	246 106	239 160	6 946	—	—	118 688
Oktober 1934	5 968	20 210	927	27 105	26 082	1 023	—	—	6 933
November "	6 640	18 388	813	25 841	24 424	1 417	—	—	6 118
Dezember "	4 442	17 130	562	22 134	21 050	1 084	—	—	6 050

III. Nebenprodukte der Roßanstalten

Jahr bezw. Monat	Produktion				Absatz			
	Roßteer u. Teerber- dichtungen	Roßbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roß- Naphthalin	Roßteer u. Teerber- dichtungen	Roßbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roß- Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	61 698	21 427	20 003	58	62 426	21 547	22 891	152
1931	51 676	15 853	15 066	11	51 910	15 794	12 806	—
1932	44 826	14 561	14 757	15	44 829	14 537	21 056	30
1933	44 432	14 478	14 570	61	43 985	14 480	14 392	51
1934	51 831	17 275	16 845	51	51 838	17 317	14 493	51
Oktober 1934	4 979	1 677	1 634	6	5 116	1 718	1 523	—
November "	4 821	1 635	1 570	—	4 760	1 670	1 053	—
Dezember "	4 696	1 623	1 535	10	4 776	1 636	4 211	16

IV. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat		Steinkohlengruben						Rotsanstalten				Briffettfabriken			
		männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	davon		männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen
		über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
	1930	47 970	350	980	49 300	38 012	11 288	1 510	1	42	1 553	185	2	6	191
	1931	42 202	301	766	43 269	33 091	10 178	974	2	24	1 000	188	—	6	194
	1932	35 712	292	571	36 575	27 747	8 828	965	2	21	988	172	—	5	177
	1933	35 270	345	480	36 095	27 324	8 771	958	—	12	970	187	—	4	191
	1934	36 701	456	450	37 607	28 358	9 249	1 160	3	13	1 176	201	—	3	204
Oktober	1934	37 341	491	448	38 280	28 892	9 388	1 186	5	14	1 205	200	—	3	203
November	"	37 785	477	455	38 717	29 411	9 306	1 194	5	14	1 213	205	—	3	208
Dezember	"	38 092	447	463	39 002	20 679	9 323	1 193	5	14	1 212	206	—	3	209

Verfahrene und entgangene Schichten im westoberschleifischen Steinkohlenbergbau im November 1934

Arbeitergruppen	Verfahrene Schichten		Durchschnittlich angelegte Arbeiter ¹⁾		Entgangene Schichten infolge						
	insgesamt	davon Schichten für Ueberarbeiten	insgesamt	in % von der Endsumme	betriebs-technischer Gründe	Krankheit		Fehlens	entschädigungspflichtigen Urlaube	Gesamtzahl	auf 1 angelegten Arbeiter
						insgesamt	davon durch Unfall				
a) Hauer	162 297	4 094	7 032	18,15	17	7 211	3 399	1 952	2 585	11 765	1,66
b) Schlepper	144 298	3 358	6 422	16,45	19	8 088	3 020	3 214	1 868	13 189	2,05
c) Reparaturhauer	160 735	12 249	6 569	16,83	22	5 095	1 747	1 527	2 559	9 203	1,40
d) Sonstige Arbeiter	210 238	8 282	9 175	23,51	34	11 154	3 479	3 964	3 036	18 188	1,98
Summe bezw. Durchschnitt: Unter Tage	677 568	27 983	29 248	74,94	92	31 548	11 645	10 657	10 048	52 345	1,79
a) Facharbeiter	83 977	7 866	3 330	8,53	1	1 877	489	452	1 543	3 873	1,16
b) Sonstige Arbeiter	132 082	7 184	5 530	14,17	4	3 983	998	1 573	2 263	7 823	1,41
c) Jugendl. männl. Arbeiter v. 14-16 Jahren	10 202	128	466	1,20	—	506	95	314	201	1 021	2,19
d) Weibl. Arbeiter	10 275	190	453	1,16	—	476	4	105	240	821	1,81
Summe bezw. Durchschnitt: Über Tage	236 536	15 368	9 779	25,06	5	6 842	1 586	2 444	4 247	13 538	1,38
Summe bezw. Durchschnitt aller Arbeitergruppen	914 104	43 351	39 027	100,00	97	38 390	13 231	13 101	14 295	65 883	1,69
dav. in Nebenbetrieben	11 004	1 407	425	1,09	—	259	45	224	123	606	1,43

¹⁾ Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

Im westoberschleifischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne im November 1934

Arbeitergruppen	Leistungslohn ¹⁾ je verf. Schicht	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht	Barverdienst ³⁾ des Arbeiters	Wert der wirtschaftlichen Beihilfen		Gesamteinkommen ⁴⁾		Versicherungsbeiträge je verf. Schicht	
				Deputatslohn je vergütete Schicht	Urlaubsentschädigung je Urlaubsschicht	je vergütete Schicht	je durchschnittlich angelegten Arbeiter	der Arbeiter	der Arbeitgeber
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
a) Hauer	7,05	0,31	7,38	0,31	6,98	7,69	179	1,13	1,30
b) Schlepper	5,43	0,13	5,57	0,21	5,43	5,78	132	0,86	1,01
c) Reparaturhauer	5,92	0,25	6,26	0,27	5,91	6,53	162	0,96	1,14
d) Sonstige Arbeiter	4,46	0,18	4,65	0,27	4,46	4,92	114	0,75	0,88
Durchschnitt: Unter Tage	5,63	0,22	5,88	0,27	5,66	6,15	145	0,91	1,07
a) Facharbeiter	5,67	0,23	6,04	0,26	5,60	6,29	162	0,93	1,10
b) Sonstige Arbeiter	4,30	0,17	4,52	0,25	4,32	4,76	116	0,70	0,83
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14-16 Jahren	1,35	—	1,35	—	1,46	1,35	30	0,19	0,24
d) Weibliche Arbeiter	2,59	0,05	2,65	0,18	2,56	2,83	66	0,41	0,49
Durchschnitt aller Arbeitergruppen	5,36	0,21	5,61	0,26	5,33	5,87	139	0,87	1,02
Davon in Nebenbetrieben	4,84	0,20	5,26	0,28	4,85	5,53	145	0,81	0,86

¹⁾ Der Leistungslohn ist der Gehaltslohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten, aber einschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

²⁾ Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

³⁾ Barverdienst ist der Leistungslohn zuzügl. aller Zuschläge für Ueberarbeiten sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

⁴⁾ Das Gesamteinkommen ist der Barverdienst zuzügl. des Wertes der wirtschaftlichen Beihilfen.

Die Metallindustrie West-Oberschlesiens.

A. Hochofenwerke, Stahl- u. Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- u. Preßwerke, Eisen- u. Stahlgießereien

I. Produktion.

Jahr bezw. Monat		Roheisen			Rohstahl		Halbzeug zum Verkauf	Fertig- erzeugnisse der Walz- werke einschl. Schmiede- u. Preßwerke	Gußwaren zweiter Schmelzung
		insgesamt	davon Gießerei- roheisen	Stahl- und Spiegeleisen einschl. Ferro- mangan	Rohblöcke	Stahlguß			
							t	t	t
	1930	86 524	20 049	54 906	343 584	8 694	25 001	254 686	24 054
	1931	59 159	—	50 687	301 730	6 377	16 185	231 486	16 505
	1932	30 919	10 237	10 673	182 704	5 957	11 150	142 467	7 547
	1933	53 244	17 737	26 510	205 098	5 246	13 750	161 129	15 202
	1934	119 930	29 584	72 268	313 711	8 307	10 211	235 981	22 770
Oktober	"	7 153	2 042	1 325	26 907	727	664	21 932	1 637
November	"	8 424	—	6 757	29 217	738	865	21 599	1 625
Dezember	"	8 221	3 551	4 670	29 281	719	1 301	19 018	1 524

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Hochofen- werke	Stahl- und Walzwerke	Eisen- und Stahlgießereien	Verfeinerungs- betriebe	Hilfs- und Nebenbetriebe	Summe: Eisenhütten	
	Arbeiter insges.	Arbeiter insges.	Arbeiter insgesam	Arbeiter insgesam	Arbeiter insges.	Arbeiter insges.	davon weibliche
1930	351	2 923	1 288	7 338	—	11 900	663
1931	176	2 416	908	6 182	—	9 682	569
1932	115	881	665	5 138	—	6 799	487
1933	168	1 076	814	3 308	2 191	7 557	550
1934	322	1 792	922	3 967	2 657	9 660	654
Oktober	295	1 862	911	4 145	2 774	9 987	667
November	294	1 946	907	4 210	2 714	10 071	658
Dezember	307	1 955	890	4 181	2 779	10 112	658

B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.

I. Produktion (einschl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).

Jahr bezw. Monat	Galmei	Zinkblende	Bleierz	Schwefel- fließ	Vienbruch, Zinkstaub	Zinkblech	Blei- (Zinkblei)
	t	t	t	t	t	t	t
1930	21 389	197 752	26 154	10 674	15	7 291	65
1931	18 331	167 916	22 410	4 330	—	7 835	69
1932	15 230	112 415	17 968	2 162	—	7 944	54
1933	—	124 294	19 177	1 292	—	7 782	42
1934	240	149 127	23 724	4 504	—	11 426	46
Oktober	—	14 027	2 174	754	—	1 033	3
November	—	12 684	1 963	919	—	982	6
Dezember	—	9 926	1 903	890	—	1 033	4

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Zink- und Bleierzgruben						Zinkwalzwerke			
	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt		männliche		weib- liche	Summe der Arbeiter
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	2 000	4	425	2 429	1 115	1 314	145	3	1	149
1931	1 583	3	371	1 957	860	1 097	169	1	1	171
1932	1 300	1	268	1 569	664	905	159	1	1	161
1933	1 419	—	291	1 710	726	984	144	1	1	146
1934	1 937	—	271	2 208	954	1 254	173	1	1	175
Oktober	2 008	—	263	2 271	960	1 311	179	1	1	181
November	2 080	—	257	2 337	979	1 358	179	1	1	181
Dezember	2 077	—	255	2 332	976	1 356	178	1	1	180

Die polnische Kohlenausfuhr.

(Nach „Przegląd Górniczo-Hutniczy“.)

Empfangsländer	November 1934				Januar/November 1934			
	Ober- schlesien*) t	Dom- browa t	Pro- fau t	Gesamt- Polen t	Ober- schlesien*) t	Dom- browa t	Pro- fau t	Gesamt- Polen t
1. Konventionsmärkte								
Deutsch-Österreich . . .	96 090	17 453	—	113 543	771 027	131 118	185	902 330
Ungarn	40	—	—	40	7 810	660	—	8 470
Tschechoslowakei . . .	26 398	4 150	290	30 838	275 614	45 438	2 580	323 632
Deutschland	86	—	—	86	1 484	—	—	1 484
Danzig	36 313	1 290	130	37 733	276 398	16 060	1 430	293 888
Jugoslawien	3 555	—	—	3 555	36 618	—	—	36 618
Summe 1	162 482	22 893	420	185 795	1 368 951	193 276	4 195	1 566 422
2. Nordische Staaten								
Schweden	150 517	40 670	—	191 187	1 547 751	523 318	—	2 071 069
Norwegen	66 586	5 500	—	72 086	328 395	10 250	—	338 645
Dänemark	40 971	16 555	—	57 526	341 380	129 275	—	470 655
Finnland	29 570	—	—	29 570	195 200	4 130	—	199 330
Lettland	1 080	—	—	1 080	9 732	—	—	9 732
Litauen	—	—	—	—	—	—	—	—
Estland	500	—	—	500	14 080	—	—	14 080
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—
Rußland	—	—	—	—	—	—	—	—
Island	5 370	1 550	—	6 920	27 740	5 590	—	33 330
Summe 2	294 594	64 275	—	358 869	2 464 278	672 563	—	3 136 841
3. übrige europ. Länder								
Spanien	7 000	—	—	7 000	7 000	—	—	7 000
Portugal	—	—	—	—	2 000	—	—	2 000
England	—	—	—	—	—	1 860	—	1 860
Malta	3 460	—	—	3 460	3 460	—	—	3 460
Frankreich	46 140	41 555	—	87 695	446 756	431 979	—	878 735
Italien	165 004	590	—	165 594	1 504 613	28 993	—	1 533 606
Rumänien	181	30	—	211	17 758	510	—	18 268
Schweiz	10 875	80	—	10 955	95 587	1 716	—	97 303
Holland	8 130	—	—	8 130	263 420	8 635	—	272 055
Belgien	26 188	600	—	26 788	435 815	19 470	—	455 285
Griechenland	7 120	—	—	7 120	84 069	—	—	84 069
Irland	104 041	1 540	—	105 581	704 522	10 405	—	714 927
Summe 3	378 139	44 395	—	422 534	3 565 000	503 568	—	4 068 568
4. Außereurop. Länder								
Australien	3 780	—	—	3 780	3 780	—	—	3 780
Brasilien	—	—	—	—	4 530	—	—	4 530
Afrika	100	—	—	100	16 720	—	—	16 720
Argentinien	650	—	—	650	34 790	—	—	34 790
Ägypten	—	—	—	—	53 097	—	—	53 097
Algerien	22 120	—	—	22 120	146 782	—	—	146 782
Syrien	—	—	—	—	—	—	—	—
Palästina	—	—	—	—	—	—	—	—
Asiatische Türkei . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
Ferner Osten	8 890	—	—	8 890	28 490	—	—	28 490
Summe 4	35 540	—	—	35 540	288 189	—	—	288 189
5. Bunkerkohlen . . .	30 304	3 220	—	33 524	324 371	30 848	—	355 219
Insgesamt	901 059	134 783	420	1 036 262	8 010 789	1 400 255	4 195	9 415 239

*) einschl. Silesiagrube in Teschen.

Steinkohlenförderung und Absatz Ost-Oberschlesiens

Jahr bezw. Monat	Förderung		Abatz		Gesamt- belegschaft
	insgesamt t	arbeitsmäßig t	insgesamt t	davon Haupt- bahnverwand t	
Monatsdurchschnitt 1928	2 514 468	100 578	2 317 929	1 873 854	78 183
" 1929	2 845 309	113 812	2 573 099	2 074 434	87 383
" 1930	2 347 133	93 885	2 095 002	1 680 079	82 520
" 1931	2 367 100	94 684	2 098 939	1 742 291	73 957
" 1932	1 762 949	70 754	1 579 767	1 311 465	59 385
" 1933	1 640 812	66 073	1 519 184	1 234 225	46 647
" 1934	1 809 859	72 880	1 644 496	1 326 831	46 061
Oktober "	2 105 511	77 982	1 885 857	1 529 689	46 577
November "	2 214 215	88 569	2 028 737	1 668 700	47 271
Dezember "	1 947 737	88 533	1 852 209	1 509 996	47 482

Produktion und Absatz der Koksanstalten und Bricketfabriken Ost-Oberschlesiens

J a h r bezw. M o n a t	Koks					Bricketts				
	Produktion		Abatz		Beleg- schaft	Produktion		Abatz		Be- leg- schaft
	ins- gesamt	kalender- tätlich	ins- gesamt	davon Haupt- bahnver- sand		ins- gesamt	arbeits- tätlich	ins- gesamt	davon Haupt- bahnver- sand	
	t	t	t	t		t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1928	139 054	4 559	138 630	92 441	2 742	22 030	890	21 999	21 942	196
" 1929	154 845	5 091	152 515	105 388	2 804	29 342	1 174	29 644	29 489	261
" 1930	131 833	4 394	118 759	79 748	2 502	19 510	780	19 473	19 361	208
" 1931	112 855	3 711	113 209	81 298	2 263	24 973	999	24 937	24 736	199
" 1932	90 893	2 980	82 635	62 850	1 901	16 590	666	16 177	15 989	155
" 1933	97 582	3 208	93 369	62 927	1 884	15 693	632	16 017	15 808	140
" 1934	111 124	3 653	119 289	81 909	1 911	16 213	655	16 101	15 877	134
Oktober "	121 307	3 913	149 371	114 483	1 881	20 049	743	18 783	18 439	144
November "	117 059	3 902	150 580	115 757	1 879	20 858	834	21 357	20 742	164
Dezember "	120 448	3 885	130 372	95 603	1 854	20 382	971	20 983	20 549	165

Die Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten nach der neuen Berechnung *) (1913/14 = 100)

	Gesamt- lebens- haltung ¹⁾	Ernährung	Wohnung ²⁾	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Ver- schieden ³⁾	Gesamt- lebenshaltung ohne Wohnung
September 1934 . .	121,6	119,2	121,3	126,3	111,9	140,0	121,7
Oktober " . .	122,0	119,3	121,3	127,2	114,0	140,2	122,1
November " . .	122,3	119,5	121,2	127,5	115,5	140,3	122,5
Dezember " . .	122,2	119,1	121,2	127,5	116,1	140,4	122,4
" 1933 . .	120,6	117,8	121,3	128,0	108,2	140,0	120,4
Dez. 1934 gegen:							
Nov. 1934 (in v. H.) .	— 0,1	— 0,3	0,0	0,0	+ 0,5	+ 0,1	— 0,1
Dez. 1933 " " " .	+ 1,3	+ 1,1	— 0,1	— 0,4	+ 7,3	+ 0,3	+ 1,7
Dez. 1932 " " " .	+ 3,4	+ 5,4	— 0,2	— 0,4	+ 8,2	— 2,0	+ 4,2
Dez. 1931 " " " .	— 6,6	— 4,3	— 7,9	— 8,5	— 7,1	— 11,9	— 6,4
Dez. 1930 " " " .	— 14,3	— 14,3	— 7,7	— 9,7	— 22,5	— 16,4	— 15,5

*) vergl. „Oberschl. Wirtschaft“ Jahrg. 9 Sept 12 S. 615 ¹⁾ Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Verschiedenes.²⁾ Zwangsbewirtschaftete Altwohnung ³⁾ Reinigung, Körperpflege, Bildung, Unterhaltung, Einrichtung, Verkehr.

Indezziffern der Großhandelspreise (1913=100)

Indezgruppen	Monats- durchschnitt			November 1934					Veränderung in v. H. gegen Vormonat	Dezember 1934					Veränderung in v. H. gegen Vormonat	Jahr 1934	
	August 1934	Sept. 1934	Oktob.	7.	14.	20.	28.	Monats- durch- schnitt		5.	12.	19.	27.	Monats- durch- schnitt		Jahres- durch- schnitt	Veränd. in v. H. gegen Vorjahr
I. Agrarstoffe																	
1. Pflanzliche Nahrungsmittel	115,7	112,9	112,2	112,7	112,7	112,9	112,6	112,7	+ 0,4	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	+ 0,2	108,7	+ 10,1
2. Schlachtvieh	73,4	76,9	79,3	80,9	80,1	79,2	78,8	78,5	— 1,0	77,0	76,9	78,0	79,3	76,8	— 2,2	70,9	+ 10,3
3. Vieherzeugnisse	104,0	106,0	109,1	111,5	111,2	110,8	110,2	110,5	+ 1,3	109,9	109,4	109,3	109,3	109,5	— 0,9	105,0	+ 7,7
4. Futtermittel	108,7	105,8	105,1	105,2	105,2	104,1	104,3	104,7	— 0,4	105,0	105,0	104,9	104,9	105,0	+ 0,3	102,0	+ 18,1
Agrarstoffe zusammen	99,6	99,8	100,9	102,2	101,8	101,4	101,1	101,1	+ 0,2	100,7	100,5	100,8	101,2	100,5	— 0,6	95,9	+ 10,5
5. Kolonialwaren	78,4	78,0	78,4	78,6	78,6	78,9	78,9	79,0	+ 0,8	78,9	79,0	79,1	79,3	79,3	+ 0,4	76,1	— 0,4
II. Industr. Rohstoffe und Halbwaren																	
6. Rohle	113,9	114,5	115,1	115,2	115,2	115,2	115,2	115,2	+ 0,1	115,2	115,2	115,2	115,2	115,2	0,0	114,5	— 0,7
7. Eisenrohstoffe und Eisen .	102,3	102,3	102,5	102,5	102,5	102,5	102,6	102,5	0,0	102,7	102,6	102,6	102,6	102,6	+ 0,1	102,3	+ 0,9
8. Metalle (außer Eisen) . .	49,2	48,2	45,3	43,9	43,7	43,7	43,7	43,8	— 3,3	43,8	43,8	43,8	43,8	43,8	0,0	47,7	— 6,3
9. Textilien	82,9	82,3	80,8	80,3	80,9	81,1	81,2	81,1	+ 0,4	81,0	81,8	80,9	80,9	80,7	— 0,5	77,3	+ 18,9
10. Häute und Leder	60,8	61,2	61,5	61,6	61,6	61,6	61,6	61,6	+ 0,2	61,6	61,6	61,2	61,3	61,4	— 0,3	60,9	+ 1,3
11. Chemikalien	101,2	101,2	101,2	101,2 ¹⁾	101,2 ¹⁾	101,2 ¹⁾	101,2 ¹⁾	101,1	— 0,1	101,1 ²⁾	101,1 ²⁾	101,1 ²⁾	101,1 ²⁾	101,0	— 0,1	101,1	— 1,4
12. Künstliche Düngemittel . .	67,9	68,4	68,4	65,3	65,3	65,3	65,1	65,0	— 5,0	65,7	65,7	65,7	66,5	66,0	+ 1,5	68,6	— 2,3
13. Technische Öle und Fette .	104,6	104,0	103,7	103,7	103,7	103,7	103,7	103,7	0,0	103,7	103,8	103,8	103,8	103,8	+ 0,1	102,8	— 1,8
14. Kautschuk	15,3	15,8	14,3	12,6	12,6	12,2	12,6	12,5	— 12,6	12,9	12,7	12,5	12,5	12,7	+ 1,6	12,9	+ 81,7
15. Papierhalbw. u. Papier . .	101,4	101,7	101,8	101,8	101,8	101,8	101,8	101,8	0,0	101,8	101,8	101,8	101,8	101,8	0,0	101,2	+ 5,0
16. Baustoffe	111,4	111,4	111,4	111,3	111,4	111,5	111,5	111,8	+ 0,4	111,5	111,7	111,7	111,8	112,2	+ 0,4	110,5	+ 6,1
Industr. Rohstoffe und Halbwaren zusammen	92,4	92,4	92,1	91,7	91,8	91,9	91,9	91,9	— 0,2	91,9	92,1	91,9	92,0	92,0	+ 0,1	91,3	+ 3,3
III. Industr. Fertigwaren																	
17. Produktionsmittel	113,9	114,0	114,0	114,0	114,0	114,0	114,0	114,0	0,0	114,0	114,0	114,0	114,0	114,0	0,0	113,9	— 0,3
18. Konsumgüter	116,7	118,4	120,8	121,8	122,0	122,2	122,3	122,1	+ 1,1	122,3	122,5	122,5	122,5	122,5	+ 0,3	117,3	+ 5,0
Industr. Fertigwaren zusammen	115,5	116,5	117,9	118,4	118,6	118,7	118,7	118,6	+ 0,6	118,7	118,8	118,8	118,8	118,8	+ 0,2	115,8	+ 2,7
IV. Gesamtindex	100,1	100,4	101,0	101,4	101,4	101,3	101,2	101,2	+ 0,2	101,1	101,1	101,1	101,3	101,0	— 0,2	98,4	+ 5,5
Reagible Waren	65,6	65,8	64,3	63,8	63,7	63,9	64,3	64,2	— 0,2	64,7	65,4	65,2	65,4	65,2	+ 1,6	63,4	+ 10,6

1) Monatsdurchschnitt Oktober

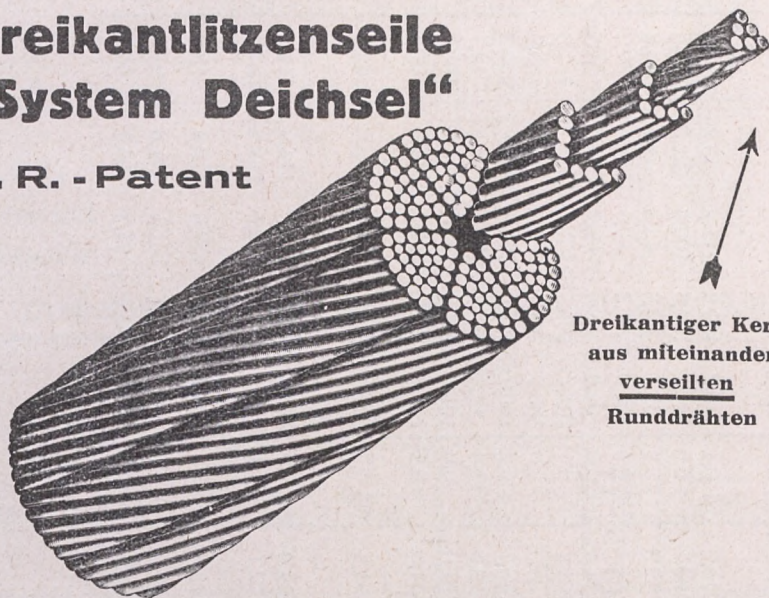
2) Monatsdurchschnitt November

ADOLF DEICHSEL

**DRAHTWERKE UND SEILFABRIKEN AKTIENGESELLSCHAFT
HINDENBURG Oberschl.**

Dreikantlitzenseile „System Deichsel“

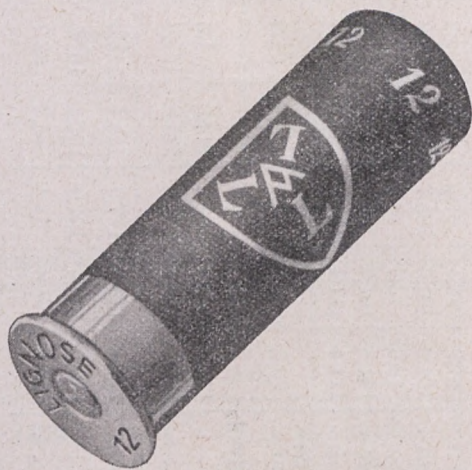
D. R. - Patent



Dreikantiger Kern
aus miteinander
verselten
Runddrähten

Dreikant- litzenseile „System Deichsel“ D. R. P.

sind das einzige Seil-Spezial-
fabrikat, bei welchem **sämtliche**
Drähte **gleichmäßig** **verselt**
sind, und **gleichmäßig** **tragen**.



LIGNOSE und **WALDHEIL** – zwei ausgezeichnete
rauchlose Schrotpatronen für Jagd und Sport

LIGNOSE SPRENGSTOFFWERKE

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BERLIN NW 40